

KONTINENT DER HOFFNUNG

Faire und menschenwürdige Arbeit

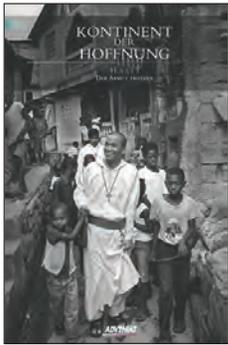
Der Arbeitsmarkt in Lateinamerika

Kontinent der Hoffnung - Faire und menschenwürdige Arbeit - Band 30

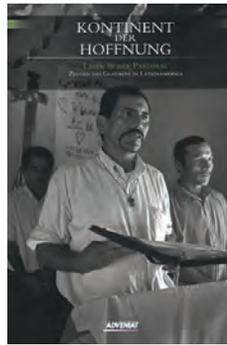


adveniat
für die Menschen
in Lateinamerika

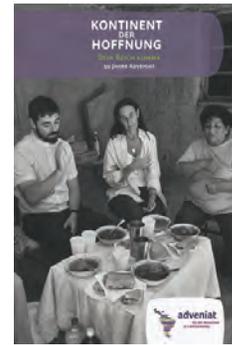
In der Reihe „Kontinent der Hoffnung“ erschienen bisher unter anderem:



Haiti –
Der Armut trotzen
Bestellnummer KH 29



Laien in der Pastoral –
Zeugen des Glaubens in LA
Bestellnummer KH 30



Dein Reich komme –
50 Jahre Adveniat
Bestellnummer KH 31



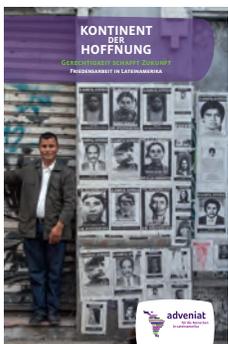
Mitten unter euch –
Kirchliche Basisgemeinden
Bestellnummer KH 32



Das Wissen teilen –
Ganzheitliche Bildung in LA
Bestellnummer KH 33



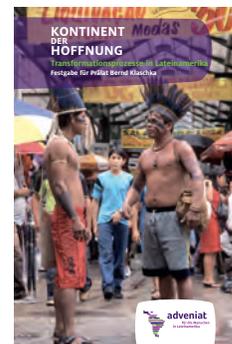
Hoffnung auf eine bessere Zukunft
– Jugend in Lateinamerika
Bestellnummer KH 34



Gerechtigkeit schafft Zukunft – Friedensarbeit in Lateinamerika
Bestellnummer KH 35



Amazonisches Tiefland – Bedrohte Schöpfung - bedrohte Völker
Bestellnummer KH 36



Transformationsprozesse in Lateinamerika – Festgabe Klaschka
Bestellnummer KH 37

Teilweise vergriffen:

- Karibik – Auf den Spuren des Kolumbus
- Afroamerikaner – Ihre Wurzeln sind in Afrika
- Guyanäs – Das andere Amerika
- Guatemala – Zwischen Vergangenheit und Zukunft
- Ecuador – Gerechtigkeit für alle

- Bolivien – Im Teufelskreis der Armut
- Großstädte – Zwischen Wellblech und Beton
- Brasilien – Mehr als Fußball und Favela
- Mexiko – An der Grenze Lateinamerikas
- Die Anden - Unterwegs zwischen Himmel und Erde

KONTINENT DER HOFFNUNG

**Faire und
menschenwürdige Arbeit**

Der Arbeitsmarkt in Lateinamerika

Inhalt

Zum Geleit	3
Erwerbsarbeit im Wandel der Entwicklung Lateinamerikas	4
Arbeitsrechte erstreiten	10
Nähen für den Weltmarkt: Maquilas in Lateinamerika	16
Marisol gegen die Maquilas	22
Option für die Armen, Arbeit und die Frage der sozialen Gerechtigkeit	28
Arbeiten in Harmonie statt in Schuldknechtschaft	34
Gerechte Arbeit bei den indigenen Völkern	42
Plötzlich keine Konkurrenten mehr	46
Informalität auf dem Arbeitsmarkt in Lateinamerika	50
„Wann bezahlen sie dich, Mama?“	56
Unterwegs zu einer gerechten Welt	60
Würdige Arbeit als weltweite Herausforderung der Kirche	68
„Eine andere Realität schaffen“	72
Mit Hand, Verstand und Herz	80
Lesehinweise zum Thema	84
Impressum, Autoren	85

Zum Geleit

Faire und würdige Arbeit für die Menschen in Lateinamerika und der Karibik

Sieben Jahre lang hat Juana Rodríguez in der mexikanischen Wirtschaftsmetropole Ciudad Juárez in einem Montagebetrieb gearbeitet, bis sie im vergangenen Jahr vor Schmerzen ihre Hände nicht mehr bewegen konnte. „Jetzt kann ich nicht mehr arbeiten. Dabei bin ich erst 39 Jahre alt. Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll“, hat sie uns im Rahmen der Recherche zu diesem Heft gesagt. Ein ähnliches Schicksal teilt die 30-jährige Dalmy Marisol Pérez aus El Salvador. Durch die Chemikalien, denen sie bei der Akkordarbeit in einem Textilfertigungsbetrieb ausgesetzt ist, könnte die Alleinerziehende das Augenlicht verlieren. Aber Marisol hat keine Wahl. Sie hat weder eine Ausbildung noch einen Schulabschluss. „Ich habe Angst, was mit einem Kindern passiert, wenn ich erblinde und dann arbeitslos bin“, ist ihre größte Sorge.

Wie Juana und Marisol ist vielen Menschen in Lateinamerika und der Karibik das Recht auf menschenwürdige, fair bezahlte Arbeit verwehrt. Je geringer die Qualifikation, desto höher ist die Gefahr, ausgebeutet zu werden. Neoliberale Wirtschaftsformen und globale Strukturen der Ausbeutung spüren die Arbeiterinnen und Arbeiter etwa an fehlenden oder unerschwinglichen Sozialversicherungen. Wirtschaftskrisen treffen die Armen und Schwachen zuerst, mit verheerenden Auswirkungen: Beschäftigte werden entlassen, junge Menschen gar nicht erst eingestellt, Arbeitsplätze werden dorthin verlagert, wo man den Arbeiterschutz umgehen und Löhne senken kann.

Die Missstände und die Nöte der Menschen in Lateinamerika und der Karibik, die Schutzlosigkeit von Arbeitenden, die Bedrängnis von Arbeitssuchenden lassen Adveniat-Partnerinnen und Partner nicht ruhen. In zahlreichen Projekten in allen Ländern des Subkontinents setzen sie sich für faire Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Verhältnisse ein. Adveniat unterstützt ihre Forderungen: Sie kämpfen unter anderem für die Befreiung aus der Sklaverei in Brasilien, für Bildungschancen von jugendlichen Lastenträgern in Venezuela, neue Perspektiven für obdach-

Abbildung oben:

Pater Michael Heinz SVD.

Abbildung Titelseite:

Akkordarbeiterinnen in einer Maquila in Mexiko.



lose und ausgebeutete Frauen sowie eine solidarische Landwirtschaft in Mexiko.

Diese Ausgabe des „Kontinents der Hoffnung“ zeichnet die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Lateinamerika nach, benennt würdige Arbeit als weltweite Herausforderung und zeigt mögliche Wege zu einer gerechteren (Arbeits-)Welt auf. Zudem haben unsere Autoren Menschen wie Juana und Marisol auf ihrem Weg zur Arbeit begleitet und eindrucksvolle Reportagen und Fotos mitgebracht, die verdeutlichen: Unwürdige Arbeitsbedingungen führen dazu, dass Viele den Sinn von Arbeit nicht erfahren. Sie können mit der ungerechten Entlohnung ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten, ihnen wird ein Bereich der Persönlichkeitsentwicklung vorenthalten sowie die Beziehungen zu anderen Menschen in der Arbeitswelt. Um Gottes Gerechtigkeit willen, um des Reiches Gottes willen können Christinnen und Christen angesichts all dessen nicht tatenlos bleiben. Denn Ihr Schicksal ist auch durch unser Konsumverhalten begründet.

Pater Michael Heinz

Hauptgeschäftsführer

des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat

Erwerbsarbeit im Wandel der Entwicklung Lateinamerikas

Von Prof. Dr. Rainer Dombois

Erwerbsarbeit in Lateinamerika – dies umfasst ein breites Spektrum zwischen Subsistenzwirtschaft und moderner Wissensarbeit, zwischen extremer Armut und Reichtum, eingebettet in ganz unterschiedliche wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und ethnische Kontexte.

Die Region hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefen und überaus schnellen wirtschaftlichen und sozialen Wandel erfahren, mit enormen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse. Es sind vor allem folgende Tendenzen, welche den Wandel in der Region sichtbar machen:

Tertiärisierung: Die Landwirtschaft, die noch vor 60 Jahren Wirtschaft und Beschäftigung dominierte, ist stark geschrumpft, zugunsten eines rasch expandierenden (städtischen) Dienstleistungssektors. Demgegenüber blieb die Dynamik der jungen Industrie sehr beschränkt.

Urbanisierung: Getrieben durch interne Migration wie auch Bevölkerungswachstum haben sich die einst ländlich geprägten Gesellschaften in städtische verwandelt. In den meisten Ländern lebt heute die große Mehrheit der Bevölkerung in Städten.

Demografischer Wandel: Die Zahl der Erwerbstätigen ist bislang noch stark gewachsen, allein seit 1990 fast auf das Doppelte. Die Geburtenrate ist aber in relativ kurzer Zeit stark zurückgegangen – fast auf die Niveaus der schrumpfenden Industrieländer. Während Frauen im gebärfähigen Alter im Jahre 1965 noch im Durchschnitt 5,5 Kinder zur Welt brachten, waren es 2015 nur noch 2,2.

Weibliche Erwerbsbeteiligung: Sie nahm zu, nicht zuletzt auch mit den veränderten Familienstrukturen, so vor allem durch Arbeit im schnell wachsenden städtischen Dienstleistungssektor. Dennoch bleibt sie (mit gegenwärtig 53 %) noch weit hinter der der Männer zurück.

Profil der Erwerbstätigen: Das Bildungsniveau hat sich allgemein sehr erhöht. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen heute hat Sekundarschulen, ein beträchtlicher Teil auch weiterführende Bildungseinrichtungen besucht.

Entwicklungsphasen und Veränderungen von Erwerbsstrukturen

Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte und mit ihr auch die der Erwerbsarbeit in der Region wurde durch wechselnde Entwicklungsstrategien und -politiken geprägt. Es lassen sich drei Phasen unterscheiden:

1. Die importsubstituierende Industrialisierung (ISI) von 1930 bis zum Ende der 1970er Jahre;
2. die neoliberale Öffnung und Deregulierung in den 1990er Jahren und schließlich
3. der Rohstoffboom und die gegenwärtige Krise des Extraktivismus.



Importsubstituierende Industrialisierung

Seit den 1930er Jahren verbreitete sich in der Region die Entwicklungsstrategie der importsubstituierenden Industrialisierung. Sie zielte auf eine protektionistisch abgeschirmte nachholende Industrialisierung, welche die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Wirtschaften von Rohstoff- und Agrarexporten beenden sollte. In der Aufbruchzeit gestützt auf neue politische Allianzen und national-populistische Bewegungen, bildete sie den Kern eines umfassenden Modernisierungsprojekts unter staatlicher Regie. Im Zuge starken wirtschaftlichen Wachstums entwickelte sich bis in die 1970er Jahre in den größeren Ländern ein moderner Industrie-sektor, mit einer starken Präsenz staatlicher, seit den 50er und 60er Jahren auch transnationaler Unternehmen. Es entstanden zugleich staatliche Bürokratien und Entwicklungsagenturen, expandierende öffentliche Bildungs- und Gesundheitssysteme. Bereits in den dreißiger und vierziger Jahren wurden auch die Grundlagen des Arbeitsrechts wie auch rudimentäre Systeme sozialer Sicherung geschaffen, die – beitragsfinanziert und an formelle Arbeitsverhältnisse gekoppelt – vor allem den Beschäftigten der jungen staatlichen Bürokratien und Industriebetriebe zugutekamen. In der Anfangs- und Aufbruchsphase des Modernisierungsprojekts wurde auch die Bildung von Gewerkschaften gefördert und ihr Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse politisch und rechtlich gestützt, freilich um den Preis staatlicher Kontrolle.

Spätestens in der Schuldenkrise, welche die „Verlorene Dekade“ der 1980er Jahre einleitete, offenbarten sich aber die Probleme der bislang verfolgten Entwicklungsstrategie.

Erstens waren mit hohem Aufwand Industrien gefördert worden, die international kaum konkurrenzfähig waren und hochgradig von ausländischen Zulieferungen abhängig blieben. Angesichts der „strukturellen Heterogenität“ der Wirtschaft blieb auch ihre Strahlkraft in traditionelle Industrie- und Wirtschaftsbereiche schwach.

Zweitens verschärfte die Entwicklungsstrategie die Disparitäten zwischen Stadt und Land. Sie zielte nämlich auf die städtischen Zentren, auf Kosten der ländlichen Regionen. Die modernen Industriebetriebe und Dienstleistungsbereiche, die staatlichen Institutionen und Organisationen konzentrierten sich auf die Hauptstädte und metropolitanen Zonen,

Abbildung Seite 5:

Kaffeebauer in Guatemala: Die Situation der Landbevölkerung in vielen Ländern Lateinamerikas hat sich verschlechtert – auch weil die Förderung von Handel und Industrie auf die großen Städte zielte.

in denen dynamische Arbeitsmärkte mit attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden. Die wachsenden Disparitäten der Arbeits- und Lebensbedingungen beflügelten die Abwanderung aus den agrarischen Regionen und trieben, zusammen mit dem starken Bevölkerungswachstum, die rapide Urbanisierung an – sie zeigt ihre Auswüchse in den metropolitanen Zonen von Mexiko, Bogotá, São Paulo, Buenos Aires oder Lima, in denen sich jeweils große Teile der nationalen Bevölkerung konzentrieren. Drittens erwies sich, dass die beträchtliche Expansion der Industrie und der modernen öffentlichen und privaten Dienstleistungssektoren nicht reichte, um die mit dem Bevölkerungswachstum und der Zuwanderung rapide wachsende Heerschar von Arbeitskräften aufzunehmen. Es waren stattdessen eher arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche mit geringer Produktivität, vor allem ein aufgeblähter Dienstleistungsbereich, die Erwerbsgelegenheiten boten. Im Zuge der Ausweitung von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in den städtischen Arbeitsmärkten fand seit den 1970er Jahren auch in Lateinamerika das Konzept des informellen städtischen Sektors Verbreitung. Es dominiert seitdem die Beschäftigungsstatistiken, lässt freilich Armut und Prekarität der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen aus dem Blickfeld geraten. Mit dem informellen Sektor sollte der große, in sich heterogene Bereich von Erwerbstätigkeiten erfasst werden, der durch niedrige Produktivität geprägt und mit hohen Armuts- und Prekaritätsrisiken verbunden sind: die der kleinen Selbständigen und ihrer mithelfenden Angehörigen sowie der Beschäftigten in Kleinstbetrieben und Haushalten. Der informelle Sektor wurde gleichsam als Gegenstück des formellen Sektors um die modernen Unternehmen und Bürokratien herum konzipiert, die mit ihrer hohen Produktivität auch relativ gute Einkommen und soziale Sicherungen boten. Das Konzept der Informalität wurde später erweitert: Informelle Beschäftigung schließt nun alle Arten von selbständigen und abhängigen Erwerbstätigkeiten – ob im formellen oder im informellen Sektor – ein, welche faktisch nicht die rechtlichen sozialen Mindeststandards erfüllen.

Neoliberale Öffnung und Deregulierung

Die „Verlorene Dekade“ markiert die neoliberale Wende, den Übergang zu einer neuen Entwicklungsstrategie. Unter Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds wurden die bislang abgeschirmten Ökonomien Lateinamerikas für den Weltmarkt, für ausländische Konkurrenz und Investitionen geöffnet; dazu wurden die Binnenmärkte dereguliert und staatliche Unternehmen und Agenturen privatisiert. Bisherige institutionelle Regelungen zum Schutz der Beschäftigungsverhältnisse, Gewerkschaftsrechte und zentralisierte Tarifverhandlungen galten nun als Hemmnisse von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Der Arbeitsmarkt – genauer: die Beschäftigung im formellen Sektor – wurde direkt zum strategischen Politikfeld. In den meisten Ländern der Region setzten Regierungen Reformen des Arbeitsrechts mit dem Ziel der „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts durch und führten Marktprinzipien in die Pensionssysteme ein. Wenn auch die Deregulierung oft durch interne politische Widerstände gebremst wurde, so verbreiteten sich doch im formellen Sektor faktisch neue Praktiken „atypischer“ Beschäftigung – so Kurzzeitverträge, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit –, welche Informalität auch im eigentlich formellen Sektor verbreiteten.

Die Gewerkschaften, so sehr sie nach dem Zusammenbruch der Militärdiktaturen mit der Demokratisierung wieder Handlungsspielraum und auch Autonomie gewonnen hatten, verloren in den 1990er Jahren an Organisationskraft und an Einfluss, als Unternehmen und Institutionen des öffentlichen Sektors privatisiert wurden und sie auch nicht mehr auf administrative oder politische Unterstützung durch den Staat und ihnen nahestehende Parteien zählen konnten.

Insgesamt blieben die Ergebnisse der neoliberalen Wende in den 1990er Jahren weit hinter den Verheißungen ihrer Protagonisten zurück. Bei einem nur schwachen und unsteten wirtschaftlichen Wachstum waren die Armutsraten kaum zurückgegangen, lagen noch immer über dem Niveau von 1980. Zwar siedelten sich in einigen Ländern, so vor allem in Mexiko und Zentralamerika, mit den Maquilas arbeitsintensive exportorientierte Zulieferindustrien an, welche die niedrigen Lohnkosten nutzten. Im Beschäftigungssystem zeigten sich aber kaum Verbesserungen. Während die Zahl der Erwerbspersonen und insbesondere die der abhängig Beschäftigten stark wuchs, zeigte die Arbeitslosigkeit eine steigende Tendenz und insgesamt auch die informelle Beschäftigung. Zugleich nahm auch die Migration zu, nicht nur in die USA, sondern nun auch nach Europa und innerhalb der Region.

„Die internationalen Rohstoffindustrien der nichtenergetischen Mineralgewinnung und die Agroindustrie respektieren häufig nicht die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Rechte der jeweiligen lokalen Bevölkerungen.“

Schlussdokument der Generalversammlung von Aparecida (66)

Extraktivismus und Reformen des Erwerbssystems

Im vergangenen Jahrzehnt wurde die ökonomische Entwicklung der Region durch den Boom der Nachfrage und der Preise von Rohstoffen und Agrarprodukten geprägt. In einer Phase starken wirtschaftlichen Wachstums und sprudelnder Staatseinnahmen setzten die Regierungen auf den „Extraktivismus“, förderten mit ihren Politiken den Abbau und die Exporte von Rohstoffen. Das Ende des Rohstoffbooms seit 2011 führte dann aber in die gegenwärtige Rezession.

Die politische Entwicklung in der Region wurde insbesondere durch die neuen Mitte-Links-Regierungen beeinflusst, die – bei allen Unterschieden – die Kritik an der neoliberalen Entwicklungsstrategie verband. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Privatisierung der Sozialsysteme wurden in vielen Ländern gestoppt oder zurückgenommen, die Sozialausgaben ausgeweitet, Gewerkschaften und Tarifverhandlungen gefördert.

Anfänge einer neuen Arbeits- und Sozialpolitik

Nicht nur in den Ländern mit Mitte-Links-Regierungen wurden neue Arbeits- und Sozialpolitiken eingeführt. Sie zielen auf die Inklusion bislang rechtlich oder faktisch ausgeschlossener Gruppen in den formellen Arbeitsmarkt sowie auf die Verbesserung der Einkommen und die soziale Sicherung armer, informell beschäftigter Gruppen.

Dazu gehören erstens Politiken der Formalisierung. Sie schaffen Anreize oder auch Verpflichtungen, Arbeitskräfte mit formellen Arbeitsverträgen zu beschäftigen und arbeits- und sozialrechtliche Schutznormen einzuhalten.

Zweitens werden Familien und Haushalten im Rahmen der Armutsbekämpfung universelle oder auch „fokalisierte“ soziale Sicherungen, unabhängig von Erwerbsform und Beiträgen, gewährt. In vielen Ländern der Region wurden die Systeme der Krankenversicherung reformiert und auch der armen Bevölkerung zugänglich gemacht. Auch wurden in den letzten beiden Jahrzehnten beitragsunabhängige, steuerfinanzierte Systeme von Mindestrenten, meist selektiv für arme Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch für die Landbevölkerung eingeführt, so etwa in Bolivien, Brasilien, Mexiko.

Große Verbreitung in fast allen Ländern Lateinamerikas finden schließlich drittens Programme „konditionierter Einkommenstransfers“ zur Unterstützung armer Familien. Sie binden finanzielle Beihilfen an Bedingungen, etwa den Schulbesuch der Kinder oder die Teilnahme an Ernährungs- und Gesundheitsprogrammen. Diese Programme gehören zu den wenigen „progressiven“ Formen der Sozialpolitik in Lateinamerika, die wirklich den ärmsten Gruppen zugutekommen.

Schließlich sind Tendenzen der Erweiterung öffentlicher Versorgung zu nennen. Angebote von Krippen und Kindergärten etwa entlasten Frauen von Betreuungsarbeiten und erleichtern ihnen die Aufnahme von Erwerbsarbeit.

Diese erweiterten Arbeits- und Sozialpolitiken haben in der durch den Rohstoffboom und reiche Staatseinnahmen geprägten Wachstumsphase bis in dieses

Jahrzehnt hinein beträchtliche Erfolge gezeitigt. Die formelle Beschäftigung, die Einkommen, zugleich auch der Deckungsgrad sozialer Sicherungen nahmen zu, während Armut und Arbeitslosigkeit zurückgegangen sind.

Strukturen der Ungleichheit im Erwerbssystem

Statistische Makrodaten, zumal für eine ganze Region mit mehr als 300 Millionen Erwerbstätigen, bilden die Strukturen der Ungleichheit im Erwerbssystem nur sehr unzulänglich ab. Die Daten zur informellen Beschäftigung geben aber einige Anhaltspunkte.

Zu Beginn dieses Jahrzehnts arbeiteten knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen der Region als abhängig Beschäftigte, ein weiteres Drittel aber als Selbständige oder mitarbeitende Familienangehörige. Trotz Rohstoffbooms und Reformen im letzten Jahrzehnt gelten fast die Hälfte aller Erwerbstätigen allein in den Städten als informell beschäftigt (48 %). Zu ihnen zählt der größere Teil der *cuentapropistas*, der auf eigene Rechnung arbeitenden Selbständigen – so Straßen- oder Kleinhändler, Handwerker –, aber auch ein beträchtlicher Teil der abhängig Beschäftigten, die überwiegend ohne formelle Arbeitsverträge arbeiten, so Hausangestellte oder Arbeiter in Kleinstbetrieben und Tagelöhner.

Der formelle Arbeitsvertrag ist ein zentrales Element des formellen Arbeitsmarkts. Beschäftigte mit formellen Arbeitsverträgen – vor allem solche in öffentlichen Institutionen und größeren Unternehmen – können am ehesten darauf zählen, dass sie wenigstens die Mindeststandards des Arbeitsrechts – für Lohn, Arbeitszeit, Mutterschutz, Urlaub und Abfindungen, Kündigungsschutz und Abfindungen usw. – in Anspruch nehmen und Anrechte auf Renten und Krankengeld erwerben können. Formelle Beschäftigungsverhältnisse bilden auch die Voraussetzungen für die Bildung von Gewerkschaften, die in Kollektivvereinbarungen gesetzliche Mindeststandards in der Regel aufstocken können.

Großen Armuts- und Prekaritätsrisiken sind die 40 Prozent aller abhängig Beschäftigten ausgesetzt, die ohne schriftliche Verträge arbeiten. Obwohl rechtliche Mindestnormen auch für sie Geltung beanspru-

chen, können sie in der Regel ihre Rechte faktisch gegenüber ihren Arbeitgebern nicht wahrnehmen, sehen sich gezwungen, niedrige Löhnen ohne soziale Sicherungen, unstete Beschäftigung, oft auch unwürdige Behandlung hinzunehmen.

Zu ihnen zählt die Mehrheit der Hausangestellten, die Versorgungs- und Betreuungsarbeiten in privaten Haushalten verrichten, nach Schätzungen immerhin 7 % der Erwerbstätigen der Region, zu 93 % Frauen und zu ca. 80 % informell beschäftigt. Sie verkörpern gleichsam die Kommerzialisierung der Hausarbeit: weibliche Erwerbstätigkeit, die selbst Folge und Voraussetzung weiblicher Erwerbstätigkeit ist. Mit ihrer Arbeit schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass ihr Arbeitgeber von familiären Versorgungs- und Betreuungsarbeiten entlastet wird und so einer Erwerbsarbeit nachgehen kann, während sie selbst sich für ihre eigenen Hausarbeiten, etwa die Betreuung der Kinder, auf (unentgeltliche) familiäre Hilfe verlassen müssen. In dem sehr ungleichen, zudem informellen persönlichen Beschäftigungsverhältnis ist es für Hausangestellte besonders schwer, ihre rechtlichen Ansprüche durchzusetzen. Aber auch der formelle Arbeitsmarkt schließt Zonen der Armut und Prekarität und insgesamt sehr ungleiche materielle Bedingungen und soziale Sicherungen der Beschäftigten ein. So können die Angestellten von Sicherheitsdiensten oder auch die Arbeiterinnen der Blumenindustrie in Kolumbien mit ihren Verdiensten kaum ihre Familien ernähren; auch schützt selbst der unbefristete Vertrag nicht vor willkürlichen Entlassungen.

Zu den relativ geschützten Beschäftigten gehören dagegen – neben Gruppen des öffentlichen Dienstes wie die Lehrerschaft – seit der ISI-Phase die Arbeiter der industriellen Großbetriebe, etwa der Automobil- oder Stahlindustrie, der Öl- oder Kohleindustrie. Sie sind meist in starken, oft traditionsreichen Gewerkschaften organisiert, die nicht nur Lohn- und Sozialleistungen über dem Niveau der staatlichen Mindestnormen aushandeln, sondern auch Einfluss auf Arbeitsanforderungen und -intensität und auf den Arbeitseinsatz ausüben. Tarifvereinbarungen füllen zudem oft auch Lücken des Sozialsystems, bieten etwa Stipendien für Kinder der Beschäftigten, Zuschüsse zum Wohnungsbau etc. In vielen Betrieben gewinnen die Arbeiter mit zunehmender Beschäftigungsdauer Aufstiegsrechte und Kündigungsschutz. Mit Arbeitsplatzabbau und der Einführung von atypischen Beschäftigungsformen haben allerdings die etablierten Rechte und Sicherheiten seit den 1990er Jahren an Geltung und Wirksamkeit eingebüßt.

Eine Kerngruppe der Informalität und Armut bilden die Kleinbauern mit ihren mithelfenden Familienangehörigen und die Landarbeiter in den von der städtischen oder agroindustriellen Entwicklung abgehängten Landregionen. Allen sozialen Indika-

toren nach sind sie besonders benachteiligt, auch gegenüber dem Gros der Erwerbstätigen in den Städten: im Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten, zu Wasser- und Energieversorgung und Transportmitteln, nicht zuletzt in den Job-Alternativen, den Verdienstmöglichkeiten und sozialen Sicherungen. Mangelnde Verkehrsanbindung hindert Bauern daran, ihre Produkte auf städtischen Märkten zu verkaufen, Saisonarbeit zwingt vielfach zum Wechsel zwischen verschiedenen Erwerbstätigkeiten auf nur lokalen, wenig entwickelten ländlichen Arbeitsmärkten.

Insgesamt kumulieren sich Armuts- und Prekaritätsrisiken für die Erwerbstätigen der informellen Ökonomie, für die *cuentalpro-pistas* sowie die abhängig Beschäftigten ohne formelle Verträge. In Phasen des Einkommensausfalls und der Arbeitsunfähigkeit – Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Schwangerschaft, Krankheit oder Alter – sind diese in besonderem Maße auf familiären Rückhalt angewiesen, sei es durch Zu- und Mitarbeit, sei es durch finanzielle Hilfe. In besonders prekärer Situation befinden sich daher Personen, die nicht mit der Unterstützung im engeren Familienkreis rechnen können, so vor allem die große Gruppe von Alleinerziehenden.

Dieses notgedrungen verkürzte und verallgemeinernde Bild der Strukturen der Ungleichheit der Erwerbsarbeit in Lateinamerika bedürfte vielfacher Differenzierung und Ergänzung. So müssten Diskriminierung und ungleiche Verteilung von Risiken zu Lasten von Frauen, ethnischen Gruppen und jungen, wenig ausgebildeten Erwerbstätigen ins Blickfeld gerückt werden. Auch müssten die großen Unterschiede der ökonomischen Bedingungen, der Erwerbssysteme und ihrer politischen und sozialen Regulierung innerhalb der Region sichtbar gemacht werden: zwischen rudimentären Wohlfahrtsstaaten wie den Ländern des *Cono Sur* mit ihrem hohen Grad der Formalisierung von Erwerbsarbeit einerseits, überwiegend informellen Ökonomien wie denen der Andenländer andererseits. Schließlich wäre es wichtig, die Vielfalt von Initiativen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der diskriminierten Gruppen zu beleuchten, wie sie von der Internationalen Arbeitsorganisation, Gewerkschaften,

Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen ausgehen.

Die Krise des Extraktivismus - eine Zeitenwende?

Die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession belegt nachdrücklich, dass das wirtschaftliche Wachstum und die sozialen Reformen vornehmlich auf den Extraktivismus, die Ausbeutung und den Export der natürlichen Ressourcen gebaut waren. Die Regierungen hatten die Boomphase nicht dazu genutzt, die Wirtschaft zu diversifizieren und weniger abhängig vom Rohstoffmarkt zu machen, die Bildungs-, Qualifikations- und Beschäftigungschancen der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Mit dem Ende des Rohstoffbooms gehen insbesondere den reformorientierten Regierungen die Ressourcen aus, mit denen sie auch ihre Arbeits- und Sozialpolitiken finanzierten und vor allem in der ärmeren Bevölkerung politische Unterstützung fanden. Und so verbindet sich die ökonomische Krise mit der politischen Krise und es ist kaum absehbar, ob der Weg sozialer Reformen des Erwerbssystems weiter beschritten wird, so bescheiden auch ihre Erfolge sein mögen.

Literatur

Dombois, Rainer: Wohlfahrtsmix, Wohlfahrtsregime und Arbeit in Lateinamerika. Schriftenreihe des Instituts Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen, Bremen 2015.

OIT: Panorama Laboral América Latina y el Caribe, 2016.

Ramos, Joseph/Sehnbruch, Kirsten/ Weller, Jürgen: Quality of Employment in Latin America: Theory and evidence. International Labour Review 2015, Vol. 154, No 2., S. 171-194

Weinmann, Nico/Burchardt, Hans-Jürgen: Politikzyklen der Informalität? Dynamiken informeller Arbeit in Lateinamerika, in: Burchardt, Hans-Jürgen/Peters, Stefan/Weinmann, Nico (Hrsg.): Arbeit in globaler Perspektive, Frankfurt/New York 2013, S.97-122.

Zeitenwende in Lateinamerika? Schwerpunktheft Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 39/2016



Arbeitsrechte erstreiten

Von Kathrin Zeiske (Text) und Jürgen Escher (Fotos)

Ciudad Juárez steht für Qualitätsarbeit. In der mexikanischen Wirtschaftsmetropole sind Montagebetriebe von über 300 Unternehmen aus aller Welt angesiedelt. Doch die hier Arbeitenden verdienen kaum das Nötigste zum Leben. Und wer entlassen wird oder Folgeschäden von der Arbeit davonträgt, steht alleine multinationalen Unternehmen gegenüber. Trotzdem fassen Arbeiterinnen den Mut, sich zu organisieren und ihre Rechte einzufordern.

Juana Rodríguez lebt in Palmas del Sol, einer Siedlung im äußersten Süden der Stadt. Vom Schnellstraßenring führt eine unbefestigte Straße mit Schlaglöchern voller Schlamm dorthin. Die Häuser sind winzig, und lediglich auf den Stromkästen ist die Nummerierung ersichtlich. Juana steht vor ihrem Haus. Der Nussbaum im Hof wirkt kläglich: Alle Äste haben sie verfeuert. Der Blick reicht weit über brachliegendes Terrain bis zu den gigantischen Fabrikgeländen hinüber: Irgendwo dort liegt auch die Niederlassung der Firma, bei der Juana arbeitet. Dort, in einem Montagebetrieb eines international agierenden Industrierienunternehmens hat Juana sieben Jahre lang gearbeitet. Bis sie im vergangenen Jahr vor Schmerzen ihre Hände nicht mehr bewegen konnte. Sie wurde dreimal operiert, doch ihr rechter Arm hängt noch immer schlaff herab. Um ihn zu bewegen, hilft sie mit dem linken Arm nach. In der Maquila, wie die Montagebetriebe genannt werden, sagten sie ihr: Juana, arbeite schneller! Wenn sie sagte, sie schaffe es nicht, schickten sie sie zur Krankenstation. Von dort leitete man sie ins öffentliche

Krankenhaus weiter, und da sagte man ihr, dass man doch schon alles für sie getan habe. Ein Teufelskreis, Juana weint.

Bei ihrer Firma, die seit einer Firmenfusion im letzten Jahr ihren Namen geändert hat und seitdem keine Schadensansprüche mehr annimmt, werden Autoinnenteile gefertigt. „Ich war im Bereich 4-15, wo Kopfstützen hergestellt werden“, erzählt Juana Rodríguez. Eine sehr eintönige, schwere Arbeit mit ewiggleichen Handbewegungen. Noch im Traum macht sie diese Handgriffe, dort an ihrem

Abbildung Seite 10:

Juana Rodríguez vor ihrem kleinen Haus.

Abbildung Seite 11:

Schichtwechsel in einer Maquila: In weißen Personal-Bussen werden jeden Tag Tausende Arbeiter transportiert.



alten Arbeitsplatz in der großen, blitzend weißen Halle mit dem hohen Stahldach, zwischen Monitoren und blinkenden Lichtern, in einer der endlosen Produktionsreihen, säuberlich getrennt durch neonfarbene Sicherheitsstreifen auf dem Boden.

„Jetzt kann ich nicht mehr arbeiten. Dabei bin ich erst 39 Jahre alt. Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.“ Juana leidet unter dem Karpaltunnelsyndrom, weltweit bekannt im Zusammenhang mit der Arbeit in Montagefabriken. Wie auch Sehnenscheidenentzündung, Arthritis, Wirbelsäulenschäden, Wärmestress, Tinnitus sowie Augen- und Lungenschäden durch Beleuchtung, Belüftung und den Umgang mit chemischen Stoffen. Auch Juanas Mann, Martín Hernández, der 20 Jahre bei einer Sicherheitsfirma angestellt war, wird immer wieder arbeitsunfähig geschrieben, seit er einen Arbeitsunfall hatte und hinkt. Von der schmalen Unterstützung, die er erhält, zahlen sie das Haus ab.

„Haus, nun ja“, sagt Juana, „es sind ja nur zwei Zimmer.“ Das

Abbildung Seite 12:

Es gibt auch Ausbildungsplätze: Jugendliche in der Maquila eines deutschen Herstellers.

Abbildung Seite 13:

Arbeiterin in einer Maquila in Mexiko: Viele Arbeitskräfte in den Lohnfertigungsbetrieben arbeiten zu niedrigen Löhnen.

Ehebett steht im Wohnzimmer, zwischen dem im Hintergrund laufenden Fernseher und dem wärmenden Ofen. Links davon ein Sofa und eine kleine Küchenzeile. Im unverputzten Hinterzimmer schlafen die fünf Kinder. Die 16-jährige Tochter versucht, etwas dazuzuverdienen. Juana verkauft Secondhandkleidung auf einem Straßenmarkt. Der älteste Sohn wurde verschleppt, kein Einzelfall in den Armenvierteln von Ciudad Juárez, einer der Hochburgen des Drogenhandels, der Menschenschmuggler und Organhändler. Die Familie wurde bedroht, sie solle keine Nachforschungen anstellen.

Doch Juana bleibt tapfer angesichts aller Schicksalsschläge. Sie organisiert sich mit insgesamt 640 Arbeiterinnen, von denen ihr Arbeitgeber seit der Firmenfusion im letzten Jahr nichts mehr wissen will. „Kolleginnen, die wie ich nicht mehr arbeiten können; viele sind schon älter und müssten eine Abfindung bekommen.“ Andere seien unter Druck gesetzt worden, ihre Kündigung zu unterschreiben. „Ich will, dass öffentlich wird, was in der Maquila passiert. Denn es gibt so viele Geschädigte. Und es ist furchtbar deprimierend, nicht arbeiten zu können.“ So zieht sie heute mit Transparenten durch die Stadt,



vorbei an den weit ausgedehnten Industrieparks. Während Tausende andere Arbeiterinnen und Arbeiter in weißgetünchten alten Schulbussen aus den USA auf dem Weg zur Maquila an ihr vorbeifahren. „Personaltransport“ steht auf der Frontseite, und hinter der Windschutzscheibe hängen Abkürzungen für Firmen und Standorte. Zum Schichtwechsel durchqueren die Busse ganz Juárez: im Morgengrauen, nachmittags und um Mitternacht.

„Wir müssen für unsere Rechte kämpfen“

Juana Rodríguez erinnert sich: „Früher, als ich noch schnell und tüchtig arbeitete, haben sie mich kurz vor Schichtende oft für Überstunden gesucht. Wenn ich sagte, ich bin todmüde, holten sie mir eine Aspirin und eine Cola, und ich arbeitete weiter. Heute grüßen mich die Vorarbeiter nicht mehr. In Halle 3 gibt es einen Bereich, da arbeiten alle die, die körperliche Beschwerden davongetragen haben. Das nennen sie dann ‚die Behindertenanstalt‘. Das ist diskriminierend. Nein, das kann nicht so bleiben.“ Juana schüttelt entschlossen den Kopf. „Wir müssen für unsere Rechte kämpfen.“

Doch so eine Klage dauert. Da müsse man Geduld haben, weiß Juana. „Ich habe die Hoffnung, dass ich eine Entschädigung bekomme. Damit die Kinder studieren können und sich nicht ebenfalls in der Maquila kaputtzuschuffen. Meine Kinder geben mir viel Hoffnung. Sie nehmen mich in den Arm und sagen mir liebevoll: Ach Mama, du gibst dich ja wie ein Krüppel! Dann lachen wir gemeinsam.“ Das Holz im kleinen, rußgeschwärzten Ofen knistert. Den Raum erfüllt Wärme. Über dem Sofa hängt ein Bildnis der Jungfrau von Guadalupe, der Schutzpatronin Mexikos. „Sie ist immer für uns da“, sagt Juana.

Auch eine weltliche Verbündete haben Maquilaarbeiterinnen wie Juana Rodríguez. Susana Prieto ist die einzige Anwältin für Arbeitsrecht. In einer Stadt, in der sich alles um Arbeit dreht. Ihr Anwaltsbüro gleicht einer Festung. Mit Schleusen, Gittern und Bodyguard am Eingang. Es ist so klein, dass die zahlreichen Mitarbeiterinnen kaum Platz darin finden und sich zwischen Aktenschränken und von Papieren überquellenden Schreibtischen aneinander vorbeischieben. Im Vorzimmer nehmen Menschen im ständigen Wechsel Platz. Junge, ernste Frauen in seidenen Blusen erklären ihnen den Stand ihres Falles, lassen sie Papiere unterzeichnen und geben Gerichtstermine an.

Anwältin Susana Prieto kommt aus einfachen Verhältnissen und arbeitete einst selbst in der Maquila. In der dritten Schicht, der Nachtschicht. Um sieben Uhr morgens ging sie dann zur weiter-





führenden Schule. „Ich wusste noch nicht, was ich will, aber ich war mir sicher: Das hier will ich nicht.“ Mit 18 Jahren begann sie, Jura zu studieren. „Die Arbeiterinnen sind Heldinnen für mich“, sagt Susana. Sie kämpften an verschiedenen Fronten, in der Maquila genauso wie zuhause, wo der Lohn oft nicht reichte, um den Kindern ein Essen auf den Tisch zu stellen. Es seien sklavische Konditionen in den Fabriken, die wie Festungen mit hohen Mauern, Kameras und Stacheldraht umgeben sind.

„Niemand bekommt zu sehen, was drinnen geschieht. Die Aufseher verfahren in einem respektlosen Ton mit den Arbeitenden. Die meisten denken aber: Das geht mir so, weil ich nichts studiert hab. Denn das wird ihnen eingetrichtert.“ Deshalb versuche die Anwältin die Menschen, die an ihre Tür klopfen, zu organisieren, zu Multiplikatorinnen zu machen, zu informieren, was ihre Rechte sind. „Denn die Maquilas haben Personalposten, alleine, um Druck auszuüben, um zu verunsichern, um Löhne und Abfindungen zu negieren, um Angestellte dazu zu bewegen, ihre Kündigung zu unterschreiben – und sämtlichen Ansprüchen zu entsagen.“

Susana Prieto tritt auf, als wäre sie für einen Hollywoodfilm gecastet. Eine Powerfrau gegen den Rest der Welt. Rote Highheels, roter Lippenstift, lange braune Locken, ein enges Kostüm. Ihre Stimme ist laut und schneidend. Sie lässt ein Sturmgewitter an Informationen los, stellt im Minutentakt Zusammenhänge zwischen Schwachstellen des mexikanischen Arbeitsrechts, den Auswüchsen des globalen Weltmarkts und der bitteren Armut der Menschen in Ciudad Juárez her. Ihr Diskurs ist knallhart, doch es

ist offensichtlich, dass in ihrer Arbeit viel Herzblut steckt, dass die zahlreichen Morddrohungen ihr zu setzen – aber dass ihr die Fälle, die sie vertritt, nicht egal sind.

„Juárez ist international angesehen für die technische Versiertheit der Arbeiterinnen. Aber diese erhalten die niedrigsten Industrielöhne im gesamten Land, weil es keine Gewerkschaften gibt. Unternehmer bekommen von Politikern garantiert: Hier in Juárez wirst du keinerlei Probleme haben mit organisierter Arbeiterschaft, die halten wir dir vom Hals, hier gibt es absolute Gewinngarantie.“ Und wenn Menschen ihre Arbeit verlieren und oder arbeitsunfähig werden, dann stünden sie Weltmarktunternehmen gegenüber. Wie David gegen Goliath, sagt die Rechtsanwältin. „Wenn Arbeiter nach 15 Jahren in der Maquila zu nichts mehr fähig sind, wird alles darangesetzt, dass sie freiwillig gehen, um keine Entschädigung zahlen zu müssen. Es sind soziale Kämpfe, die keiner wahrnimmt, derer sich keiner annimmt.“ In einem Jahr hat Susana Prieto knapp 50 Streiks vor Gericht vertreten.

Sie steht vor einem Fabrikgelände an einer der großen Ausfallstraßen Richtung Süden. „Wenn du dich hier einfach nur umguckst, siehst du die Ungerechtigkeit doch schon, von der ich spreche“, sagt sie



leise. „Schau dir diese modernen Montagebetriebe an, in denen Windtechnik entwickelt wird und Kameras für endoskopische Eingriffe gefertigt werden. Und dann schau dir die unverputzten Häuschen im Staub an, wo die Menschen leben, die diese Arbeiten ausführen.“

Abbildungen Seite 14:

Die Anwältin Susana Prieto. Foto daneben: Denkmal für die Arbeiter in Ciudad Juárez.

Abbildung Seite 15:

Neubaugebiet in der Wüste am Rand von Ciudad Juárez.

Auch Pater Luis Escudero von der Sozialpastoral der Diözese Ciudad Juárez glaubt, dass eine sozial ausgerichtete Unternehmenskultur in der Stadt fehle. „Papst Franziskus hat das Thema der Arbeit bei seinem Besuch hier in Juárez aufgegriffen. Er sprach von einer modernen Sklaverei.“ Der Papstbesuch im Februar 2016 ist Kirche und Gläubigen so präsent geblieben, als wäre er erst gestern gewesen. „Als Kirche versuchen wir, das Thema der sozialen Gerechtigkeit anzustoßen. Doch von gerechten Löhnen sind wir weit entfernt.“ Der Priester mit den graumelierten Haaren rückt seine Brille zurecht. Die globale Wirtschaft lasse soziale Veränderungen kaum zu. „Der humanitäre Aspekt fällt hinunter angesichts des Gewinnstrebens.“ Die Belange der Arbeiterschaft interessierten da wenig. Es gäbe nur wenige Ausnahmen, wo Maquilabesitzer darauf schauten, wie ihre Angestellten eigentlich leben.

„Gott wird von den Sklavenhaltern unserer Tage Rechenschaft fordern, und wir müssen alles uns Mögliche tun, damit diese Situationen nicht weiter vorkommen.“

Papst Franziskus vor Arbeitern am 17.02.2016 in Ciudad Juárez

Nähen für den Weltmarkt

Maquilas in Lateinamerika

Von Kirsten Clodius

In den letzten Jahrzehnten gab es in der Produktion von Textilien und Bekleidung große Verschiebungen. Weltweit ist sie extrem gestiegen, in den Industrieländern aber stark gefallen. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation arbeiten heute insgesamt 60 bis 75 Millionen Menschen in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhproduktion. Drei Viertel davon sind Frauen. In Deutschland wurden seit Beginn der 1960er Jahre mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze abgebaut. Nur noch fünf Prozent aller in Deutschland verkauften Textilien werden auch in Deutschland hergestellt. Die einzelnen Produktionsschritte finden vorwiegend in den ärmeren Ländern rund um den Globus statt. Die Produktionssorte liegen dabei zum großen Teil immer weiter weg vom Ort des Endverbrauchers.

Die Herstellung und gesamte Wertschöpfungskette wird von Einkäufern, Marken und Händlern bestimmt. Diese sitzen vorwiegend in den entwickelten Industrieländern und legen fest, was wo wie produziert wird. Während z.B. das Design bei ihnen entsteht, werden mit der Herstellung die arbeitsintensivsten Schritte in Billiglohnländer ausgelagert. In den Zulieferfabriken wird für viele Marken gleichzeitig gefertigt. Begünstigt durch die ständig steigende Frachtschiffahrt mit Containern mit immer niedrigeren Frachtkosten werden heute viele Kleidungsstücke gefertigt, die zum Beispiel Knöpfe aus Kambodscha, Baumwolle aus Südafrika (die in Indien zu Stoff verwebt wurde), Applikationen aus China und Reißverschlüsse aus Vietnam haben, aber in El Salvador zusammengesetzt wurden.

Das sogenannte Welt-Textilabkommen (Multifaserabkommen) sollte in den 1970er Jahren den Anpassungsprozess der ausgelagerten Produktion abfedern und die heimische Wirtschaft der Industrieländer vor der weltweiten, neuen Konkurrenz schützen. Klares Ziel blieb mit dem Abkommen aber die Förderung von Liberalisierung und Expansion des Welthandels, wenn auch mit einer deutlich protektionistischen Beschränkung des Freihandels durch Einfuhrquoten – zu Lasten der Produktionsländer.

2004 lief das Abkommen aus. Danach wurden die Beschränkungen immer weiter abgebaut und Freihandelsabkommen (bilaterale und regionale) übernahmen die weiteren Regulierungen. Diese Liberalisierung hat den Wettbewerb weiter angekurbelt, und um die Marktanteile gibt es heute ein ständiges Kräfteringeln. Die neuen Produktionsländer können ihre hergestellten Waren zu wesentlich geringeren Preisen anbieten als die industrialisierten Länder, denn ihre Produktionskosten, insbesondere die Lohnkosten, sind sehr niedrig. Mittelamerika steht in der Bekleidungsindustrie in harter Konkurrenz vor allem mit China, Bangladesch und Vietnam. Der arbeitsrechtliche Rahmen der Näherinnen und Näher für den Weltmarkt unterliegt den jeweils nationalen Gesetzen der Produktionsländer, aber auch international geltenden Handelsrechtsstandards und Menschenrechten (Menschenrechtsabkommen, ILO-Konventionen, Verhaltenskodizes). Wobei letztere bei weitem nicht effektiv genug kontrolliert werden und Verstöße nicht angemessen geahndet werden.

Maquilas in Mittelamerika

In Lateinamerika hat sich im Zuge dieser Entwicklungen das sogenannte Maquilasystem, ausgehend von Mexiko, vor allem in Mittelamerika etabliert. Die Bezeichnung Maquila(dora) kommt aus dem Spanischen bzw. wurde im Mittelalter aus dem Arabischen für eine „abgemessene Portion“ übernommen. In der Kolonialzeit bezeichnete man als „maquila“ das Mahlgeld, das der Müller für seine



Arbeit kassierte bzw. den Getreideanteil, mit dem seine Dienste bezahlt wurden. Der Begriff bezieht sich auf einen arbeitsintensiven Teilschritt eines längeren Prozesses.

Am stärksten sind die Maquilas in Nicaragua, Guatemala, El Salvador und Honduras in sogenannten Sonderwirtschaftszonen oder Freien Produktionszonen vertreten, wo jeweils einige zehntausend Beschäftigte in Montagebetrieben und Nähfabriken für Nordamerika, Westeuropa und sogar Ostasien arbeiten. Das Auslaufen des Welt-Textilabkommens hatte die mittelamerikanische Bekleidungsindustrie, vor allem aber Mexiko zunächst stark geschwächt, denn der Export aus China war durch die wegfallenden Quoten stark angestiegen. Daher spielte der Marktzugang im Rahmen von neuen Freihandelsabkommen eine entscheidende Rolle für diese Länder. Die Löhne liegen in den zentralamerikanischen Ländern zwar nicht ganz so niedrig wie zum Beispiel in Bangladesch, sind aber durchaus wettbewerbsfähig. Außerdem gibt es neben dem zollfreien Zugang zum US-amerikanischen Markt als Ergebnis des Freihandelsabkommens DR-CAFTA noch den geografischen Vorteil gegenüber Asien aufgrund kurzer Transportwege und eines gut ausgebauten Straßennetzes. (DR-CAFTA ist das Freihandelsabkommen [Dominican Republic-Central American Free Trade Agreement] zwischen den Vereinigten Staaten, Costa Rica, der Dominikani-

Abbildung Seite 17:

Ein Werbeschild in El Salvador wirbt für die „neuen Möglichkeiten“, die ein neu entstehender Industriepark in einer „Freien Zone“ bieten soll.

schen Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.) Das Abkommen ermöglicht den zollfreien Zugang zum US-amerikanischen Markt, allerdings garantiert es US-Firmen auch den unbeschränkten Zugang zum Markt dieser mittelamerikanischen Länder. Es gibt keine Importhürden für US-Produkte.

Neben der Textilproduktion und Bekleidungskonfektion gibt es weitere Industriezweige, die in Mittelamerika unter dem Gesetz der Sonderwirtschaftszonen produzieren: in Honduras und Nicaragua die Automobilindustrie, in El Salvador, Nicaragua und Guatemala den Anbau von Pflanzen und Gemüse, außerdem die Thunfischverarbeitung in El Salvador und die Produktion von Garnelen, Okra und Melonen in Honduras. Inzwischen spielen auch Dienstleistungen eine Rolle, zum Beispiel Call-Center, die ebenfalls einen Sonderstatus innehaben.

Sonderwirtschaftszonen – Das Maquilasystem

In den Maquilas in den Sonderwirtschaftszonen („zonas francas“) findet zumeist die arbeitsintensive Teilfertigung statt. Der Bekleidungssektor ist gerade wegen seiner Arbeitsintensität und der Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernete und niedrigqua-

lifizierte Personen attraktiv. Vor allem die Prozesse der Konfektionierung, die Schritte des Zuschnitts, des Nähens und Bügelns bis zur verkaufsfertigen Verpackung werden hier übernommen. In Mittelamerika arbeiten heute ca. 390.000 Menschen in Maquilas in 155 Sonderwirtschaftszonen – weltweit sind es 3.500 –, Tendenz steigend. Kleidung im Wert von 7,6 Milliarden US-Dollar wanderte 2015 von Mittelamerika in die USA. Auf der Liste der Länder, die Kleidung in die USA exportieren, liegt Honduras auf dem 8. Platz. El Salvador belegt Platz 11, Nicaragua Platz 13. Als Region zusammengefasst ist Zentralamerika der drittgrößte Textil- und Bekleidungslieferer für die USA – nach China und Vietnam. Für die zentralamerikanischen Länder macht die Bekleidungs- und Textilindustrie einen entscheidenden Teil ihrer Exportproduktion aus. In Nicaragua und Honduras machte sie 2013 mit 32,37 % und 33,58 % gut ein Drittel aller Exporte aus. In El Salvador war es mit 39 % sogar noch mehr.

Das Wirtschaftswachstum ist nicht nachhaltig

Das Maquilasystem hat einerseits zum Entstehen neuer Arbeitsplätze und gewisser Wirtschaftsentwicklung beigetragen, andererseits die sozialpolitische Problematik (zu) billiger Arbeitskräfte nicht gelöst. Die an den Staat abzuführenden Steuern und sonstigen Abgaben sind sehr gering, um möglichst hohe Investitionsanreize zu bieten. Einer nachhaltigen Entwicklung der nationalen Wirtschaft und einem Anstieg der Lebensqualität der Bevölkerung ist es jedoch nicht zuträglich.

Für die Regierungen liegt die Motivation für die Einrichtung dieser Zonen in der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, der Hoffnung auf Wissenstransfer und Expertise für lokale Arbeitskräfte, der Einfuhr neuer Technologien, der Entwicklung des Exportsek-

tors, der Einfuhr von Devisen und dem Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen. Für transnationale Unternehmen ist die Reihe an Anreizen ebenso lang: Sie profitieren am meisten von den Niedriglöhnen der Beschäftigten und erzielen hohe Gewinnmargen. Aber nicht nur das: Es gibt ein praktisch unbegrenztes Angebot an Arbeitskraft, und die geostrategisch vorteilhafte Ansiedlung der Maquilas sichert den reibungslosen Abtransport der Waren ins Zielland. Zudem wird die Infrastruktur für die Produktionsbetriebe von den Regierungen bereitgestellt und der Einkauf der Rohmaterialien ist zollbegünstigt, häufig aufgrund von Freihandelsabkommen. Langfristige Steuerbefreiungen, geringe Umwelt- und Sozialauflagen durch Sondergesetze für die Freien Produktionszonen, Vorzugspreise für Energie und Wasser ziehen Investoren an.

Die meisten dieser Vorteile gelten natürlich auch für die Zulieferbetriebe in den zonas francas, ohne die das System nicht funktionieren würde. Allerdings haben sie nur wenig Einfluss, sie stehen in starker Abhängigkeit von den auftraggebenden Marken und Unternehmen. Diese unterhalten kaum noch eigene Fabriken und lagern die Herstellung ihrer Waren an die in den Sonderwirtschaftszonen angesiedelten Fertigungsbetriebe aus. Maquilas können sowohl direkte Zulieferbetriebe eines Unternehmens sein oder indirekte Sublieferanten. Mit der Auslagerung der Herstellung übernehmen die Zulieferer zumeist auch den Einkauf der benötigten Rohstoffe, vor allem der Stoffe und Garne. Für sie bedeutet dieses

Der gesetzliche Mindestlohn in der Maquila deckt nicht einmal den Grundbedarf einer Durchschnittsfamilie:

Land	Mindestlohn in Dollar	prozentuale Deckung des Grundwarenkorb	Bezugsjahr
Guatemala	331	42,0 %	2014
Honduras	272	30,8 %	2015
El Salvador	211	37,6 %	2015
Nicaragua	157	35,4 %	2014

Quelle: Las trabajadoras(es) de la industria maquiladora en Centroamérica (Juni 2016).

Hg: Equipo de Investigaciones Laborales y la Red de Solidaridad de la Maquila (S. 12 u. S. 13).

Produktionsmodell viel Druck und teilweise sogar nur niedrige Gewinnmargen, denn ihr Spielraum ist klar begrenzt. Der Konkurrenzdruck ist enorm hoch, denn nur, wer das billigste Angebot macht, erhält den Auftrag. Dadurch verbleiben nur wenige Kapazitäten für Investitionen, Instandhaltung der Fabrikgebäude, Sicherheit am Arbeitsplatz, angemessene Löhne etc. Der Zeitdruck zur Fertigstellung der Produktion ist hoch, langfristige Planungen sind selten möglich. Dieser Druck wird an die Arbeiterinnen und Arbeiter mit überlangen Arbeitszeiten, Kurzzeitverträgen und extrem hohem Tages-Produktionssoll weitergegeben.

Mangelnde Standards und effektive Kontrollen

Der massive Preisdruck auf dem globalisierten Bekleidungsmarkt bewirkt, dass es für angemessene Arbeits- und Sozialstandards in den Maquilas einfach nicht reicht. Wer so billig wie möglich produzieren muss, kann kaum ausreichend auf die Einhaltung von Arbeitsrechten achten. Die große Heerschar an Arbeiterinnen und Arbeitern wird gnadenlos ausgenutzt, Maquilas sind oft die einzigen formellen Arbeitsplätze, die es gibt. Neben ungelerten Arbeitskräften finden hier nicht selten auch studierte Fachkräfte einen letzten Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Kontrollen zur Einhaltung von Sozialstandards durch die Regierungen sind schwach, Arbeitsministerien unterbesetzt und nicht mit genügend Mitteln ausgestattet, um geltende Arbeitsrechte durchzusetzen. Die Arbeiterschaft kann ihre Rechte nur schwer einfordern, weil die Fabrikbetreiber Gewerkschaften in der Regel im Keim ersticken. Schlimmer noch, in El Salvador z.B. gibt es Fälle von Zusammenarbeit zwischen kriminellen Banden und Unternehmen zur Einschüchterung von Arbeitsrechtlern. Schwarze Listen verzeichnen die Namen von Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich aktiv für Arbeitsrechte einsetzen. Die Fabrikarbeit ist neben dem hohen psychischen Druck, das tägliche Produktionssoll zu erreichen, auch körperlich so anstrengend, dass Frauen nach langjähriger Anstellung schon ab einem Alter von 30 Jahren häufig stark gesundheitlich eingeschränkt sind und die Maquila

verlassen müssen. Weil es gerade für Frauen ohne Studium kaum andere Jobs im formellen Sektor gibt, nehmen sie wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 60 Stunden in Kauf. Doppelschichten bei Auftragsspitzen sieht die Fabrikleitung als selbstverständlich an. Unbezahlte Überstunden sind dabei keine Seltenheit, bezahlt wird oft nach unerreichbaren Stückvorgaben. Obwohl Freihandelsabkommen explizit Vorgaben zur Einhaltung und Verbesserung von Arbeitsstandards machen, sind sie nicht ohne weiteres auch wirkungsvoll. Die Praxis zeigt, dass menschen- und arbeitsrechtliche Klagen im Rahmen der DR-CAFTA-Vereinbarungen (es gibt zwei Prozesse gegen die Regierungen von Honduras und Guatemala) extrem langwierig sind und sich über viele Jahre ziehen, ohne dass sich ernsthafte Konsequenzen für die verantwortlichen Regierungen abzeichnen. Die Beschäftigten in den Maquilas der Textil- und Bekleidungsproduktion sind überwiegend Frauen, oftmals alleinerziehende Mütter, die den Unterhalt ihrer Familie verdienen müssen. Die gesetzlichen Mindestlöhne in Mittelamerika garantieren bei weitem nicht die Existenzsicherung und die niedrigen Löhne führen dazu, dass die Arbeiterinnen in den Fabriken extrem lange und bis zur Erschöpfung arbeiten müssen. Das und die geringe Entlohnung führen zu Mangelernährung, schlechten Wohnbedingungen und einer insgesamt schlechten Lebensqualität – weil die Arbeiterinnen zum Beispiel für ausgewogenes Essen kein Geld haben. Durch die geringen Löhne tragen diese Arbeitsplätze also auch langfristig kaum zu mehr Wohlstand in der Arbeiterschaft bei. Viele Näherinnen leben in Wellblechhütten in den Randzonen der großen Städte. Mit dem Gehalt aus der Fabrik können sie nicht einmal die Grundbedürfnisse ihrer Familie decken. Die Familien geraten in eine Schuldenfalle, aus der es kein Entrinnen gibt; die psychische Belastung ist enorm.

Diskriminierung als Teil des Systems

Aussagekraft bekommt die Höhe der (Mindest-)Löhne erst im Vergleich mit den tatsächlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern. Dieser ist ernüchternd. Lediglich der Mindestlohn in El Salvador deckt die nötigsten Grundbedürfnisse einer Näherin. Rechnet man aber den Unterhalt weiterer Familienmitglieder ein und erweitert den Warenkorb für Nahrungsmittel um Ausgaben wie Bildung, Gesundheit, Kleidung, Miete, Transport usw., reicht der Lohn auch – und das bei weitem – nicht mehr. Die Unterbringung und Versorgung der Kinder während der Arbeitszeit in der Fabrik oder die Möglichkeit, Ersparnisse anzulegen, wären dabei noch gar nicht berücksichtigt. Dafür müssten die Maquilas schon das Dreifache des Mindestlohns zahlen.

Die am weitesten verbreitete Form von Diskriminierung in Maquilas und der Bekleidungsindustrie weltweit ist die Diskriminierung von Frauen. Insgesamt werden die besser bezahlten Jobs in den Fabriken mit Männern besetzt, die Aufstiegschancen für Frauen sind schlechter. Vergewaltigungen, sexuelle Belästigung und Diskriminierung sind in den Fabriken weit verbreitet. Außerdem wird das Recht auf Mutterschutz oft nicht gewährt. Frauen, die mit einem befristeten Arbeitsvertrag angestellt sind, erhalten meist keine Verlängerung, wenn sie in Mutterschutz gehen. In den wenigsten Fabriken sind Krankenstationen, geschweige denn eine Kinderbetreuung vorhanden. Dadurch ist es für Frauen mit Kindern sehr schwer, weiterzuarbeiten. Auch Menschen mit niedrigem Sozialstatus und Migrantinnen und Migranten werden benachteiligt. Einige Arbeiterinnen und Arbeiter werden außerdem wegen ihres Engagements in Gewerkschaften diskriminiert. Der Grund hierfür liegt in der großen Angst vor Fabrikschließungen und Sorge vor Repressionen seitens der Fabrikleitung. Das führt oftmals zu Spannungen in der Arbeiterschaft, vor allem gegen die, die sich auflehnen.

Überlange Arbeitszeiten

Übermäßig viele Arbeits- und Überstunden sind vor allem dort, wo die Kleidungsstücke zusammengenäht werden, ein weit verbreitetes Problem. Um das hohe Produktionsoll zu schaffen, müssen Näherinnen oft bis zur totalen Erschöpfung arbeiten. In zahlreichen Fällen sind die Überstunden Pflicht, werden aber nicht unbedingt rechtmäßig vergütet. Oft kommt es vor, dass von den Werk tätigen „vorsichtshalber“ lange vor dem eigentlichen Arbeitsbeginn angefangen wird zu nähen, um die verlangte Stückzahl des Tages zu erreichen. So erhöhen sie ihre Chance auf eine Bonuszahlung, die sich an der erreichten Tages-Produktion orientiert. Das Schichtdienstsystem 4 x 4 findet Verbreitung: Nach 48 Stunden Arbeit an 4 Tagen mit Schichten über 12 Stunden gibt es 4 Tage frei. Dies bedeutet nicht nur eine extreme körperliche Belastung, auch finanziell kann dies zum Nachteil der Arbeitenden ausgehen. In El Salvador gibt es seitens der Regierung gerade das Bestreben, das 4-x-4-System zu legitimieren, aber so kämen für die Arbeitenden die gesetzlich notwendigen 200 Tage geleisteter Arbeit im Jahr nicht zusammen, um das Recht auf Weihnachtsgeld, Urlaub, Abfindungen und Mutterschutz zu erreichen. Außerdem gibt es in allen Ländern die Tendenz zur Legalisierung von Zeitverträgen. Angewendet werden diese schon lange. Aber Gesetzesänderungen würden den Unternehmen dann auch recht-



lich ermöglichen, ihre zeitlich befristeten Angestellten nur nach geleisteten Arbeitsstunden zu bezahlen. Ein Beitrag zur Sozial- und Krankenversicherung entfällt, Feiertage und Urlaub stehen ihnen nicht zu.

Unterbindung der Gewerkschaftsarbeit

Arbeiterinnen und Arbeiter in Maquilas stoßen häufig auf großen Widerstand, wenn sie ihr Recht auf Versammlungsfreiheit geltend machen wollen. Folgen sind willkürliche Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Anführern. Streiks werden sogar mitunter mit Strafverfolgung geahndet und oft gewaltsam zerschlagen.

Als sich in Nicaragua 2016 zum Beispiel Werk­tätige spontan gegen eine unrechtmäßige Kündigung von zwei Gewerkschaftern in ihrer Fabrik versammelten, wurde ihr friedlicher Protest gewaltsam niedergeschlagen. Die Fabrikleitung rief dafür die Polizei, die die Demonstranten verhaftete. Zehn von ihnen wurden anschließend zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt.

Arbeitende haben fast überall Angst davor, entlassen zu werden, und treten einer Gewerkschaft lieber gar nicht erst bei. Außerdem werden in El Salvador sogar kriminelle Banden dafür bezahlt, Arbeiterinnen und Arbeiter einzuschüchtern und ihr Leben zu bedrohen, damit sie die Gewerkschaft verlassen.

Auch das Arbeitsrecht – in El Salvador beispielsweise – ist nicht unbedingt vorteilhaft für die Situation der Gewerkschaften. Nicht selten gibt es in einem Unternehmen mehrere davon, und die Fabriken werden so zu Kampfplätzen für unterschiedliche politische Ideologien und Interessen. Es gibt auch Gewerkschaften, die von Arbeitgebern geführt werden, mit dem Ziel, die Anzahl der Organisationen gering zu halten.

Für kollektive Tarifverhandlungen müssen mindestens die Hälfte der Werk­tätigen einer Fabrik Mitglied in einer Gewerkschaft sein. Diese Rahmenbedingungen schwächen und spalten die Organisationskraft der Arbeiter sehr.

Abbildung Seite 20:

In 40-Fuß-Containern werden die Waren aus den zollfreien Sonderwirtschaftszonen in El Salvador nach Norden, Richtung USA, transportiert.

Wer profitiert vom Maquilasystem?

Es wäre unpassend, von Gewinnerländern des Systems zu reden, sind es doch vielmehr die (transnationalen) Unternehmen, die von der Liberalisierung der Märkte und den Freihandelsabkommen insofern profitieren, als sie für ihre Investitionsentscheidungen kein Quotensystem oder dergleichen berücksichtigen müssen und – aufgrund der gewachsenen Konkurrenz – sogar von fallenden Stückpreisen profitieren. Ihre Gewinnmargen sind beträchtlich und werden durch die rücksichtslose Ausbeutung der Beschäftigten ermöglicht. Mit ihrer Marktmacht setzen die Unternehmen den produzierenden Subunternehmen zu. Schließlich werden Aufträge nur an die billigsten Produzenten an den billigsten Produktionsorten vergeben. Soziale Kriterien spielen bei der Auswahl praktisch keine Rolle.

Am wenigsten profitieren die Arbeitenden und nationalen Ökonomien Mittelamerikas. Denn ob die Schaffung von Arbeitsplätzen unter solch prekären Bedingungen tatsächlich ein Gewinn ist, bleibt anzuzweifeln. Derzeit ist es fast unmöglich, transnationale Unternehmen für Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen entlang ihrer Lieferkette haftbar zu machen.

Die Sozialklauseln in Handelsverträgen wären zwar geeignete Instrumente, sind aber zu wenig umfangreich. Initiativen für verbindliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen gibt es in Europa zwar eine Handvoll, aber bis auf Frankreich hat sich bisher kein Land, auch Deutschland nicht, zu einer gesetzlich verbindlichen Regulierung durchgerungen.

Auch die Regierungen in Mittelamerika könnten eine wichtige Rolle bei der Veränderung der arbeitsrechtlichen Situation in den Maquilas spielen. Die geltenden Arbeitsgesetze sind in den einzelnen Ländern nicht per se schlecht – trotz einiger Tendenzen der Verschlechterung. Vor allem aber wird ihre Einhaltung nicht ausreichend kontrolliert und Verstöße werden nicht konsequent geahndet. Die Regierungen stehen unter Erfolgsdruck. Sie versuchen zu einseitig, attraktiv für ausländische Investoren zu bleiben, und vermeiden jedes Risiko der Verschiebung von Produktion und Kapital in andere Länder.

ENTRADA

Hora de
Entrada de
6:00 AM. a
8:00 AM.
Salida de
3:15 PM. a
6:15 PM.



PROHIBIDA
LA PORTACIÓN
DE ARMAS

EST
MUE
INGR
S N



Marisol gegen die Maquilas

Der Alltag einer Arbeiterin in einem Lohnfertigungsbetrieb in El Salvador
Von Laurine Zienc (Text) und Jürgen Escher (Fotos)

Sie drückt die Kamera des Fotografen runter. „Nein, lieber nicht.“ Ihr Blick sucht die Straße ab, schaut, ob einer der Nachbarn die Kamera gesehen hat. Ein unbekanntes Auto oder fremde Gesichter wecken hier Skepsis. Marisol aber hat Angst. Angst, dass ein Foto von dem Mara-Grafito am Nachbarhaus ihr Probleme machen könnte. Als Gewerkschaftlerin muss die 29-Jährige ohnehin aufpassen, mit wem sie sich zeigt. Denn ihr Einsatz für gerechte Arbeitsbedingungen in Maquilas hat ihr einige Steine in den Weg gelegt.

Marisol will lieber in ihr Haus. Es steht in El Congo, einem Vorort von Santa Ana im Westen von El Salvador. Ein lehmiger Weg führt einen Hügel hinauf. An den Seiten ein Rinnsal, das vom Abwasser in den Boden gespült wurde. Marisol öffnet ein Vorhängeschloss und drückt eine Tür aus Maschendraht gerade so weit auf, dass sie hindurchpasst. Plastikplanen verdecken die Sicht aufs Grundstück.

„Ich räume schnell auf“, sagt Marisol und geht in eine Wellblechhütte. Zwischen dem Hühnerkäfig und dem Betonhaus der Nachbarn muss sie aufpassen, wo sie hintritt. Nach wenigen Minuten ist sie fertig. Drei Wände aus Wellblech, eine aus Stein. Kein Fenster. Ein Vorhang trennt den Schlaf- vom Wohnbereich ab.

Marisol wohnt hier mit ihren zwei Kindern, Eduardo, neun Jahre, und Alexandra, sechs Jahre alt. Ihr Mann hat sie vor einigen Jahren verlassen, weil Marisol vergewaltigt wurde. Der Täter war ein Nachbar, der eigentlich zu ihrer damals zweijährigen Tochter wollte. Marisol versperrte ihm den Weg und wurde

sein Opfer. Sie blieb nicht das Einzige im Viertel. Der Täter wurde umgebracht – von einem anderen Nachbarn. Marisol redet nicht darüber.

Doch Emma Catota spricht es an, weil sie über die Lebenswelten der Frauen aus Maquilas aufklären will. Sie will zeigen, dass viele Frauen keine andere Möglichkeit haben, als dort zu arbeiten.

Emma begleitet die junge Mutter seit einigen Monaten. Die Vertreterin der Frauenrechtsorganisation *mujeres transformando* (Frauen

Abbildung Seite 22:

Delmy Marisol Pérez Mazariego (30 Jahre) steht um 4.00 Uhr morgens auf, um in die Maquila zu fahren – hier vor dem bewachten Eingang zur Fabrik.

Abbildung Seite 23:

Marisol in ihrem bescheidenen Haus.



verändern) unterstützt Maquilaarbeiterinnen, lehrt sie ihre Rechte und zeigt ihnen, wie sie sie durchsetzen können.

Maquilas heißen in Mittelamerika die Bekleidungsfabriken, in denen Ware für den Export zugeschnitten, genäht, gebügelt oder auch für den Verkauf verpackt wird. Das Freihandelsabkommen DR-CAFTA mit den USA hat den Bau vieler Maquilas begünstigt. Eine bessere Infrastruktur, zollfreier Zugang zum US-Markt und kürzere Transportwege machen Mittelamerika für den wirtschaftsstarke Nachbarn im Norden attraktiver als beispielsweise China.

„Ich will, dass meine Kinder es einmal besser haben. Dass sie lernen und einen guten Beruf haben“, sagt Marisol. Sie sitzt auf dem Sofa vor der kahlen Steinwand. Die 30-Jährige war selbst nur bis zur dritten Klasse in der Schule, kann kaum lesen und schreiben: Was in ihrem Arbeitsvertrag steht, weiß sie nicht. Seit zwei Jahren arbeitet Marisol in einer Maquila, in der Sportbekleidung konfektioniert wird. Große Marken lassen hier Hemden oder Trikots produzieren, die im Laden später bis zu 150 Dollar kosten. Marisol näht sie zusammen.

Ihr Tag beginnt um vier Uhr morgens. Aufstehen,

duschen, Frühstück machen. Nach einem Kuss für die Kinder verabschiedet sie sich. In der Morgendämmerung läuft sie den Hügel hinab zur Hauptstraße. Ausrangierte Schulbusse aus den USA sammeln an bestimmten Stellen der Stadt die Maquilaarbeiter ein. Vor jedem der bunten Busse steht ein Mann, der den Namen der Maquila ausruft, zu der der Bus fährt. Marisol steigt ein, dicht gedrängt mit anderen Maquiladoras – so heißen die Arbeiterinnen in den Produktionsstätten.

Hohe blickdichte Mauern

Transporter mit 70 bis 80 Menschen auf ihren Ladeflächen überholen die bunten Schulbusse. Ihr Ziel sind ebenfalls die Maquilas. Sie sind das kostengünstigere Fortbewegungsmittel, aber auch das gefährlichere. Bei 120 Kilometern die Stunde wankt der Wagen in jeder Kurve, die Fahrgäste stehen ungesichert auf der Ladefläche. „Ich zahle lieber etwas mehr für den Bus, komme aber gesund wieder zuhause bei meinen Kindern an“, sagt Marisol und hält sich an einer Stange im Bus fest.

„Viele Frauen in den Maquilas sind alleinerziehend und müssen den Lebensunterhalt verdienen. Ein hoher psychischer Druck, der sich in körperlichen Zusammenbrüchen äußern kann“, sagt Emma. Mit etwa zehn Prozent der Maquiladoras arbeitet *mujeres transformando* zusammen.



Eine halbe Stunde Fahrt mit einigen Stopps, dann halten die Busse. Hunderte Menschen steigen aus, viele Hundert weitere tummeln sich bereits auf der Straße. Ein Gedränge entsteht. Stimmengewirr. Es gibt Stände mit Kleidung, Nahrung, Medikamenten. Marisol steigt aus, das T-Shirt feucht von den gewaschenen Haaren. Sie geht vorbei an den Ständen, vorbei am bewaffneten Sicherheitspersonal am Eingang und verschwindet hinter blickdichten, hohen Mauern.

Die Maquila-Produktionszonen, auch Parks genannt, erhalten von der Regierung Steuervergünstigungen und nur geringe Umweltauflagen. Laut der Arbeits- und Menschenrechtsorganisation „Christliche Initiative Romero“ (CIR) arbeiten in Mittelamerika etwa 390.000 Menschen in diesen Produktionszonen; in El Salvador sind es knapp 77.000. Ein großer Wirtschaftssektor für das kleine Land.

Nach über zehn Stunden kommt Marisol wieder aus der Fabrik. Ein normaler Tag, doch meistens dauert es noch länger. 88 Cent die Stunde, hohe Stückzahlen in kurzer Zeit, Akkordarbeit jeden Tag. „70 Hemden am Tag sind der Durchschnitt. Wenn ich 100 Stück schaffe, kriege ich einen Dollar Zuschlag. Aber das ist kaum zu schaffen. Wir verzichten auf Pausen, trinken kaum etwas, damit wir keine Zeit mit Toilettengängen verschwenden“, sagt Marisol. Sie kommt zwar mit Zuschlägen ungefähr auf den Mindestlohn von 211 US-Dollar, den Maquilas in El Salvador zahlen müssen,

aber dieser deckt nach Angaben von CIR nur etwa 38 Prozent des Grundbedarfs einer Durchschnittsfamilie. „Von den knapp 9 Dollar, die ich am Tag verdiene, bleiben mir und meinen Kindern 3 Dollar zum Leben“, sagt Marisol. Sie sitzt mit Emma an einem Essensstand vor der Maquila.

„95 Prozent der Arbeiterinnen leiden unter Depressionen“, sagt Emma. Das Wundermittel heißt Cerebro FO. Ein Medikament, das draußen vor den Mauern der Parks für 25 Cent pro Tablette verkauft wird, in den Maquilas für 40 Cent. „Manche nehmen drei Tabletten am Tag, obwohl nur eine vorgeschrieben ist“, sagt Marisol.

So wie die Tabletten ist in der Maquila alles teurer.

Abbildung Seite 24:

Ankunft vor der Fabrik: Gemeinsam mit Hunderten anderer Arbeiterinnen eilt Marisol zur Arbeit – vorbei an fliegenden Händlern.

Abbildung Seite 25:

Eduardo (9 Jahre), der Sohn von Marisol, vor dem Wellblechhaus der Familie.



Die Betreiber nutzen aus, dass den Arbeiterinnen die Zeit kostbar ist. Statt vor die Tore der Maquilas zu gehen, um einige Cents zu sparen, kaufen sie schnell eine Tablette auf der Arbeit. So bleibt mehr Zeit zum Nähen. „Sie wollen, dass wir unsere Zeit opfern“, sagt Marisol.

Zum Leistungsdruck kommen Erniedrigungen. „Die Aufseher sagen uns ständig: ‚Du bist zu nichts zu gebrauchen‘. Eine Kollegin hat mal zwei Tage geweint, weil sie psychisch so fertiggemacht wurde. Dann wurde sie entlassen. Wenn wir das melden, verlieren wir unsere Jobs. Wohin soll man dann ohne Ausbildung?“ Marisol runzelt die Stirn.

Das alles hat sie in Kauf genommen, bis sie krank wurde. Ihre Augen waren plötzlich rot, taten weh. Ein Arzt sagte, es sei eine Entzündung im Auge, verursacht durch die Chemikalien und Flusen, denen sie in der Maquila ausgesetzt sei. Sie könne erblinden. „Ich habe Angst, was mit meinen Kindern passiert, wenn ich erblinde und dann arbeitslos bin. Doch wenn ich weiter arbeite, setze ich mich weiter den Chemikalien aus“, sagt Marisol. Ihr Blick sinkt zu Boden. Derartige Krankheiten kennt Frauenrechtlerin Emma: „Wir nennen das Berufskrankheiten. Beim Reinigen der Maschinen oder sogar beim Zuschnitt werden aggressive Chemikalien verwendet. Es gibt Fälle von Fehlgeburten, die sehr wahrscheinlich auf die Chemikalien zurückzuführen sind.“

Aber Marisol hat keine Wahl. Sie hat keine Ausbildung, keinen

Schulabschluss – wie die Mehrheit der Maquilaarbeiterinnen. Sie ist auf das Gehalt angewiesen. Bangt um den Job. Deswegen hat sie sich entschlossen einer Gewerkschaft beizutreten. So kann sie nicht wegen ihrer Erkrankung gekündigt werden und kämpft für bessere Arbeitsbedingungen.

Ein schwieriges Unterfangen, denn die Produzenten wollen unbezahlte Überstunden und den niedrigen Lohn nicht aufgeben. Gewerkschaften machen ihnen das lukrative Geschäft mit den USA zunichte. Laut CIR haben sich einige Maquilabetreiber mit kriminellen Banden wie den Maras zusammengeschlossen, um Arbeitsrechtler einzuschüchtern. Schwarze Listen kursierten, auf denen die Namen der aktiven Gewerkschaftsmitglieder stünden. Marisol hat Glück, ihre Maquila lässt Gewerkschaften zu. Obwohl auch sie nach ihrem Beitritt diskriminiert wurde. Wie, darüber will sie nicht reden. Emma sagt kurz: „Die Einschüchterungen gehen bis zur sexuellen Belästigung.“

Wie man sich dagegen wehren kann, hat Marisol in einem Seminar von *mujeres transformando* gelernt. Auf das Diplom ist sie stolz. Etwas, das sie vorzeigen kann. Etwas, das ihr nach ihrem Schulabbruch ein Erfolgserlebnis gibt. Aber viel wichtiger: Sie kann helfen. „Durch das Seminar weiß ich jetzt, welche Rechte ich als Frau und als Arbeiterin in einer Maquila habe. Das ist wichtig, damit ich mich wehren kann. Und das werde ich allen anderen Frauen auf der Arbeit erzählen“, sagt Marisol. Sie will Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Den Frauen zeigen, welche Macht sie haben und so den profitorientierten Maquilabetreibern die Stirn bieten. Marisols Ziel ist es, dass die Frauen eines Tages einen fairen Lohn für ihre ehrliche Arbeit erhalten.

Abbildung Seite 26:

Marisol im Gespräch mit Emma Catota von der Organisation „Mujeres Transformando“.

Abbildung Seite 27:

Stolz zeigt Marisol eines ihrer Diplome, das sie nach Lehrgängen zu juristischen Fragen wie Arbeitsrecht von der Organisation „Mujeres Transformando“ erhalten hat.





Option für die Armen, Arbeit und die Frage der sozialen Gerechtigkeit

Wie kann eine Teilhabe der Armen auf dem Arbeitsmarkt gelingen?

Von Christoph Krauß

Die Option für die Armen ist ein Konzept, das seit der Bischofsversammlung von Medellín 1968 und der Versammlung von Puebla 1979 eine zentrale Bedeutung in der Theologie, zunächst in Lateinamerika und dann auch darüber hinaus, gefunden hat. Sie bedeutet, dass die Armen in der Kirche deutlicher zu Wort kommen und alle Mitglieder der Kirche sich an Ihre Seite stellen und für ihre Belange einsetzen, um dem Anspruch des Evangeliums gerecht zu werden.

Zunächst muss betont werden, dass jede Option generell unterschieden werden kann in einen perspektivischen (Blick auf X) und einen advokatorischen Aspekt (Stimme für X)¹. Die Option für die Armen fokussiert eindeutig den advokatorischen Aspekt, indem sie die Kirche auffordert, sich auf die Seite der Armen zu stellen und für deren Rechte einzutreten. Hier ist allerdings immer die Gefahr eines Paternalismus gegeben, der weiß, was für die Armen gut ist. In der Option für die Armen muss die Würde der Armen, auch nach den Prinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität, immer geachtet werden, um die Armen nicht zu unselbständigen Hilfeempfängern zu degradieren². Ein Aspekt der Option für die Armen muss immer sein, dass sie Subjekt ihres Handelns bleiben. Zugleich müssen aus sozialetischer Sicht Rahmenbedingungen und Institutionen geschaffen werden, die der Option für die Armen jenseits individueller Barmherzigkeit entsprechen und die Armen besonders schützen und fördern. Dies impliziert, den Armen die Teilhabe und die Beteiligung an der Gesellschaft strukturell und konkret zu ermöglichen, denn die gerechte Beteiligung aller ist ein wichtiger Baustein der Frage der sozialen Gerechtigkeit, um die Integration (als Gegenbegriff von Marginalisierung) aller Menschen

in eine Gesellschaft zu ermöglichen. Dies ist eine Umsetzung der Option für die Armen jenseits des Paternalismus, die der Beteiligungsgerechtigkeit entspricht. Diese ist wiederum ein wichtiger Aspekt der sozialen Gerechtigkeit, neben Tausch-, Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit.³ Auch sind Integration und Partizipation an der Gesellschaft unabdingbar für die Förderung der Menschenwürde jedes einzelnen Armen.

Diese Integration und Partizipation soll oft durch den Arbeitsmarkt geschehen. Allerdings ist die Bedeutung der Arbeit sehr vom gesellschaftlichen Kontext abhängig⁴. Arbeit kann hier zum einen zwar zunächst „als nutzbringende, zielgerichtete Tätigkeit, sei sie informell oder formell“⁵ verstanden werden, allerdings ist sie darüber hinaus ein wichtiges Instrument zur Einkommensgenerierung. Oft scheint Arbeit sogar allein als Mittel zur Einkommensgenerierung verstanden zu werden, das insofern die Integration in die Gesellschaft vorantreibt, als für weitere Integrationsschritte Einkommen notwendig ist, etwa um Bildungszugänge zu bezahlen. Unstreitig scheint daher die Bedeutung der Arbeit zur Integration bzw. Inklusion der Menschen in die Gesellschaft⁶, auch als Möglichkeit der Selbstbetätigung und somit der Selbstbestätigung und des Selbstbewusstseins der Person. Zudem gilt Arbeit als entscheidender Schritt zur Überwindung von Armut, da, wie gesagt, Einkommen erst weitere Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten eröffnet.

Jenseits der ersten Definition von Promberger muss man Arbeit jedoch weiter qualifizieren, indem man zum einen zwischen Arbeit



im formellen und im informellen Sektor differenziert und zum anderen den weiten Arbeitsbegriff von Promberger auf Erwerbsarbeit, also Arbeit zur Einkommensgenerierung, fokussiert. Denn „(...) seit der Epoche des Fordismus⁷ wird umgangssprachlich Arbeit mit Erwerbsarbeit und Arbeitswelt mit der Welt der Erwerbsarbeit gleichgesetzt“.⁸ Zwar wird auch Familien- oder Carearbeit, die nicht unmittelbar Einkommen generiert, als wichtiger Bestandteil der Arbeit im Promberg'schen Sinne angesehen; dies verdeutlicht auch, dass „das Bruttosozialprodukt (...) ein unvollständiges Bild geleisteter Arbeit abgibt“.⁹ Im Zusammenhang mit der Option für die Armen und der sozialen Gerechtigkeit soll hier jedoch die Erwerbsarbeit im Fokus stehen.

Im Folgenden will ich der Frage nachgehen, wie Interaktion und Partizipation gerade der Armen auf dem Arbeitsmarkt geschehen kann und welche Fragen und Probleme dabei berücksichtigt werden müssen. Unstreitig ist, dass in einer Erwerbsgesellschaft die Teilnahme am Erwerbsleben, also die Erwerbsarbeit, zentral für die gesellschaftliche Teilhabe ist. Wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht, gilt als Außenseiter, in der Sprache der Befreiungstheologie als Marginalisierter. Denn Erwerbsarbeit sichert einen eigenen Sozialstatus, der nicht aus dem sozialen Umfeld abgeleitet ist. Auch eröffnet sie Möglichkeiten der Zusammenarbeit und somit des

Abbildung Seite 29:

Fliegende Händler an einer Straße in Mexiko-Stadt: Den Armen bleibt oft nur der informelle Sektor.

Zugehörigkeitsgefühls zu gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Familie. Sie strukturiert auch den Tag des Arbeitenden und ist somit wichtig für das Lebensgefühl des Menschen und die Organisation des Alltags. Sie bietet dem Einzelnen eine wichtige psychosoziale Stützung.

In Lateinamerika ist bezüglich der Erwerbsarbeit eine mehr oder weniger strikte Trennung zwischen der Arbeit im formellen Sektor und der Arbeit im informellen Sektor zu beobachten. Arbeit im informellen Sektor bedeutet, dass die Menschen dort Einkommen generieren durch vermeintlich einfache Tätigkeiten wie Lebensmittelverkauf an der Straße oder Autowaschen an der Ampel. Diese Menschen erhalten dann zwar Geld für ihre Arbeit, sind allerdings in keiner Weise sozial abgesichert. Wenn sie, etwa wegen Krankheit, nicht arbeiten können, verdienen sie auch nichts. Staatliche Absicherung gibt es in diesem Bereich nicht¹⁰. In diesem Zusammenhang ist es dann fraglich, ob die Integration der Armen als ein Aspekt der Option für die Armen tatsächlich durch diese Art der Arbeit gelingen kann. Hier ist eindeutig die Frage nach der Qualität der Arbeit und der Befähigung der Menschen zu einer sinnvollen und zugleich basal sozial abgesicherten Arbeit zu stellen. Diese Zwiespältigkeit zwischen dem Ziel

der Förderung guter und menschenwürdiger Arbeit und dem Ziel, „Menschen in Arbeit – ohne Qualitätszusatz“¹¹ zu bringen, ist grundlegend für die Frage, inwieweit die Option für die Armen und die Idee der sozialen Gerechtigkeit durch Erwerbsarbeit geleistet werden kann. Damit Arbeit als gut und menschenwürdig angesehen werden kann, sollte sie auch in einem abgesicherten Umfeld geleistet werden. Dies kann meines Erachtens nur der formelle Sektor leisten, indem etwa die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, engl. ILO) Beachtung finden. Eine zentrale Frage der Beteiligung der Armen durch Erwerbsarbeit ist jedoch auch die Befähigung zur Arbeit, d.h. die Qualifizierung, gerade der Armen. Denn das oben genannte Ziel, „Menschen in Arbeit“ zu bringen, sagt nichts darüber aus, ob die Menschen eine Arbeit haben, zu der sie befähigt sind und die ihnen zugleich das sozio-kulturelle Existenzminimum sichert. Denn es gibt in vielen Ländern prekäre und informelle Arbeitsverhältnisse, die eine gesellschaftliche Gruppe der „working poor“ entstehen lassen können. Dieses Phänomen ist jedoch nicht mit der Option für die Armen kompatibel, da es die volle Teilhabe an der Gesellschaft verhindert. Deshalb ist die zu beobachtende Zunahme der informellen Arbeit, also der Arbeit „außerhalb staatlicher Registrierung und den damit verbundenen Schutzaspekten“¹², aus der Perspektive der Option für die Armen und der sozialen Gerechtigkeit sehr kritisch zu sehen. Die Frage der Qualifizierung ist ein weiterer Aspekt der Arbeit als Mittel der Integration in die Gesellschaft. Denn qualifizierte Arbeitskräfte finden eher Zugang zum formellen Arbeitsmarkt als ungelernete. Hier ist eine Aufgabe für den Staat und sein Bildungssystem sowie die Arbeitgeber zu formulieren, die gemeinsam grundsätzlich in der Pflicht stehen, eine gute Ausbildung für alle Bürger, auch für die Armen, bereitzustellen. Dies ist zumindest das langfristige Ziel, denn aus Sicht der Option für die Armen „erschöpft sich soziale Integration nicht in funktionierenden Märkten und einem Staat als Rechtsgarant und Hüter der wirtschaftlichen Freiheit“¹³. Vielmehr ist der Staat in der

Verantwortung, sicherzustellen, dass die wirtschaftliche Teilhabe durch Einkommensgenerierung auch weitere gesellschaftliche Teilhabe, besonders der Armen, ermöglicht. Dazu ist die Bildung und Ausbildung der Bürger, also die Qualifizierung der Arbeitskräfte ein wichtiger Bestandteil. Denn qualifizierte Arbeitskräfte finden leichter Arbeit im formellen Sektor. Dies ist freilich ein langfristiges Ziel, das mehr Bildungs- und Ordnungs- als Struktur- und Konjunkturpolitik des Staates erfordert.

Internationale Konkurrenz

Hinzu kommt, dass die internationale Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die ökonomische Stabilität schlecht ausgebildeter und auch informeller Arbeit zusätzlich erschwert¹⁴. Denn Volatilitäten auf dem Devisenmarkt führen zur Arbeitsarbitrage, also dem Ausnutzen von Preisunterschieden der Arbeitskraft: Arme, die nur ihre Arbeitskraft auf dem Markt anbieten können, treten in internationale Konkurrenz zueinander. Das ist auch in den wirtschaftlich unterschiedlich starken Ländern Lateinamerikas spürbar. Dabei besteht die Gefahr, dass Unternehmen eher als Kapitalanlage denn als soziale Gebilde verstanden werden. Dies führt dazu, dass Arbeit nur als Produktionsfaktor (der möglichst billig sein muss) angesehen wird und die Würde der Person als Arbeitskraft aus dem Blick gerät. Es gibt eine „Warenförmigkeit“ von Arbeitskraft (Dekommodifizierung), die auch in den Industrienationen zur Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse führt¹⁵. Schlecht ausgebildete Arbeitskräfte stehen dann plötzlich in Konkurrenz zueinander.



Wenn die Lohnsteigerungen jedoch geringer sind als die Produktivitätszuwächse, ist Arbeit kein Mittel inklusiver Entwicklung mehr und somit auch kein Mittel, um die Option für die Armen zu verwirklichen und Grundsätze sozialer Gerechtigkeit wirksam werden zu lassen. Ein Ausweg ist die von der ILO propagierte *Decent Work Agenda*¹⁶, also für menschenwürdige Arbeit, die die Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe bildet.

Gerechte Preise für Agrarprodukte

„Decent work“ wird dabei definiert als „eine menschenwürdige und produktive Arbeit in Freiheit, Sicherheit und Würde und unter gleichen Bedingungen“. ¹⁷ Jenseits der Frage der Qualifizierung formuliert die ILO vier konkrete Ziele für die menschenwürdige Ausgestaltung der Arbeit, die allein ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit sein kann und somit die Aufgabe der Option für die Armen ernst nimmt: Arbeit muss, erstens, produktive Arbeit sein, die über Subsistenzbedürfnisse der Menschen hinaus geht. Es darf keine Marginalisierung der bäuerlichen Existenz geben. Zum einen müssen der Arbeit im Agrarsektor, besonders in den agrarisch geprägten Gesellschaften Lateinamerikas, Wertschätzung entgegengebracht und vom Verbraucher entsprechende Preise gezahlt werden. Zum anderen sollte die Landwirtschaft als eine beschäftigungsintensive Wirtschaft gefördert werden. Ziel muss es sein, Arbeitskräfte einzubinden und ihnen dadurch Teilhabe zu ermöglichen¹⁸.

Zweitens müssen nach Maßgabe der ILO Rechte bei der Arbeit gewährt werden. Senghaas-Knobloch führt dabei den Schutz der Menschenwürde der Arbeitenden an und verweist dazu zu Recht auf die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen¹⁹. Auch die vier grundlegenden Prinzipien der ILO gehören hierhin: Die Arbeitenden müssen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf kollektive Verhandlungen besitzen; Kinderarbeit muss ebenso verboten sein wie Diskriminierung und Zwangsarbeit. Drittens muss es einen sozialen Schutz für die Lebensphasen, in denen nicht gearbeitet werden kann, geben. Dies inkludiert die in den Industrienationen

klassischen Sozialversicherungen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und für eine Rente im Alter sowie die Absicherung für die Zeit der Erziehung der Kinder. Bezüglich dieses Sozialschutzes gibt es Berechnungen, dass auch in Entwicklungsländern ein Basisschutz möglich wäre²⁰. Finanzierungsvorbehalte scheinen hier also nicht stichhaltig.

Und viertens soll es einen Sozialdialog geben, in dem Tarifparteien und Regierungen sowohl bei die Arbeitsbedingungen und die Arbeit betreffenden Verhandlungen vor Ort als auch bei internationalen Gesprächen eingebunden sein sollen, damit die Rechte und auch die Vorbehalte Betroffener gehört werden können. Dies scheint unabdingbar, damit auch die oft von internationalen Konzernen für sich reklamierte *Corporate Social Responsibility* (CSR) wirkliche Strahlkraft entwickeln kann²¹. Der Sozialdialog soll besonders im Falle von Entwicklungsländern auf arbeitspolitische Kernfragen fokussiert und kultursensibel durchgeführt werden, um wirklich alle Betroffenen angemessen einbinden zu können²². Um Arbeit wirklich als Mittel der Integration und somit zu einer Umsetzung der Option für die Armen machen zu können, müssen diese vier Aspekte und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die von 2005 bis 2011 erarbeitet wurden und die die Sorgfaltspflicht der Unternehmen sowie Schutzfunktion des Staates betonen, umgesetzt werden²³. Dies bedeutet, dass eigentlich auch der informelle Sektor von der ILO erfasst werden müsste. Denn eine fortgesetzte Rechtlosigkeit dieses Sektors unterhöhlt auch die Rechte der formal Beschäftigten, da es dann das Drohpotential der Arbeitgeber gibt, sich aus den formellen Regelungen zu verabschieden und Arbeiter nur noch nach den Regeln des informellen Sektors zu beschäftigen. Wenn Arbeit die Option für die Armen befördern soll, darf es keine Ausnahme für gewisse Mindeststandards geben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Teilhabe und Inklusion der Armen in die Gesellschaft, also deren Integration in die Gesellschaft, einen wichtigen Aspekt der Option für die Armen darstellt. Diese Integration geschieht in modernen Gesellschaften meist über die Erwerbsarbeit. Allerdings ist nicht jede Arbeitstätigkeit integrierend im obigen Sinne, denn informelle und somit oft prekäre Arbeitsbedingungen stellen keineswegs die Integration der Armen sicher. Vielmehr sind hier zwei weitere Aspekte zu bedenken: Zum einen muss es eine Mindestabsicherung aller Arbeitenden in einer Gesellschaft geben, damit durch Arbeit tatsächlich soziale Gerechtigkeit gefördert werden kann. Und zum anderen ist auch das Augenmerk auf die Bildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte zu legen, um individuelle Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Aber auch die Ärmsten, also im Bereich des

Arbeitsmarktes die gering Qualifizierten, müssen zumindest durch Advokaten die Möglichkeit haben, ihre Belange in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Dies ist eine wichtige Funktion, die die Kirche als Konkretisierung der Arbeit wahrnehmen könnte und sollte. Denn Arbeit als Einkommensgenerierung darf nicht um jeden Preis geschehen. Auch ist nicht zwangsläufig alles sozial hilfreich, was Arbeit schafft. Arbeit ist eine grundsätzlich notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine Umsetzung der Option für die Armen und somit einer Stärkung der sozialen Gerechtigkeit. Hier ist zu betonen, dass auch gesellschaftlich wichtige Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit Wertschätzung erfahren muss, wenn Arbeit ein Beitrag zur Teilhabe aller an der Gesellschaft sein soll.

Anmerkungen

- 1 Sedmak, Clemens (2005): Eine „Option für die Armen“ in den Wissenschaften? In: Ders. (Hg.) (2005): Option für die Armen. Die Entmarginalisierung des Armutsbegriffs in den Wissenschaften. Freiburg i. Br., S. 13-30, hier S. 15.
- 2 Vgl. Blanc, Julia/Brinkschmidt, Maria/Krauß, Christoph/Reichert, Wolf-Gero (2014): armgemacht – ausgebeutet – ausgegrenzt? Die „Option für die Armen“ und ihre Bedeutung für die Christliche Sozialethik. In: Dies. (Hg.) (2014): armgemacht – ausgebeutet – ausgegrenzt? Die „Option für die Armen“ und ihre Bedeutung für die Christliche Sozialethik, S. 13-30, hier besonders S. 19.
- 3 Klassisch *iustitia contributiva*, *iustitia commutativa*, *iustitia distributiva* und *iustitia legalis*. Vgl. Anzenbacher, Arno (1997): Christliche Sozialethik, Paderborn, S. 221-223.
- 4 Senghaas-Knobloch, Eva (2017): Gerechte Teilhabe durch Arbeit? Die Decent Work Agenda für eine weltweit inklusive gesellschaftliche Entwicklung. In: Misselhorn, Catrin/Behrendt, Hauke (Hg.) (2017): Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Wege zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe, Stuttgart, S. 211–228, hier S. 213.
- 5 Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: APuZ 40-41/2008, S. 7-15, hier S. 7.
- 6 Vgl. Möhring-Hesse, Matthias (2009): „Käufliche Arbeit“ ist keine Ware. In: Thierse, Wolfgang/Ludwig, Heiner (Hg.) (2009). Arbeit ist keine Ware. Über wirtschaftliche Krisen, normative Orientierung und politische Praxis. Freiburg i. Br., S. 18-39, hier S. 18.
- 7 Fordismus wird definiert als „von H. Ford eingeführtes Herstellungsprinzip und die auf ihn zurückgehende Produktionsweise. Merkmale sind Massenproduktion, Fließproduktion, ein hohes Maß an Standardisierung, große Fertigungstiefe und vertikale Integration sowie die Produktion für den Massenkonsum. Der Produktionsprozess ist in eine Vielzahl von Arbeitsschritten zerlegt, die durch relativ gering qualifiziertes Personal ausgeführt werden können“. Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Fordismus, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/9355/fordismus-v6.html> (31.05.2017).

- 8 Senghaas-Knobloch, S. 214.
- 9 Senghaas-Knobloch, S. 214.
- 10 Vgl. etwa Komlosy, Andrea/Parnreiter, Christian/Stacher, Irene/Zimmermann, Susan (Hg.) (1997): Ungeregt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft. Frankfurt/M.
- 11 Senghaas-Knobloch, Eva (2017): Gerechte Teilhabe durch Arbeit? Die Decent Work Agenda für eine weltweit inklusive gesellschaftliche Entwicklung. In: Misselhorn, Catrin/Behrendt, Hauke (Hg.) (2017): Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Wege zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe, Stuttgart, S. 211–228, hier S. 213.
- 12 Senghaas-Knobloch, S. 217.
- 13 Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: APuZ 40-41/2008, S. 7-15, hier S. 7.
- 14 Informelle Arbeit ist zwar meist schlecht bezahlt, allerdings gibt es auch Arbeit im formellen Sektor, die das Existenzminimum nicht erreicht. Diese Begriffe sind also nicht synonym zu verwenden.
- 15 Senghaas-Knobloch, S. 219.
- 16 Vgl. ausführlich zu decent work: Demele, Markus (2013): Entwicklungspolitik als Arbeitspolitik. Kultursensible Decent-Work-Strategien der International Labour Organization, Marburg.
- 17 Internationales Arbeitsamt (1999): Menschenwürdige Arbeit. Bericht des Generaldirektors an die Internationale Arbeitskonferenz, 87. Tagung, Genf, S.4.
- 18 Senghaas-Knobloch, S.222.
- 19 Internationale Pakte über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966.
- 20 Cichon, Michael/Hagemejer Krzystof: Changing the development policy paradigm. Investing in Social security floor for all. In: International Social Security Review 60 (2007), S. 169-196. siehe auch: Senghaas-Knobloch, S. 224.
- 21 Senghaas-Knobloch, S. 225.
- 22 Demele, S. 382 f.
- 23 Senghaas-Knobloch, S. 225.

Abbildung Seite 33:

Müllsammler in Chorrillos (Lima, Peru): Gerechte und gute Arbeit ist die Grundvoraussetzung zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit.





Arbeiten in Harmonie statt in Schuldknechtschaft

Eine erfolgreiche Indigenen-Kooperative in Mexikos Armenhaus Chiapas
Von Sandra Weiss (Text) und Jürgen Escher (Fotos)

„Tac, tac, tac“ - die Augen der Zuschauenden können den schwieligen Händen von Andrés Rodríguez kaum folgen, so schnell pflückt er die roten Kaffeekirschen ab und lässt sie in den geflochtenen Korb rollen. „Sind sie nicht schön, meine Kaffeesträucher?“, fragt der Tzeltal-Indígena stolz und zeigt auf die dunkelgrünen Büsche, die sich unter der Last der reifen Kirschen biegen.

Im Schatten von Bananenstauden, Palmen und Orangenbäumen seiner kleinen Finca im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas flattern blaue Morpho-Schmetterlinge und schwirren bunte Kolibris. Ein Hahn kräht, aus der Ferne zieht der Duft von Holzfeuer und gebackenen Maisfladen herüber. Es ist ein kleines Paradies, und Rodríguez kann die drei Hektar, die er in Bachajón, mitten im mexikanischen Bundesstaat Chiapas gelegen, sein Eigen nennt, richtig genießen. Das war nicht immer so.

In Schuldknechtschaft geboren

Als Rodríguez hier vor 64 Jahren geboren wurde, arbeiteten seine Eltern in Schuldknechtschaft für einen Kaffeebaron. Eine üble Schuffterei, von Sonnenauf- bis Untergang, miserabel bezahlt. Die Kosten für das Essen – meist nur Reis und Bohnen –, das der Gutsherr seinen Arbeitern servierte, zog er gleich wieder vom Lohn ab. Im Kramladen, der ebenfalls ihm gehörte, konnten die Bauern anschreiben lassen. Doch die Preise waren viel zu hoch für die mageren Löhne. Einen anderen Laden gab es nicht.

Abbildung Seite 34:

Andrés Rodríguez (rechts) zu Besuch in seinem Elternhaus im Dorf Santa Cruz – hier zusammen mit seinem Vater Andrés Rodríguez Gómez und seiner Mutter Rosa Hernández.

Die Bauern kamen aus der Verschuldungsspirale nicht mehr heraus und wurden behandelt wie Leibeigene ohne Recht und Würde. Für Rodríguez, der nie zur Schule gehen konnte, war das normal. Er wurde hineingeboren in ein ausbeuterisches System, das sich seit der spanischen Kolonialherrschaft kaum verändert hatte.

In den 1990er Jahren, im Zuge des Aufstands der Zapatistenrebeln in Chiapas, bekam er schließlich ein eigenes Stückchen Land – doch die Freude währte nur kurz. Ohne technisches Know-how, ohne Kredite und fernab von den Märkten musste er seine Ernte an Zwischenhändler verkaufen, die den Analphabeten nach Strich und Faden betrogen. „Bis die Padres kamen mit der Idee der Kooperative“, sagt der Mann mit leuchtenden Augen. Die Padres sind die Pfarrer der von Adveniat unterstützten Jesuitenmission von Bachajón, einem kleinen Kolonialstädtchen mitten im Lacandonen-Regenwald, der sich vom mexikanischen Chiapas bis ins guatemaltekische Yucatán zieht. Mitte der 1950er Jahre haben sie sich hier niedergelassen, um zu missionieren. Die ersten Jahre verbrachten sie damit, die Sprache und Sitten des von den Maya abstammenden Tzeltal-Volkes zu studieren. Dann begann die Ausbildung von Diakonen – einer davon war Rodríguez. „Mit der Bibel habe ich Lesen gelernt“, erzählt er. „Und eine ganz neue Welt entdeckt.“

Doch die Jesuiten wollten mehr – ein würdiges Leben für die Indígenas, die ärmsten in einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, abgedrängt und vergessen vom Staat. Und auch von den Unternehmern, die vor allem im Norden Mexikos, nahe der US-Grenze, in Fertigungsbetriebe investieren. 2002 gründeten 22 Familien nach Beratung und Schulung den Kooperativen-Dachverband Yomol A'tel – „gemeinsam arbeiten, gemeinsam gehen, gemeinsam träumen“. Rodríguez war einer der Gründer. „Yomol A'tel ist nicht nur

ein Name, sondern Programm“, sagt der Direktor der Jesuitenmission, Padre Arturo Estrada. Mittlerweile gehören rund 250 Männer und Frauen der Kooperative an, allein mit dem Kaffee erzielt sie rund 1,5 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Doch welches ist das Erfolgsrezept für die Kooperative, eine Unternehmensform, die es oft schwer hat gegen die kapitalistische Konkurrenz? In Bachajón konnten die Jesuiten auf der kommunitären, holistischen Weltanschauung der Tzeltal aufbauen. Dass man Dinge gemeinsam unternimmt, ist für die Tzeltal selbstverständlich. Yomol A'tel, so Estrada, stelle den Menschen als Ganzes in den Mittelpunkt und werte ihn höher als das Kapital, die individuelle Kaufkraft oder den Wettbewerb. Soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und ein solidarisches Miteinander bildeten so ein großes Ganzes, in das die Erwerbstätigkeit harmonisch eingebettet sei.

Ursprünglich ein Zusammenschluss von kleinbäuerlichen Kaffeebetrieben, wuchs die Kooperative dank der sachkundigen Begleitung durch die Jesuiten, dank großzügiger Spenden zum Bau der Rösterei und dank solidarischer Kontakte ins In- und Ausland schnell. Heute verkaufen die Bauern ihren Kaffee in

Städten wie Guadalajara, Mexiko-Stadt und Puebla, sie exportieren ihn sogar nach Japan. Der Erfolg kam schrittweise – langsam genug, dass sich die zuvor verarmten Kleinbauern daran gewöhnen konnten, schnell genug, dass sie nicht verzweifelten. Rodríguez zum Beispiel hat sich vom Ersparnen sein erstes Steinhaus gebaut; das alte Holzhaus dient nun noch als Küche und Versammlungsraum. Andere Nachbarn legten sich Geländewagen zu. Auch bei solchen Entscheidungen steht die Kooperative beratend zur Seite, damit nicht alles für kurzlebige Konsumgüter wie Fernseher und Mobiltelefone ausgegeben wird, sondern mit einer längerfristigen Verbesserung der Lebensumstände einhergeht. Nachdem der Kaffee so erfolgreich war, kamen bald Honig, Seifen und Kunsthandwerk hinzu, vor allem, weil die Frauen dem Vorbild der Männer nacheiferten und selbst auch etwas verdienen wollten.

Doch es geht nicht nur ums Geld. Sie sei stolz, weil sie ihre eigenen Designs entwerfe und fühle sich dadurch aufgewertet und selbst-

Abbildung Seite 36:

Manuela Rodríguez arbeitet in der Kooperative und stellt Kerzen her. Auch sie studiert an der Fern-Uni.

Abbildung Seite 37:

Andrés Rodríguez in der Kaffee-Kooperative Capeltic. Er arbeitet in der Kooperative als Techniker.





bewusster, erzählt die Näherin Eustachia Pérez, während sie an ihrer alten Singer-Nähmaschine sitzt und konzentriert eine Bluse mit einem bunten Blütenmuster abnäht. In der Nähwerkstatt in einem alten Bürgerhaus herrscht eine entspannte Atmosphäre; die meist älteren Näherinnen unterhalten sich gedämpft auf Tzeltal, ihre Töchter bedienen zweisprachig die Kunden im angeschlossenen Laden. Manchmal hat ihr Baby mitgebracht, das hinter dem Tresen eingewickelt in bunte Tücher eine Siesta schläft. Hektik ist hier nicht angesagt, sondern liebevolle Handarbeit. Eine der Verkäuferinnen holt einen Packen voller Muster aus dem Lagerraum, breitet ihn aus und erzählt ausführlich, woher jedes einzelne Motiv stammt und welche Bedeutung es hat. Dass auch die junge Generation die Traditionen kennt und schätzt, ist ein wichtiges Anliegen der Kooperativen-Mitglieder. Bei Familie Rodríguez scheint das gelungen zu sein. Gleich zwei seiner sechs Kinder hat Don Andrés in der Kooperative untergebracht. Seine Tochter Manuela arbeitet als Verkaufs- und Marketingchefin in der Seifenfabrik. Das ist längst nicht nur Büroarbeit: Jetzt, vor der Weihnachtszeit, steht sie im Werkraum und hilft

mit, die kleinen, bunten Seifen in Cellophanpapier zu wickeln. Dann geht die 26-Jährige den zuvor ausgedruckten Bestellbogen durch, damit auch jeder Kunde die richtige Anzahl und das richtige Motiv bekommt. Bestellt werden die Seifen vor allem per Internet oder Telefon. „9.000 Seifen haben wir dieses Jahr schon verschickt“, erzählt Manuela stolz.

Die Frauen gewinnen Selbstwertgefühl

36 Frauen gehören der Kooperative an. Zieht man die Herstellungs- und Transportkosten ab, verdient jede von ihnen umgerechnet knapp 150 Euro im Jahr. Das mag nicht viel erscheinen, für die Frauen aber ist es eine willkommene Aufbesserung der Haushaltskasse. Und bequem noch dazu: Weil sie weit verstreut in verschiedenen Gemeinden leben, werden die Seifen oft in Heimarbeit produziert und in der Kooperative nur noch verpackt und verschickt. Manuela ist seit 2014 dabei. Sie absolvierte hier ein Berufspraktikum. „Die Frauen wollten unbedingt eine Koordinatorin, und weil ich die Einzige mit Abitur war, fragten sie mich“, sagt sie. „Für uns Frauen ist die Kooperative etwas Tolles, denn früher konnten nur Männer so etwas machen und wir Frauen mussten zuhause bleiben, ohne eigenes Geld zu verdienen.“

Manuelas jüngerer Bruder Andrés arbeitet in der Kaffeerösterei. „Ich hatte erst ein wenig Angst, wegen der vielen Maschinen.



Aber nachdem ich ein Jahr lang alle Stationen durchlaufen habe, beherrsche ich das. Ich habe mich an den Lärm und die Hitze gewöhnt und bin richtig stolz, dass ich mich durchgebissen habe.“ Umgerechnet 120 Euro im Monat verdient er in der Kooperative. Nicht viel, aber immerhin ein Drittel mehr als der gesetzliche Mindestlohn. Derzeit arbeitet der 20-Jährige als Springer wochentags in der Kooperative, am Wochenende studiert er Betriebswirtschaft in der nächstgrößeren Stadt Ocosingo. Denn Andrés will einmal den väterlichen Betrieb übernehmen und hat viele Pläne für die Zukunft. „Den ersten Schritt haben wir dank der technischen Beratung durch die Kooperative schon geschafft, also zum Beispiel unseren organischen Dünger selber herzustellen oder Terrassen anzulegen, damit die fruchtbare Erde nicht so schnell weggetragen wird“, erzählt der schlanke junge Mann. Dadurch hat sich die Qualität des Kaffees deutlich verbessert – und damit auch der Preis. „Es gibt jetzt neue Kaffeesorten, die resistenter gegen Kaffeeroast sind, gegen die würde ich unsere alten Kaffeesträucher gerne austauschen. Und ein Pferd kaufen, denn mein Vater wird zu alt, um die schweren Kaffeesäcke die steilen Pfade hochzuschleppen.“ Außerdem hat es Andrés die kleine Cafetería angetan, die im Untergeschoss der Rösterei eingerichtet wurde und wo Passanten auf der Sonnenterrasse herrlich duftenden Cappuccino, cremigen Milchkaffee oder süßen Mokka genießen können – frischer als bei der Filiale einer US-amerikanischen Kaffeekeite in der Stadt

und mit Liebe gehegt, hergestellt und serviert von den Produzenten selber. „So ein eigenes Geschäft wäre mein Traum“, sagt Andrés und verziert den Cappuccino wie ein Profi-Barista mit einem kleinen Milchschaum-Herzchen. Abwandern in die Städte oder gar in die Fertigungsfabriken im Norden Mexikos schwebt ihm im Gegensatz zu vielen anderen Jugendlichen der Region nicht vor: „Geld ist wichtig, aber noch viel wichtiger ist es, ein Ziel im Leben zu verfolgen, gesundes Essen vom eigenen Hof zu haben, die eigene Kultur zu pflegen und für Harmonie in der Familie zu sorgen. Das ist doch das wahre Glück“, sagt er und strahlt.

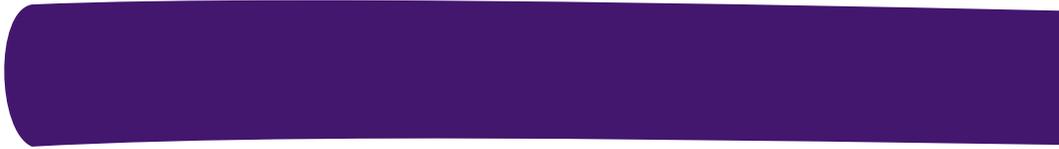
Abbildung Seite 38:

Andrés Rodríguez Gómez kommt vom Feld. Er arbeitete noch für einen Großgrundbesitzer in der Schuldknechtschaft. Als Diakon lernte er Lesen und Schreiben.

Abbildung Seite 39:

Andrés Rodríguez hilft seinem Vater Andrés Rodríguez Gómez beim Kaffeepflücken.





Abbildungen Seite 40:

Andrés Rodríguez im kleinen Café der Kooperative Capeltic (oben).

Der Hausaltar der Familie Rodríguez (Mitte).

Rosa Hernández Pérez vor ihrem Haus im Dorf Santa Cruz (unten).

Abbildung Seiten 40/41:

Einfaches Leben auf dem Land im mexikanischen Chiapas: Blick in die Küche des Elternhauses von Andrés Rodríguez im Dorf Santa Cruz.



Gerechte Arbeit bei den indigenen Völkern

Vom System der freiwilligen Arbeit als Gemeinschaftsbildendes Element
Von Clodomiro L. Siller, Mexiko-Stadt

Die Urbevölkerung Amerikas wanderte von Nordostasien, den Inseln Südostasiens und dem östlichen Mittelmeer aus ein. Einige ließen sich im Norden, dem heutigen Kanada, nieder, andere besiedelten das Gebiet, das heutzutage die Vereinigten Staaten darstellt, oder wurden in Mesoamerika und in der Andenregion sesshaft; verschiedene Gruppen besiedelten das Amazonasgebiet. Die Gruppen, die nach Mesoamerika und in die Andenregion einwanderten, begründeten zwei der sechs Hochkulturen der Menschheit.²

Indigene Gemeinschaften und Arbeit

Die indigenen Gesellschaften und Kulturen Mesoamerikas und der Andenregion sind von jeher ganzheitlich ausgerichtet. In jeder Erfahrung erleben und manifestieren sie vollumfänglich ihr Wesen als Individuum und als Mitglied einer Gemeinschaft, weshalb diese Völker auch noch nach 500 Jahren Unterdrückung, Ausbeutung und Beherrschung durch andere, und sogar angesichts der heutigen kapitalistischen Globalisierung, ihre Identität bewahrt haben.

In vielen indigenen Sprachen ist das Wort Arbeit direkt mit dem Land, dem Boden verbunden, von dem Landwirtschaft und Zivilisation ausgingen. Gleichzeitig schließt der Begriff Land das gesamte Territorium ein, das vom jeweiligen Volk bewohnt wird. Und an der Bewirtschaftung des Landes sind alle beteiligt: die Familien und auch die Organisationen, die den Warenaustausch zur Sicherung der Grundversorgung sowie die gesellschaftliche und politische Ordnung, die kulturellen Normen und das religiöse Leben fördern.

Wir stellen fest, dass das gemeinsame Element all dieser Ebenen das Land ist, das bearbeitet und bewirtschaftet werden muss; diese Arbeit gestaltet

und strukturiert alle übrigen Bereiche des Lebens.

Bei den Zapoteken am Isthmus von Tehuantepec (im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, d. Red.) konnte ich eine Zeremonie miterleben, bei der einem frisch vermählten Paar ein Haus übergeben wurde, das von der Dorfgemeinschaft für diese neue Familie gebaut worden war.

In den indigenen Gemeinschaften erhält üblicherweise ein Mann bei seiner Heirat vom Dorfrat ein Stück Gemeindeland, damit er es zum Unterhalt seiner Familie bestellt. Der Familienvater geht jeden Morgen nach dem von seiner Frau zubereiteten Frühstück zum Acker, um dort zu arbeiten. Sind bereits Kinder vorhanden, begleiten ihn diese manchmal, um ihm beim Unkraut jäten, Säen und Bestellen des Feldes zu helfen. Wenn der Zeitpunkt der Ernte gekommen ist, bittet er andere Bauern, ihm zu helfen, die Ernte einzubringen, zu sortieren und im Kornspeicher oder im *tapanco*³ des Hauses zu lagern, das abgeerntete Feld zu roden und den Grünabfall zu Dünger zu verarbeiten. In der Zeit des *tequio* (freiwillige und unbezahlte Arbeit durch Nachbarn und Freunde) versorgt die Familie des Bauern die Erntehelfer mit Wasser und dankt ihnen zum Schluss mit einem Festmahl, das von traditioneller Musik begleitet wird.

Der Bauer, der die Hilfe seiner Nachbarn erfahren durfte, arbeitet ebenfalls freiwillig und unbezahlt auf dem Feld derjenigen, die ihn bei der Ernte unterstützt haben. Dieses System der freiwilligen unentgeltlichen Arbeit, *tequio*, findet auch Anwendung bei Arbeiten, die für die Dorfgemeinschaft verrichtet werden müssen.⁴



Es trägt dazu bei, dass am Ende das gewünschte Ziel erreicht wird. Außerdem werden auf diese Weise die Familien, Gemeinschaften und Völker in die notwendigen, wichtigen und hoch angesehenen Tätigkeiten eingebunden.

Patronatsfeste als Orte der Gemeinsamkeiten

Die indigenen Dörfer, die fast immer, freiwillig oder auch unfreiwillig, ihrem ursprünglichen Namen den Namen einer Heiligen oder eines Heiligen, der Jungfrau Maria oder einer Darstellung Jesu Christi⁵ hinzugefügt haben, feiern die Gedenktage dieser Heiligen. Sie bitten die Pfarrgemeinde um die Abhaltung einer Eucharistiefeier. Um den Altar versammeln sich Vertreter der indigenen Gemeinschaften. Diese tragen die traditionelle Kleidung und bringen auch den Stammesstab als Symbol ihrer Autorität mit. Alle Gottesdienstteilnehmer betreten tanzend die Kirche; sie haben sich ebenfalls mit ihren typischen Trachten geschmückt und tragen Trommeln (als Symbol für die Erde), mit Samenkörnern gefüllte Rasseln (als Symbol der Fruchtbarkeit) und Flöten (als Symbol der Vermittlung). Nach dem Gottesdienst gehen sie an die traditionellen Orte, wo der Erde und dem Leben Opfergaben

Abbildung Seite 43:

Frauen in traditionellen Trachten im Bergdorf San Marcos im mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

dargebracht wurden, und tanzen. Danach wird gemeinsam gefeiert, getrunken und gegessen, und es werden Neuigkeiten ausgetauscht; all dies wird von traditioneller Musik begleitet. Es kommen auch viele Gäste, die dann in dem Dorf untergebracht werden, das diesen Festtag begeht. Diese Feierlichkeiten finden in allen Gemeinschaften am Namenstag des Dorfpatrons statt. So bewahren und stärken die indigenen Völker ihre soziale, kulturelle und religiöse Identität, die sie bis heute, auch nach 500 Jahren Unterdrückung, prägt.

Aktuelle Problematik

Die traditionelle Realität der indigenen Völker trifft auf die globalisierte kapitalistische Gesellschaft, die ihnen von den Hegemonialstaaten und deren Unternehmen aufgedrückt wird, die sich in der ganzen Welt und in allen Kulturen durchsetzen wollen und sich selbst als Höhepunkt und Erfolgsgeschichte der menschlichen Zivilisation definieren.

Aufgrund der Globalisierung müssen viele Länder Gesetze erlassen, die Auswirkungen auf die Territorien und natürlichen Ressourcen der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften haben. Die internationalen Konzerne verwenden die modernsten Satel-

litensysteme, um Erdöl-, Gas-, Edelmetall- und für die Industrie wichtige Rohstofflagerstätten sowie Wasser- und Windreserven zu lokalisieren und zu erschließen. Diese Lagerstätten befinden sich üblicherweise auf dem Gebiet von indigenen Gemeinschaften und Bauern. Ohne die von der Verfassung und der Gesetzgebung vorgeschriebenen Prozesse der Anhörung und Einholung der Genehmigung der betroffenen Gemeinschaften einzuhalten, kaufen oder rauben die Konzerne das Land, das seit Jahrhunderten von Indigenen und Bauern bewohnt wird. Die Unternehmen verletzen die Menschenrechte, die Verfassung und die Gesetze, lassen sich auf dem Land der Indigenen nieder und führen ihre Aktivitäten durch, wodurch sie die Arbeit der Menschen, die Familien, die Organisationen, die vorhandenen sozialen und politischen Strukturen, die Bildung, die Kultur und die Religion der Völker zerstören. Außerdem erreichen diese Unternehmen immer wieder, dass Behörden und korrupte Polizisten und Militärs gegen die Anführer oder Organisationen der indigenen Völker, die sich der Plünderung widersetzen, vorgehen und sie verfolgen, verhaften oder verschwinden lassen.

Ein grundlegender und bedeutender Aspekt bei all diesen Erfahrungen ist die theologische, rituelle und festliche Dimension, mit der die indigenen Völker den Kampf für das Leben, das Gott ihnen als Mutter in der Erde und in der Arbeit gibt, begleiten und unterstützen.

Indígena-Pastoral

Durch die Indígena-Pastoral evangelisieren und unterstützen seit Jahrzehnten viele Diözesen, Gemeinden und Ordensgemeinschaften in Mexiko und Lateinamerika auf ganzheitliche Weise die indigenen Völker und Bauern, damit sie selbst Subjekte und Protagonisten ihres Lebens sein können. Mit der Indígena-Pastoral begleiten sie die indigene Bevölkerung, damit sie ihre indigene Integrität in territorialer, familiärer, struktureller, sozialer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht bewahren kann. Diese Pastoral unterstützt die Gemeinschaften auch dabei, die Einhaltung der nationalen und internationalen Normen und Rechte durchzusetzen.

Die Probleme der Globalisierung betreffen alle Lebensbereiche der indigenen Völker und Gemeinschaften. Ihres Landes beraubt, waren die Indígenas gezwungen, sich eine bezahlte Beschäftigung zu suchen. Aber sie erhielten für ihre Arbeit weder eine gerechte Bezahlung noch die Sozialleistungen, die ihnen zustanden. Daher mussten viele von ihnen in die Städte oder in andere Länder abwandern, um dort Arbeit zu suchen. Überall, wo die Indígenas

hinkommen, bringen sie ihre Kultur und religiösen Traditionen mit und halten an ihnen fest. So wurde 2001 in Mexiko eine Verfassungsreform verabschiedet. Die mexikanische Verfassung definiert Mexiko als multiethnische Nation und ermöglicht den indigenen Völkern und Gemeinschaften in ihren Städten und Vierteln, ihre eigenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen vollständig oder teilweise als festen Bestandteil der jeweiligen Gemeinde oder Stadt zu erhalten. Sie werden als so genannte *Comunidades Indígenas Residentes* (ansässige indigene Gemeinschaften) mit ihren sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechten anerkannt. Sie erhalten ebenfalls Vorrang als Subjekte des öffentlichen Rechts mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit; dadurch haben sie das Recht, ihre sozialen, politischen und kulturellen Strukturen selbstbestimmt und autonom als Dörfer, Stadtviertel und *omunidades Indígenas Residentes* zu gestalten.

Schutz vor Landflucht

Die UNO hat diese Elemente der mexikanischen Verfassung sehr gelobt, da auf diese Weise die Indígenen, die oftmals gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, in der Stadt ihre Arbeitstraditionen weiterleben können und gerechte Arbeitsbedingungen erhalten, von denen sie als Person und in familiärer, sozialer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht profitieren. Sie können auf ihre ganzheitlichen evangelisierenden Erfahrungen zurückgreifen, die sie aus ihren Gemeinschaften mitbringen, wo sie ja bereits an den Veränderungen mitgewirkt haben, die durch die Indígena-Pastoral ermöglicht und unterstützt wurden.

Die Begleitung der Indígena-Pastoral durch Adveniat

Es ist nunmehr fast 40 Jahre her, dass die assistenzialistisch geprägte Indígena-Pastoral ihren Schwerpunkt verlagerte und zu einer ganzheitlichen Pastoral wurde. In der gesamten Zeit hat Adveniat das *Centro Nacional de Misiones Indígenas* (CENAMI) bei

„In vielen indigenen Sprachen ist das Wort Arbeit direkt mit dem Land, dem Boden verbunden, von dem Landwirtschaft und Zivilisation ausgingen. Gleichzeitig schließt der Begriff Land das gesamte Territorium ein, das vom jeweiligen Volk bewohnt wird.“

Clodomiro Siller, CENAMI, Mexiko



der Umsetzung dieser neuen Form der Evangelisierung und Pastoral unterstützt. Auch die deutschen Katholiken trugen durch Adveniat dazu bei, dass die kirchlichen Amtsträger und Laien sowie die Pfarrgemeinden und Diözesen mit indigener Bevölkerung diesen Prozess erfolgreich durchführen konnten. In diesem Sinne hat die mexikanische und lateinamerikanische Kirche mit den deutschen Katholiken, die Adveniat unterstützen, zusammengearbeitet, damit die indigenen Gemeinschaften gerechte Arbeitsbedingungen erhalten, die sie als Menschen und als Mitglied einer Gemeinschaft wachsen lassen, um auch weiterhin die Mutter Erde zu bewahren, durch die Gott ihnen das gibt, was sie zum Leben benötigen.

All das wird durch die Feste und Bräuche gestärkt, in denen die Gemeinschaften ihre Kultur und religiösen Traditionen lebendig halten, die sie um die Elemente der katholisch-christlichen Pastoral und Evangelisierung erweitert haben.

Anmerkungen

- 1 Ägypten, Mesopotamien, Indien, China, Mesoamerika und Andenregion.
- 2 Dachboden zur Lagerung von Saatgut, Werkzeugen und weiteren Dingen, die gelegentlich gebraucht werden.
- 3 Straßenbau, Beleuchtung, Errichtung von Plätzen, öffentlichen Gebäuden und Märkten. Hier sind es die Teilnehmer selbst oder die jeweilige Dorfgemeinschaft, die das Wasser, die Lebensmittel und auch die Freude miteinander teilen.
- 4 Einige Orte im Bundesstaat Tlaxcala heißen daher: La Magdalena Tlaltelulco, Santa Ana Chiautempan, San Francisco Tetlanohcan, San Luis Teolocho, Cosme Mazatehochco, San Bernardino Contla.



Plötzlich keine Konkurrenten mehr

Jugendliche im Überlebenskampf auf dem Großmarkt von Maracaibo, Venezuela

Von Sandra Weiss (Text) und Marco Bello (Fotos)

Schule, das war für Parmenides Alemán ein Luxus, das Arbeiten eine Notwendigkeit. Seine Mutter: alleinerziehend mit drei Kindern. Das Geld reichte vorn und hinten nicht. Mit 13 Jahren begann er, auf dem Großmarkt der venezolanischen Großstadt Maracaibo Gemüse einzupacken. Las Pulgas (die Läuse), wie das Labyrinth der geschäftigen Markthallen in der Erdölstadt an der Karibikküste genannt wird, wurde sein zweites Zuhause. Heute ist er 40 und arbeitet noch immer hier, von sechs Uhr morgens bis vier Uhr nachmittags – inzwischen als Lastenträger.

Hunderte Männer wie Alemán bewegen jeden Tag auf dem größten Markt von Venezuela Tonnen von Lasten, die jüngsten sind gerade einmal 13, die ältesten um die 50 Jahre alt. Ohne sie würde der Handel zusammenbrechen. Doch es ist harte, prekäre Knochenarbeit in brütender Tropenhitze.

Lasten zu schleppen gilt in den Augen der Venezolaner nicht als redliche Arbeit, sondern als „Durchschlagen“, ein Job für Gescheiterte aus den Armenvierteln, angesiedelt auf der Skala der Anerkennung irgendwo zwischen Schmuggler und Drogendealer. Kunden weichen Parmenides Alemán misstrauisch aus, Händler beschimpfen ihn, wenn er mit seinem schwer beladenen Karren die engen Gänge blockiert. Vor Taschendieben muss er auf der Hut sein, das Wechselgeld immer sofort nachzählen und an verschiedenen Stellen am Körper verstecken. Es gibt keine geregelten Arbeitszeiten, keine Schutzkleidung, kein Höchstgewicht, keine Pausen, selbst der Lohn ist Verhandlungssache. Jeden Schluck Wasser, jeden Gang zur Toilette muss Alemán bezahlen – und natürlich auch die Tagesmiete für seinen Handkarren. Vor allem früh morgens, wenn die LKW der Großhändler kommen, muss es schnell gehen.

Abbildung Seite 46:

Lastenträger: Vicente González posiert für ein Foto auf dem Markt „Las Pulgas“ in Maracaibo.

Die Konkurrenz ist groß, und je mehr Fahrten er macht, desto mehr Geld kommt herein.

Doch in der Hetze wird jede Unebenheit zur Tortur, jedes Schlagloch zur gefährlichen Falle. Verunglückt ein Lastenträger, ist er darauf angewiesen, dass sich jemand seiner erbarmt und ihn ins nächste Krankenhaus bringt. Dann hat er Glück. Wenn er Pech hat, wird er liegen gelassen und sein Wagen gestohlen. Jeder Handkarren kostet 150.000 Bolívars (was ungefähr 50 US-Dollar entspricht). Muss er ersetzt werden, ist das ein harter Schlag bei einem Einkommen von durchschnittlich 20.000 Bolívars täglich und wenn man von der Hand in den Mund lebt.

„Aber was will man machen“, zuckt Alemán mit den Schultern. Zweimal hat er es mit festen Jobs versucht, doch dort wurden die Arbeitszeiten immer länger – und der Lohn reichte hinten und vorne nicht. Für Menschen, die nur einen Grundschulabschluss haben so wie Alemán, bietet der Arbeitsmarkt in der hoch spezialisierten Erdölwirtschaft nicht viel. Und seit einiger Zeit steckt Venezuela auch noch in der Krise. Wegen Inflation und Rezession haben Hunderte von Betrieben ihre Pforten geschlossen; eine Million Arbeitsplätze gingen nach Schätzungen des Einzelhandelsverbandes (Consecomercio) in den vergangenen eineinhalb Jahren in Venezuela verloren. Was bleibt, ist die Schattenwirtschaft. Rund ein Drittel der Bevölkerung arbeitet in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. Ein Überlebenskampf, immer prekär, jeder Ausrutscher führt direkt in die Fänge der Mafia, die auf dem Markt Nachwuchs rekrutiert für ihre Schmuggelgeschäfte. Auf solche Orte und auf die Arbeit mit jungen Leuten in riskantem Umfeld hat sich die von Adventiat unterstützte Katholische Arbeiterjugend (Juventud Obrera Cristiana, JOC) mit ihren Hilfsangeboten spezialisiert.

Alemán gehört zu den Multiplikatoren der JOC, ganz normale Arbeiter, die einen Lernprozess durchlaufen haben und auf dem Markt versuchen, gefährdete Jugendliche anzusprechen und ihnen einen anderen Weg zu weisen. „Schade, dass ich die JOC nicht früher kennengelernt habe, sonst hätte ich vermutlich etwas anderes aus meinem Leben gemacht“, sagt der drahtige Mann. Immerhin lernte er die JOC noch rechtzeitig kennen, um seine eigenen zwei Kinder bis zum Abitur zu bringen. „Ich finde das Projekt klasse und unterstütze die JOC gerne dabei. Hier auf dem Markt gibt es nur sehr wenige Leute, die Gutes bewirken und Werte vermitteln“, sagt Alemán, bevor er, gemeinsam mit Orlando Machado von der JOC, das Studio des Marktradios betritt. Dort erzählen sie von der JOC und laden alle jugendlichen Arbeiter ein zu einem *sancocho*, einem Eintopf am nächsten Tag. Jeder sei eingeladen und solle mitbringen, was er gerade zur Hand habe, eine Möhre oder Knoblauch, spricht Machado ins Mikrophon.

Dass nichts gratis ist im Leben, dass man selbst seinen Teil beitragen muss, das ist Teil der Philosophie der JOC. „Sehen, urteilen, handeln“, lautet die Devise der im Jahr 1924 vom belgischen Priester Joseph Cardijn gegründeten Organisation. Es ging damals darum, die Soziallehre der Kirche in die junge Arbeiterschaft zu tragen und gegen Ungerechtigkeiten anzukämpfen. Nach Venezuela kam die Bewegung 30 Jahre später und breitete sich zunächst in den Industriestädten wie Valencia und Ciudad Guayana aus. „Uns geht

es um Arbeit in Würde, dass die Jugendlichen über ihren Glauben an Gott und an sich selbst den Wert ihrer Arbeit erkennen und ihn auch von anderen einfordern“, sagt Machado. „Ich kann mich erinnern, dass es mir anfangs peinlich war, zuzugeben, dass ich als Lastenträger arbeite“, erinnert sich der 34-jährige Machado an seine Tage auf dem Großmarkt. Die Methode der JOC geht davon aus, dass die Jugendlichen in den ärmsten, bildungsfernen Schichten nicht mit traditionellem Frontalunterricht zu erreichen sind. Die Delegierten der JOC stammen daher selbst aus der Arbeitswelt, sind nah an den Jugendlichen, schließen mit ihnen Freundschaft und versuchen, sie zu organisieren und bei jedem Einzelnen einen Prozess des Nachdenkens über das eigene Leben in Gang zu bringen. In einem zweiten

Abbildung Seite 48:

Ein Blick auf den Großmarkt in Caracas.

Abbildung Seite 49:

Orlando Machado von JOC Venezuela (rechts) spricht auf dem Markt „Las Pulgas“ in Maracaibo mit Lastenträgern, um sie zu einer Veranstaltung einzuladen.



Schritt werden auf Seminaren „Lebenspläne“ erstellt und Themen wie Drogen, Solidarität, Glaube und Arbeitsrechte diskutiert. In „Las Pulgas“ schaffte es die JOC, die Lastenträger zu organisieren: Sie ließen sich einheitliche T-Shirts drucken, legten zusammen für ein paar Säcke Zement und besserten damit die Schlaglöcher aus. „Nicht allen passt das, denn wir stellen dann ja auch immer den Profit und die Privilegien anderer in Frage“, berichtet Machado von den Drohungen, die er und andere JOC-Mitglieder erhalten haben. Die JOC sieht sich als Katalysator. „Veränderung muss immer vom Betroffenen selbst kommen“, sagt Machado. Es ist eine geradezu revolutionäre Mammutaufgabe in einem Land, das seit 70 Jahren von den Petrodollars lebt, und dessen Regierungen seither nichts anderes tun, als dem Assistenzialismus zu frönen – mal mehr, mal weniger. Machado, ein Indígena aus dem Volk der Wayúu, und Alemán kennen sich schon lange. Machado fing als Teenager an, als Lastenträger auf dem Markt zu arbeiten, bevor er in der JOC Karriere machte und 2016 zum Internationalen Delegierten benannt wurde. Der 34-Jährige reist seit zwei Jahren für die JOC um die Welt. Doch noch immer ist er in „Las Pulgas“ bekannt wie ein bunter Hund – alle paar Meter wird er begrüßt, umarmt, einige Händler schenken ihm ein Stück Obst oder Gemüse. Besonders herzlich wird es bei Jesús und Nelson Rivera, zwei 23 und 22 Jahre alten Brüdern. Sie begannen als Kinder, Plastiktüten auf dem Markt zu verkaufen, weiter ging es mit Kaffee und

Süßigkeiten, und im Alter von 13 Jahren wurden sie Lastenträger. „Als ich Orlando kennenlernte und die anderen Jugendlichen der JOC, fühlte ich mich sofort geborgen“, erzählt Jesús. „Wir haben T-Shirts drucken lassen und vereinbarten Mindestpreise. Plötzlich waren wir nicht mehr Konkurrenten, sondern ein Team. Die Leute fassten Vertrauen zu uns. Und ich war fortan viel selbstbewusster“, erzählt er. Jesús arbeitet heute als Krankenpfleger, sein Bruder Nelson studiert Jura. In ihrer Freizeit sind sie noch immer auf dem Markt und verkaufen Lebensmittel und Plastikwaren für einen Onkel. „Auch einer unserer Cousins arbeitet hier als Lastenträger, und jedes Mal, wenn ich ihn sehe, dreht sich mir der Magen um, weil er immer noch ausgebeutet wird und von seinem Lohn kaum überleben kann. Mit würdiger Arbeit hat das nichts zu tun“, sagt Nelson. Später würde er sich als Anwalt deshalb gerne einmal auf Arbeitsrecht spezialisieren. „Ohne die JOC hätte ich das nie geschafft. Sie ist so etwas wie ein Leuchtturm, ein Trampolin in meinem Leben und hat meinen Horizont erweitert“, sagt er dankbar. „Und ich hoffe, das kann ich später einmal zurückgeben.“



Informalität auf dem Arbeitsmarkt in Lateinamerika

Von Marcela Perticará, Santiago de Chile

In Lateinamerika und der Karibik war der Anteil der informellen Beschäftigung schon immer sehr hoch. Der Boom der Rohstoffpreise und der wirtschaftliche Aufschwung, den die Region im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erlebte, führten zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen und ermöglichten in einigen Ländern eine substantielle Verbesserung der Qualität der Beschäftigung, wodurch die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im formellen Sektor und mit Sozialversicherungsschutz anstieg.

In der Region ist der Anteil der im informellen Sektor beschäftigten Arbeitnehmer allerdings immer noch hoch. Durch den wirtschaftlichen Abschwung in den meisten Volkswirtschaften der Region und den Verfall der Rohstoffpreise wurde deutlich, dass die Qualität der Beschäftigung in der Mehrheit der Länder ein ernstes Problem darstellt, und das sogar dort, wo eine höhere wirtschaftliche Entwicklung vorliegt.

Der informelle Sektor in Zahlen

In Lateinamerika und der Karibik sind aktuell etwa 130 Millionen Erwerbstätige im informellen Sektor beschäftigt; damit liegt der Anteil der informellen Beschäftigung gemessen an der Gesamtbeschäftigung (außerhalb der Landwirtschaft) bei ca. 45 Prozent. Davon arbeiten 65 Prozent der Arbeitnehmer direkt im informellen Sektor, 25 Prozent sind informell Beschäftigte in formellen Unternehmen und der Rest sind bezahlte Hausangestellte. Darüber hinaus gibt es eine große Gruppe von Beschäftigten, die Zeitverträge haben. Gemäß der Standarddefinition für informelle Beschäftigung sind diese Beschäftigungsverhältnisse nicht notwendigerweise

informell, insofern diese Tätigkeiten durch die Arbeitsgesetzgebung geschützt sind. Im Allgemeinen genießen jedoch diese Arbeitnehmer, je nach Gesetzeslage im jeweiligen Land, einen mehr oder weniger stark ausgeprägten Schutz. Während in Ländern wie Frankreich, Kanada oder Deutschland der Anteil der zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse bei etwa 15 Prozent liegt, beträgt er in den lateinamerikanischen Ländern bis zu 30 Prozent (Chile, Kolumbien, El Salvador) bzw. sogar 50-60 Prozent (Ecuador und Peru)¹.

Verschiedene Theorien rechtfertigen die Existenz dieses informellen Sektors. Die so genannte Exklusionstheorie postuliert, dass der informelle Sektor dann entsteht, wenn Arbeitnehmer mit geringer Produktivität keine Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz im formellen Sektor mit hoher Produktivität zu finden, wo die Formalisierungskosten im Verhältnis zu ihrer Produktivität sehr hoch sind (Fields, 1975; Mazumdar, 1976). Daher arbeiten sie in informellen Unternehmen oder im formellen Sektor, allerdings ohne gesetzliche Absicherung (in nicht registrierten Beschäftigungsverhältnissen), oder sie üben als Selbstständige Tätigkeiten mit einer sehr geringen Produktivität aus. Die so genannte Exit-Theorie geht davon aus, dass gewisse Arbeitnehmergruppen freiwillig eine der drei genannten Beschäftigungsalternativen wählen, da eine formelle

Abbildung Seite 51:

Der Wochenmarkt von Olivar del Conde in Mexiko-Stadt.



Beschäftigung mit hohen Lohnabzügen verbunden ist (Sozialversicherungsbeiträge) und/oder ihnen ihre zeitliche Flexibilität nimmt (Maloney, 2004; Packar, 2007; Perry et al., 2007).

Es ist nicht einfach, zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Beschäftigung im informellen Sektor zu unterscheiden. Fest steht jedoch, dass alle informell Beschäftigten einen hohen Preis bezahlen müssen, da sie sehr von der Willkür ihres Arbeitgebers abhängig sind. Informelle Arbeitnehmer haben keinen Anspruch auf Urlaubsgeld oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie sind vom Gutdünken des Arbeitgebers abhängig, wenn es z.B. um ungerechtfertigte Kündigungen oder mangelnde Sicherheit am Arbeitsplatz geht. Da sie keine Beiträge in die Sozialversicherung einzahlen, haben sie in den meisten Ländern auch keinen Anspruch auf eine Rente oder ärztliche Versorgung, es sei denn, es gibt Solidarsysteme, die allerdings normalerweise für Menschen in extremer Armut vorgesehen sind. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung für die Sozialversicherungssysteme in den Ländern.

Die Daten aus Tabelle auf S. 55 zeigen, dass Lateinamerika hinsichtlich des Anteils der informellen Beschäftigung sehr heterogen ist. In der ersten Spalte wird der Anteil der Beschäftigung in der informellen Wirtschaft in Relation zur Gesamtbeschäftigung außerhalb der Landwirtschaft in ausgewählten Ländern Lateinamerikas abgebildet; hier sind die informellen Arbeitnehmer in Unternehmen tätig, die nicht registriert sind. Die zweite Spalte spiegelt den Anteil der Arbeitnehmer wider, die eine informelle Beschäfti-

gung in einem formellen Unternehmen haben². In Lateinamerika sind durchschnittlich 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse nicht formell, während 20 Prozent der Gesamtbeschäftigung informelle Beschäftigungsverhältnisse im formellen Sektor sind; das bedeutet, dass die Arbeitnehmer nicht sozialversichert sind oder lediglich für den Eigenbedarf produzieren. Bolivien, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Honduras, Mexiko, Nicaragua und Paraguay sind eindeutig die Länder der Region mit dem höchsten Anteil informeller Beschäftigung. Diese Rangfolge der Länder mit der höchsten Informalitätsrate bleibt unverändert, wenn wir noch weitere Faktoren berücksichtigen, wie z.B. die Quote der Arbeitnehmer, die in die Sozialversicherung einzahlen, oder die Gruppe der Selbstständigen, die in hohem Maße informelle Tätigkeiten von sehr geringer Produktivität ausüben. Im Allgemeinen sind Frauen stärker im informellen Sektor vertreten, ebenso verrichten sie häufiger informelle Arbeiten im formellen Sektor, vor allen Dingen als bezahlte Hausangestellte. Statistiken für ganz Lateinamerika (ILO, 2014) zeigen, dass der höchste Anteil der informellen Beschäftigung bei Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern (58,6 Prozent), bei den bezahlten Hausan-

gestellten (77,5 Prozent) und den Selbstständigen (82,3 Prozent) zu finden ist. Folgende Gruppen weisen ebenfalls einen hohen Grad der Informalität auf: Frauen (49 Prozent), junge Menschen (55,7 Prozent), Personen mit niedrigem Bildungsstand (64,4 Prozent), Beschäftigte im Baugewerbe (68,6 Prozent), im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe (55,7 Prozent) sowie Arbeitnehmer mit geringem Einkommen (72,5 Prozent bzw. 61 Prozent im ersten und zweiten Quintil). Setzt man den Grad der informellen Beschäftigung mit dem Bildungsstand in Relation, sticht als einzige Gruppe mit einem sehr niedrigen Grad der Informalität die der Akademiker hervor, deren Anteil bei 26 Prozent liegt, während die übrigen Gruppen einen Anteil von 50-75 Prozent aufweisen. Gewiss ist in den letzten fünf Jahren der Anteil der informellen Beschäftigung in mehreren Gruppen gesunken, was ein eindeutiges Zeichen dafür ist, dass einige der politischen Maßnahmen in der Region erste Früchte tragen.

Es gibt nur wenige Daten, die eine Berechnung des Beitrags der informellen Beschäftigung zu den Volkswirtschaften in Lateinamerika ermöglichen. Die ILO veröffentlichte 2013 Schätzungen für vier lateinamerikanische Länder: Kolumbien, Guatemala, Honduras und Venezuela. Man geht davon aus, dass der Beitrag des informellen Sektors am Bruttoinlandsprodukt (ohne Landwirtschaft) in Kolumbien und Guatemala bei 32-34 Prozent und in Honduras und Venezuela bei 16-18 Prozent liegt. Wenn man zu dieser Zahl auch noch die Wertschöpfung durch die informell Beschäftigten im

formellen Sektor hinzuzählt, stellt man fest, dass ein Großteil des Bruttoinlandsprodukts vom informellen Sektor erbracht wird.

Strategien zur Formalisierung des Arbeitsmarktes in Lateinamerika

Aufgrund des schnellen Wirtschaftswachstums in den meisten lateinamerikanischen Ländern in der Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, das mit einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen einherging, lag der Fokus der Politik in dieser Zeit vor allem auf der Verbesserung der Beschäftigungsqualität und der Schaffung von Mechanismen zur sozialen Absicherung. Mehrere Länder der Region erarbeiteten Protokolle und politische Strategien, um den Grad der Formalisierung der Wirtschaft zu erhöhen. In Ländern wie Argentinien, Brasilien, Ecuador, Dominikanische Republik und Uruguay sank der Anteil der informellen Beschäftigung um 10-15 Prozent. In anderen Ländern wie Kolumbien, Peru und Paraguay fiel dieser Rückgang mit 3-6 Prozent etwas bescheidener aus.

Natürlich ist es nicht möglich, genau zu unterscheiden, welchen Anteil die Formalisierungsstrategien

„ Über die Jahre hat sich ein wachsender Konsens zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften entwickelt. Es besteht Einigkeit, Menschen aus der informellen Wirtschaft in ein formales Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist, wir wissen, dass diese Prozesse kompliziert und langwierig sind. “

Guy Ryder, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

der Länder und welchen Anteil der Wirtschaftsaufschwung in der Region hatten. Dennoch sind einige der Schwerpunkte der Programme zur Bekämpfung der Informalität eine nähere Analyse wert. Die politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Formalisierung zielten zunächst darauf ab, die Hürden des Zugangs zum formellen Sektor für Arbeitnehmer mit geringer Produktivität und Mikrounternehmen herabzusetzen sowie die Formalisierungskosten, z.B. durch Vereinfachung der bürokratischen und steuerlichen Prozesse und/oder die Schaffung von speziellen Steuerklassen für Selbstständige, zu senken. Darüber hinaus sollte der Informationsfluss verbessert werden, um die Vorteile der Formalisierung besser bekannt zu machen. Man erkannte schließlich auch, dass es notwendig war, die Kontrollmechanismen zur Aufdeckung informeller Arbeit zu verbessern.

Verbesserung der Produktivität der Unternehmen und der Arbeitnehmer

Die geringe Produktivität der meisten Tätigkeiten im informellen Sektor (sowohl in den formellen als auch in den informellen Unternehmen) macht die Formalisierung unmöglich, da nach Abzug der Produktionskosten meist nur so viel Geld übrig bleibt, um auf Subsistenzniveau leben zu können. Vor diesem Hintergrund gibt es zwei Optionen: entweder kräftig in Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität zu investieren oder es den Familien und Mikrounternehmen zu ermöglichen, in profitablere Tätigkeitsbereiche zu wechseln. Die Tatsache, dass ein Großteil der Bevölkerung in Wirtschaftszweigen mit geringer Produktivität arbeitet, steht in direktem Zusammenhang zur Produktionsstruktur dieser Volkswirtschaften. So werden vorwiegend Rohstoffe gefördert, was zu einer starken Abhängigkeit von diesen natürlichen Ressourcen führt. Weitere Faktoren sind der Mangel an Investitionen, der Einsatz veralteter Technik und das Fehlen von Fachkräften. Daher haben unter anderem Mexiko, Kolumbien und Brasilien ihre Ausbildungssysteme reformiert und nationale Aus- und Weiterbildungssysteme ins Leben gerufen, um die Effizienz dieser Maßnahmen zu erhöhen, z.B. das Programm CONOCER in Mexiko.

Senkung der Formalisierungskosten

Hier geht es vorrangig darum, die Registrierungsprozesse, sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer, anzupassen und zu vereinfachen. Ebenso werden die Steuergesetze sowie die Normen für die Einstellung von Mitarbeitern und die Gründung von Unternehmen vereinfacht. In einigen Ländern werden gleichzeitig neue Steuerklassen und Besteuerungsgrundlagen eingeführt, um auch die Selbstständigen bzw. die Unternehmen mit sehr niedrigem Umsatz mit einzubeziehen.

In Chile finden wir einige Initiativen zur Senkung der Hürden für die Gründung und Eintragung von Unternehmen. So werden städtische Gewerbelizenzen schneller erteilt und die Eintragung beim Finanzamt beschleunigt. Über die digitale Plattform „Tu empresa en un día“ (Dein Unternehmen in einem Tag) können Unternehmen kostenfrei registriert werden. Dabei wird gleichzeitig auch die Steuernummer generiert und das Unternehmen kann seine Tätigkeit sofort aufnehmen. In den ersten fünf Monaten nach Einführung der Plattform wurden bereits zehntausend neue Unternehmen registriert. Ähnliche Initiativen gibt es auch in Brasilien (Simples), Panama (Panamá Emprende) und Guatemala (Ventanilla Agil). Im Allgemeinen waren diese Strategien sehr erfolgreich und es konnten die Bearbeitungszeit für die Eröffnung eines neuen Betriebs und die Kosten für die Formalisierung von Geschäftsaktivitäten deutlich reduziert werden.

In Argentinien, Brasilien und Uruguay wird ebenfalls eine Strategie zur Vereinfachung der Steuerzahlung für Kleinunternehmen und Selbstständige verfolgt. So wurde zum Beispiel in Argentinien das System Monotributo eingeführt, wodurch ein Selbstständiger oder Kleinunternehmer die verschiedenen Steuern und Sozialabgaben (Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Renten- und Krankenversicherung) durch einen einzigen monatlichen Pauschalbetrag in Abhängigkeit vom Umsatz begleichen kann. Brasilien hat gleich drei neue Systeme eingeführt: Simples, ähnlich dem argentinischen Monotributo, ferner ein besonderes System für Selbstständige mit niedrigen Umsätzen sowie ein System für Erwerbstätige, die als Straßenhändler und/oder mit sehr geringem Umsatz arbeiten. Uruguay hat ebenfalls ein vereinfachtes Steuersystem eingeführt. Allerdings gilt dies nur für kleine Unternehmen mit sehr niedrigen Umsätzen und Haushalte, deren Einkünfte unter der Armutsschwelle liegen.

Verbesserte Aufklärung über die Formalisierungsstandards

Die politischen Maßnahmen zur Verbreitung der Informationen über die Standards erfolgen auf verschiedenen Ebenen. Zunächst

einmal geht es darum, den Zugang zu Informationen sowie die Kenntnisse der Bevölkerung über ihre Rechte und Pflichten als Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bürger zu verbessern. Qualitative Studien haben ergeben, dass in vielen Fällen die beteiligten Parteien, das heißt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die grundlegenden Aspekte der Gesetzgebung nicht kennen: So wissen sie zum Beispiel nicht, wie ein Arbeitsvertrag bei der Arbeitsbehörde registriert wird oder welche Kosten mit der formalen Registrierung eines Arbeitnehmers verbunden sind. Daher wurden in Argentinien und Ecuador breit angelegte Informationskampagnen über die Vorteile der formellen Beschäftigung durchgeführt. In Chile wurden Weiterbildungsprogramme des *Fondo de Educación Previsional* zu diesem Zwecke genutzt, in Kolumbien erfolgte die Information über das Programm *Redes de Formalización* und das Portal *Nacional de Creación de Empresas*.

Stärkung der Kontroll- und Überwachungsmechanismen

Länder wie Argentinien, Peru, Chile, Kolumbien und Ecuador haben versucht, ihre Strategien zur Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsstandards zu verbessern. In einigen Fällen haben die zuvor genannten Reformen selbst es erforderlich gemacht, die Kontrollmechanismen zu verbessern und zu modernisieren. Die Einbindung neuer Technologien, wie zum Beispiel die Erstattung von Anzeigen über eine Webseite in Chile oder die Online-Registrierung von Inspektionen in Argentinien, haben die Verwaltung der für die Kontrollen vorgesehenen Mittel verbessert. Dank der Integration der Datenbanken im Rahmen der vereinfachten Steuersysteme können die Arbeitsaufsichtsbehörden eine bessere Qualität der Kontrollen erzielen.

Schlussfolgerungen

Aufgrund eines weltweit günstigen Wirtschaftsklimas und dank bedeutender Reformen in der Arbeits- und Steuergesetzgebung konnten mehrere lateinamerikanische Länder im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts den Anteil der informellen Beschäftigung deutlich senken. Es ist jedoch schwierig festzustellen, welcher Faktor für diese positive Entwicklung wichtiger war, der Wirtschaftsboom oder die politischen Maßnahmen, da für die verschiedenen Reformen keine genauen Evaluierungen vorgenommen wurden. In bestimmten Branchen und Beschäftigtengruppen gibt es auch weiterhin einen hohen Anteil an informeller Beschäftigung, so z.B. bei den Mitarbeitern in kleinen Unternehmen, bei bezahlten Hausangestellten, Beschäftigten im Baugewerbe und bei jungen Menschen.

Zweifelsohne ist Wirtschaftswachstum eine Grundvoraussetzung für eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungsqualität. In einer florierenden Wirtschaft wird es immer einfacher sein, Maßnahmen wie die zuvor genannten zur Unterstützung der Formalisierung des Arbeitsmarktes politisch durchzusetzen. Wichtig ist dabei jedoch, dass diese Formalisierungsmechanismen letztendlich auf eine Verbesserung des Wohlstands der Bevölkerung und die Schaffung von qualitativ hochwertiger Beschäftigung abzielen müssen. Eine Politik, welche die Formalisierungsstandards nur deswegen vereinfacht, um mehr Beschäftigung zu registrieren oder zu formalisieren, ist langfristig nicht erstrebenswert.

Bibliographie

- Fields, G. (1975). „Rural-urban migration, urban unemployment and underemployment, and job search activity in LDC's.“ *Journal of Development Economics*, 2(1), S. 165-187.
- ILO (2013). *Women and men in the informal economy: a statistical picture (second edition)* / International Labour Office – Genf: ILO.
- ILO (2014). *Thematic Labour Overview: Transition to Formality in Latin America and the Caribbean*. Lima: ILO, Regional Office for Latin America and the Caribbean, 46 Seiten.
- Maloney, W. (2004). „Informality revisited.“ *World Development*, 32(7), S. 1159-1178.
- Mazumdar, D. (1976). „The urban informal sector.“ *World Development*, 4(8), S. 655-679.
- Packard, T. (2007). „Do workers in Chile choose informal employment? A dynamic analysis of sector choice“, *The World Bank*.
- Perry, G., et al. (2007). „La informalidad: escape y exclusión“, Washington, D.C.: Banco Mundial.

Lateinamerika. Indikatoren für die Größe des informellen Sektors. Ausgewählte Länder. Von 2013-2015

	Nicht formelle Tätigkeiten	Informelle	Beschäftigte, die nicht		
		Tätigkeiten im formellen Sektor	Gesamt	In der Stadt	Selbstständige
Argentinien	32,1	17,9	n.v.	46,8	19,6
Bolivien	52,1	23,5	n.v.	n.v.	39,7
Brasilien	24,3	18,0	37,9	32,3	25,8
Chile	n.v.	n.v.	30,7	29,1	19,4
Kolumbien	52,2	9,3	65,0	59,2	43,0
Costa Rica	n.v.	5/1	32,0	29,9	18,3
Ecuador	37,3	24,0	n.v.	n.v.	31,3
El Salvador	53,4	14,8	n.v.	n.v.	27,8
Guatemala	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	26,4
Honduras	58,3	17,0	83,7	73,5	43,3
Mexiko	34,1	20,2	67,8	58,7	14,0
Nicaragua	54,4	15,0	n.v.	n.v.	n.v.
Panama	27,7	16,3	n.v.	n.v.	25,3
Paraguay	37,9	32,8	77,9	71,0	31,6
Peru	49,0	21,7	80,1	74,7	37,3
Dominikanische Republik	29,4	19,4	n.v.	n.v.	40,9
Uruguay	33,9	9,8	24,3	24,2	21,5
Venezuela	36,3	11,8	65,1	n.v.	36,6
Nicht gewichteter Durchschnittswert	40,8	18,1	56,5	49,9	29,5

Quelle: CEPAL CEPALSTATS, mit Ausnahme der Spalten 1 und 2, die aus der Tabelle 2.1 des Dokuments „Women and men in the informal economy: a statistical picture (second edition) / International Labour Office – Genf: ILO, 2013“ stammen. – n.v.: nicht verfügbar



„Wann bezahlen sie dich, Mama?“

Die Arbeiterinnen in den Montagebetrieben in Nordmexiko bleiben arm

Von Kathrin Zeiske (Text) und Jürgen Escher (Fotos)

Das Haus ist in kräftigen Fliederfarben gestrichen. Die Inneneinrichtung ist liebevoll, aber eindeutig aus zweiter Hand: ein Sofa, ein Kunstdruck mit verschnörkeltem Rahmen, eine goldene Halbsäule als Beistelltisch. Die Familie Alemán steht an dem steinernen Sims, der den kleinen Raum in ein noch engeres Wohnzimmer und eine schmale Küchennische unterteilt. Maribel Alemán lächelt entschuldigend. „Das Haus ist winzig, aber wir haben ein Dach über dem Kopf.“

Hier wohnt Maribel mit ihrer Mutter, ihren drei Kindern und der Kleinsten, die eigentlich die Tochter ihrer Schwester ist. „Ich habe das Haus vor sieben Jahren gekauft und nie eine Zahlung ausgelassen. Doch mein Schuldenberg wächst mit den steigenden Grundstückspreisen, anstatt zu schrumpfen!“

Draußen im Innenhof muss man Schlammlöcher umrunden. Auch in der Wüste gibt es manchmal Wolkenbrüche. Viele der umliegenden Häuser im Viertel Portal del Roble sind verlassen. Gewalt und Kreditschulden haben ihre Bewohner vertrieben. Aus anderen Bauten dringt laute Technomusik. Vor manchen Häusern wird Secondhandkleidung aus den nahen USA verkauft; vor anderen werden Kampfhähne gehalten. Vergessene Häusermeere im Süden der Stadt, ohne Schulen, ohne Sportplätze, ohne Parks und kulturelle Einrichtungen. Hier leben Menschen, deren Alltag bestimmt ist von der Schichtarbeit in den Weltmarktfabriken – und bitterer Armut.

Maribel Alemán weiß nicht, ob sie vor Verzweiflung lachen oder weinen soll. Die Nachbarn munkeln, sie wäre reich. Die Kinder sehen doch aus wie aus dem Ei gepellt, und sie arbeite ja schließlich ohne Unter-

lass, sei nur sonntagnachmittags zu Hause. Doch Maribel schüttelt traurig den Kopf. „Ich habe keinen Centavo in der Tasche.“ Dabei arbeitet sie in der zweiten Schicht bei einer Zulieferfirma eines US-amerikanischen Autoherstellers. Von nachmittags halb vier bis Mitternacht, montags bis freitags.

Doch nur von der Maquila, wie die Weltmarktfabriken genannt werden, die wie riesige glänzende Raumschiffe im Wüstensand liegen, kann sie nicht leben. Alles Geld wird ihr abgezogen: für die Abbezahlung der Hausschulden, für die Krankenkasse, für das Kantinenessen. „Ich bekomme 16 Pesos heraus“, sagt Maribel und zeigt auf Tabellen und Quittungen, die vor ihr liegen. Umgerechnet ist das nicht einmal ein Euro. „Nur wenn ich bis sechs Uhr morgens weiterarbeite, dann geht es auf,“ erzählt die 43-Jährige. Aber manchmal könne sie dann schon mittwochs kaum noch durchhalten.

Die immer gleichen Handgriffe

So bleibt sie nur selten auch noch zur dritten Schicht. Schneidert nur bis Mitternacht Lederbezüge für Autositze an einer Industriemähmaschine. In einer gigantischen Halle, in der Hunderte von Menschen wie Ameisen in gleißendem Neonlicht an Maschinen und Monitoren arbeiten. Das Summen der Klimaanlage und das Klappern der immer gleichen Handgriffe verschmelzen zu einer andauernden Geräuschkulisse. Zum Essen gibt es eine halbe Stunde Pause. Wenn Maribel bis morgens bleibt, hat sie noch zweimal eine Viertelstunde Pause. Doch viel hilft das nicht. „Die Augen fallen einem zu und die Füße tun weh nach der ganzen Nacht im Stehen. Wenn ich dann zuhause aus dem Bus steige, kann ich kaum noch gehen.“

Abbildung Seite 56:

Die Maquiladora Maribel Alemán sagt ihren Kindern stets: „Auch wenn wir keinen Pfennig haben, das lassen wir uns nicht ansehen.“

Manchmal sieht sie ihre Kinder die ganze Woche nicht. Denn am Samstag putzt sie tags das Haus einer Familie und betreut dort nachts den kranken Großvater. Von diesem Nebeneinkommen zahlt sie dann fällige Rechnungen und kauft das Nötigste, was sie zum Leben brauchen. Doch es reicht immer noch nicht, um den Kindern die Busfahrt zur Schule zu bezahlen. Sie müssen laufen. Im Sommer unter der sengenden Sonne und im Winter bei klirrender Kälte. Das Klima in der Wüste ist stets extrem. Der aufgeweckte 12-jährige Luis Mario hätte gerne ein Fahrrad für den Schulweg. „Ich sage ihm: Es tut mir leid, wir haben kein Geld, Schatz.“ – „Aber wann bezahlen sie dich denn, Mama?“, erwidert er dann ungläubig. Ein Zufluchtsort ist ihr das kleine Gebetshaus in der Nachbarstraße geworden. Ein verlassenes Wohnhaus wurde zur Katecheseschule und zum Nachbarschaftstreffpunkt umgewandelt. Vor einem Altar mit Kreuz und einem Baldachin aus durchschimmerndem Stoff stehen wackelige weiße Klappstühle im Halbkreis. Missionarinnen der María Dolorosa haben das Haus mit den Frauen aus der Straße hergerichtet. Denn auch eine Kirche gibt es in diesem weit entlegenen Teil der Stadt nicht, der offiziell schon zum Juárez-Tal gehört. Doch die Schwestern sind präsent und leisten Beistand und Seelsorge: ein Hoffnungsschimmer in der kargen Wüste. „Die Familien leben hier in Einsamkeit, in ihrer kleinen Schlafstatt“, erzählt Schwester Elisa Anguiano. Die Schichten der Maquilas zerteilten Alltag und Familienleben, von Nachbarschaft ganz zu

schweigen. Oft kennen sich die Menschen kaum, die nebeneinander wohnen. Vor allen Dingen alleinerziehende Frauen hätten niemanden, an den sie sich mit ihren Sorgen und Nöten wenden können. „Die Menschen leiden unter Stresssymptomen und Angstzuständen, sie wissen nicht, wie es am nächsten Morgen weitergehen soll. In Extremsituationen suchen sie uns. Manchmal haben sie noch nicht mal Geld für Tortillas; geschweige denn für Medikamente.“

Die Schwestern leben nahe bei den Armen

Die drei Missionarinnen leben unter den gleichen bescheidenen Umständen wie die Tausende von Menschen um sie herum. Das Schwesternhaus ist klein und vollgepackt. Schränke und Vorhänge halten als Trennwände her. Das Bild des Letzten Abendmahls über dem Küchentisch ist ein Schnäppchen vom Flohmarkt, bemerkt Schwester Elisa lachend. Daneben hängt ein Foto von Papst Franziskus. Vom Viertel aus hat man einen weiten Blick über Ciudad Juárez – und auf die rostbraune Linie, die sich vor dem Horizont entlangzieht: die Mauer zu den USA.



Die Schwestern geben den Frauen im Viertel einfache Kurse: Nähen, Kochen, Handarbeiten. Aber eigentlich gehe es darum, „die eigene Würde“ zu finden, so Schwester Elisa. Und die finden sie in langen Gesprächen in der immer größer werdenden Frauengruppe. „Es ist eine richtige Gemeinschaft entstanden, das ist sehr wichtig.“ Die Frauen trommeln selbst die Nachbarschaft zusammen, fragen herum, welchen Kindern die Erstkommunion fehlt. „Manchmal mangelt es aber auch einfach an Lebensmitteln oder wir laufen, um einen Brand zu löschen.“ Denn viele zapfen Stromkabel an, weil sie sich die

Rechnungen nicht leisten können. Und die laienhaft verlegten Kabel schmoren irgendwann durch.

Maribel Alemán kennt das Schwesternhaus gut. Einmal die Woche kocht und putzt ihre Mutter Linda bei den Missionarinnen. „Wir sind beide Kämpferinnen, wir sehen nach vorne“, sagt sie. Dabei ist es oft nicht einfach. Große Sorgen macht sich Maribel um ihren ältesten Sohn. Denn er droht zu erblinden, kann nur noch sehr eingeschränkt sehen. Doch das hält ihn nicht davon ab, in der Nachbarschaft kleine Arbeiten zu suchen. „Mein Glauben ist groß“, sagt Maribel und fasst die Haare schwungvoll zum Pferdeschwanz zusammen. „Ich hoffe, dass es eines Tages eine Operation geben wird, mit der er wieder besser sehen kann.“ Abgesehen von den großen und kleinen Sorgen seien sie eine glückliche Familie. „Meine Kinder sind alles für mich. Wenn mein Sohn schlafen geht, sagt er: gute Nacht, Mama! Wenn du schlafen gehst, denk daran, dich zu bekreuzigen. Ich liebe dich, Mama.’ - ‚Ich dich auch, mein Sohn’, antworte ich dann.“

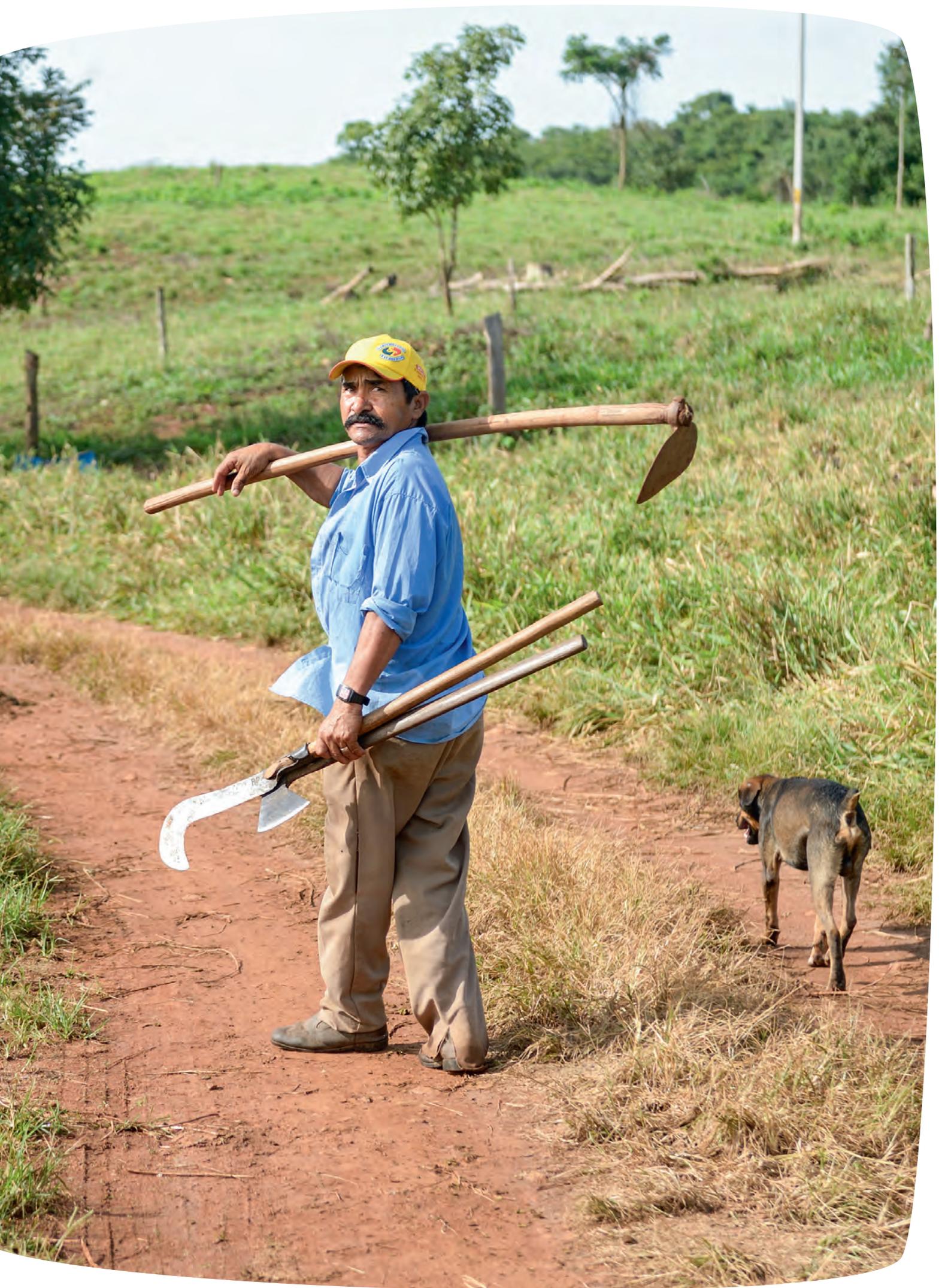
Abbildung Seite 58:

Arbeiterinnen in einer Maquila in Nordmexiko: Viele Frauen leiden unter den Arbeitsbedingungen.

Abbildung Seite 59:

Gottesdienst im Viertel Carlos Chavira am Stadtrand von Ciudad Juárez im Norden Mexikos: Schwester Elisa Anguiano spricht zur Gemeinde, die ausschließlich aus Migrantenfamilien besteht.





Unterwegs zu einer gerechten Welt

Der Einsatz der Landpastoral gegen sklavenähnliche Beschäftigungsverhältnisse in Brasilien
Von Thomas Milz (Text) und Florian Kopp (Fotos)

Langsam zieht die Cerrado-Savanne tief unten vorbei. Ein Flickenteppich aus gelbem Sand, brauner Erde und blassgrünen Wäldern, unterbrochen von quadratischen, bunt leuchtenden Feldern. Mal steigen mächtige Qualmwolken auf, mal regnen tiefhängende Wolken über der Erde ab. Die flache Savanne wird im Westen vom Araguaia-Fluss und im Osten vom Rio Tocantins begrenzt, die keilförmig ihrem Zusammenfluss weiter nördlich entgegenströmen.

Hier, an den westlichen Ufern der Flüsse, beginnt der Amazonaswald, das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Welt.

„Willkommen an der Agrargrenze“, sagt Dominikanerpater Xavier Plassat bei der Begrüßung am Flughafen von Araguaína. Die Stadt sei das östliche Einfallstor in die Amazonasregion, erzählt er später im Auto, arme Bauern aus dem Nordosten kommen auf der Suche nach Arbeit hier durch. Auf den großen Plakatwänden am Straßenrand wird für Traktoren, Saatgut und all das geworben, was das nordwärts vordringende Agro-Business braucht.

Anfang der 1980er Jahre besuchte der Franzose Plassat Dominikanerbrüder in der Region. Er lernte die Befreiungstheologen Pedro Casaldáliga und Tomás Balduino und ihren Kampf für die Landrechte von Kleinbauern kennen. Und er sah, dass hundert Jahre nach dem Ende der Sklaverei noch immer Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen auf dem Land arbeiteten. „Man sagte den Sklaven damals, Ihr seid frei. Aber frei wozu, wenn man keinen Zugang zum Land hat? Frei, um wieder auf die Farm des ehemali-

gen Herrn zurückzukommen.“ Er entschied sich, sein Leben diesen Menschen zu widmen.

Plassats Büro in der Landpastoral in Araguaína ist übersät mit Menschenrechtspreisen für seinen Kampf gegen die Sklaverei. Dank des massiven Drucks der Landpastoral musste die Regierung 1995 anerkennen, dass es immer noch Sklaven in Brasilien gab. Seitdem werden überführte Unternehmer bestraft, „zivilrechtlich, jedoch nicht strafrechtlich“, bedauert Plassat. Also Geld-, aber keine Haftstrafen.

Menschen, denen man eine würdige Existenz abspricht

„Man stellt sich unter Sklaven immer noch die angeketteten Galeerenruderer à la Hollywood vor. Aber Sklaven sind zuallererst Menschen, denen man eine menschenwürdige Existenz abspricht und über die man verfügt, wie man will.“ Man finde sie an den Kohlemeilern, auf den gerodeten Viehweiden, in den Erzminen. Mal hindere man sie gewaltsam an der Flucht, oft halten sie die pure Not oder die nie abzurückgebenden Schulden bei ihrem Herrn. „Manche flüchten erst, wenn der Herr sie ‚schlimmer als das Vieh‘ behandelt. So vergleichen sie sich selber.“

Seit 1995 haben die Einsatztrupps der brasilianischen Bundespolizei 52.067 Menschen aus sklavenähnlichen Verhältnissen befreit. In vielen Fällen spürt die Landpastoral der katholischen Kirche die Menschen auf, informiert die Polizei und übernimmt die Betreuung der Befreiten. Plassat erstellte von Anfang an schier endlose Zahlenkolonnen mit allen Fällen. Wenn die brasilianische Regierung, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), NGOs oder die Vereinten Nationen Daten über moderne Lohnsklaverei brauchen,

Abbildung Seite 60:

Bauer Natal Lopes da Silva (genannt „Bigode“, dt. „Schnauzbart“) auf seinem Hof „Charara São Francisco de Assis“, einer Ansiedlung von Kleinbauern im „Asentamento Manoel Alves“ in Muricilândia, Brasilien.



fragen sie Plassat. Nur in seinem Laptop finden sich alle Zahlen.

Im Innenhof des Gebäudes der Landpastoral bereiten Plassats Mitarbeiter die anstehende „Romaria da Terra e da Água Padre Josimo“ vor. „Das gemeinsame Haus verteidigen: Amazônia und Cerrado“, lautet das Motto der Wallfahrt im Gedenken an den 1986 ermordeten Padre Josimo Morais Tavares. „Nicht mal die Angst hält mich zurück. Es ist Zeit, den Kampf anzunehmen“, steht auf einem Plakat, Worte des „Märtyrers der Erde und der Gerechtigkeit“, der alle herausforderte, Großgrundbesitzer, Politik und Justiz. Und der mit 33 Jahren in seinem Pastoralbüro im Auftrag von Großgrundbesitzern erschossen wurde. Die Gewalt geht weiter. Am Morgen hat die Landpastoral in der Hauptstadt Brasília den Jahresbericht zur Gewalt auf dem Land im Jahr 2016 vorgestellt. 62 Morde, ein Viertel mehr als 2015, und 48 davon entlang der Agrargrenze. Allein in Tocantins waren es drei. „Wenn wir mehr Personal hätten, würden wir noch viel mehr Fälle finden“, sagt Edmundo Rodrigues Costa. Eigentlich Historiker, betreut er für die Pastoral landlose Bauern beim Kampf um Land. Konkret heißt das: auf den Irrwegen durch die Bürokratie. Vor der Bundesbehörde für die Landreform (INCRA) in Araguaína stehen wütende Menschen. Seit den 1990er Jahren kämpfen Landlose um die



brachliegende Farm Levinha. Ex-Präsident Fernando Henrique Cardoso hatte 1999 per Dekret bereits die Landzuteilung genehmigt, sein Nachfolger Luiz Inácio Lula da Silva stellte 2003 und 2009 neue Dekrete aus. Nichts geschah. Heute hatte man mit einem positiven Bescheid gerechnet. Doch die Audienz wurde kurzfristig abgesagt.

Der komplette Vergabeprozess müsse wohl von null beginnen, heißt es. Schuld ist das Dekret 759/2016, das die Landvergabe „demokratisiert“. Jeder Bürger, nicht nur die Landlosen, habe nun das Recht, sich um ein Stück Land zu bewerben. Man möge sich auf Listen eintragen. Es dämmert den Landlosen, dass man das Land an andere vergeben wird.

Kleinbauern besetzen eine Fazenda

Ähnliches könnte auch den Familien in den Zelten an der Zufahrt zur Fazenda Santa Maria, 75 Kilometer von Araguaína entfernt, passieren. Es sind Menschen, die es satt haben, ständig um ihren Lohn geprellt zu werden. Und die endlich ihr Leben in die eigenen Hände nehmen wollen. „Wir haben alle Politiker gegen uns, und die Justiz ist geschmiert“, sagt Domingos Gomes Pereira, Anführer des Camps. Seit dreieinhalb Jahren kämpft er um Santa Maria, um ein eigenes Stück Land. „Früher konnte man eine Familie mit Gelegenheitsarbeit über die Runden bringen. Aber heute versuchen alle, dich auszunutzen.“ Er ist 51, hat fünf Kinder. Es geht nicht mehr weiter.

Geduldig erklärt Edmundo Rodrigues den Landlosen die nächsten



Schritte. Der Besitzer aus dem fernen São Paulo hatte die Farm jahrelang brachliegen lassen, jetzt könnte sie laut den Gesetzen enteignet und an die Landlosen abgegeben werden. Ein Antrag hier, ein Einspruch dort, warten auf das nächste Gutachten. Sie hätten Chancen, aber sie bräuchten Geduld. Zumal, so der Verdacht, das Land sowieso dem Bund gehört. Der umtriebige Besitzer, der noch acht weitere Farmen in der Region hat, habe sich Santa Maria einfach unter den Nagel gerissen. Dazu soll es Gutachten geben. Es zirkulieren noch andere Gutachten. Der Boden der Farm bestehe zu 93 % aus Sand und wäre damit ungeeignet für eine Ansiedlung. Das wäre das Ende der Träume. Es müsse bald etwas Positives geschehen, so Plassat. Denn Menschen in solch verzweifelten Situationen seien die Risikogruppe für Sklaverei. Irgendwann nähmen sie aus Verzweiflung jeden Job an.

Verzweifelte Menschen landen in Abhängigkeiten

Der gesenkte Kopf ist zwischen den an die Brust gezogenen Knien versteckt, Stacheldraht umhüllt die aschgraue Holzskulptur. „Er ist kein Schwarzer, er ist kein Indigener, er ist kein Weißer, er ist kein Mulatte. Er ist ein Mensch, den andere Menschen versklavt haben“, liest Plassat von dem kleinen Schild ab, das neben der Skulptur des Bildhauers Juciliano Rovani Budrys hängt. „Der Gefangene“ heißt die im Garten des von der Pastoral für die Befreiten eingerichteten Übergangsheims „Dona Olinda“ stehende Figur.

Daneben sitzt João Luis da Costa, eine hagere Gestalt von 66 Jahren. João sei eigentlich zu gebildet, um in eine solche Situation zu

Abbildungen Seite 62:

Der 66-jährige João Luis da Costa kniet neben der Skulptur „Preso“ (dt.: „Gefangener“) des Künstlers Juciliano Rovani Budrys, die neben der „Casa Dona Olinda“, der Unterkunft für befreite Sklaven der Landpastoral in Araguaína, aufgestellt wurde (links).

Die Fazenda Santa Maria wurde durch landlose Bauern besetzt (rechts).

Abbildung Seite 63:

Gemeinsam mit Bruder Xavier Plassat und Mitarbeitenden der Landpastoral CPT besprechen die Bauern das weitere Vorgehen bei der Besetzung der Fazenda Santa Maria.

geraten, meint Xavier Plassat. Aber das Leben hält Überraschungen parat. Mit leiser Stimme erzählt João vom armen Nordosten, der Scheidung und dem Verlust der Kinder, dem Neuanfang mit Ehefrau Nummer 2 und deren plötzlichem Tod. Mit Mitte sechzig war er endgültig gestrandet, mittellos. Ein letzter verzweifelter Versuch führte ihn auf eine einsame Farm an der Agrargrenze, wo er dann 14 Monate auf seinen Lohn wartete. Einem anonymen Tipp folgend, fand ihn der mobile Einsatztrupp in erbärmlichem Zustand.

Die Pastoral erstritt für ihn 13.000 R\$ Lohn plus eine Entschädigung. Jetzt will er nur weg. Revolvermänner seien auf ihn angesetzt, und die Nachbarn tuscheln über eine angeblich zehnmal höhere Entschädigung. Er hat Angst: Was kommt danach? Was denn mit den befreiten Sklaven passiere, fragt eine Studentin im überfüllten Hörsaal der Bundesuniversität in Araguaína. „Fragen Sie diesen Mann, er hat das alles in seinem Computer“, sagt Richter Jônatas Andrade und zeigt lächelnd auf Plassat. Dann wird der Richter ernst. Viele Befreite gerieten später wieder in sklavenähnliche Abhängigkeiten, es fehle ihnen schlicht die Perspektive für einen Neuanfang.

„Rechtsprechung in den Grenzregionen und Sklavenarbeit“ heißt seine Vorlesung. Er redet über den Grundsatz der „vollständigen Schadenswiedergutmachung“. „Kann eine Geldstrafe den Schaden für Opfer und Gesellschaft wiedergutmachen, und zwar

vollständig?“ Vorenthaltene Löhne und nicht gezahlte Sozialleistungen, okay, aber es gehe um mehr. „Wollen wir, dass die Verbrechen aufhören, müssen wir sie sichtbar machen.“ So verende die Justiz einen Teil der Strafen für Studien, Kampagnen und die Produktion von Filmen über Sklaverei. Auch das Heim „Dona Olinda“ wurde so finanziert.

Prozess gegen Großkonzern gewonnen

Im Jahr 2011 hatte Andrade, Arbeitsrichter in der Urwaldstadt Marabá im nördlichen Nachbarstaat Pará, den Bergbaugiganten Vale wegen Sklavenarbeit verurteilt. Vale bezahlte die stundenlange Anfahrt zu den Erzminen im Urwald nicht, und man habe die Arbeiter überzeugen können, mit einer Sammelklage dagegen vorzugehen. Vale musste eine Millionstrafe zahlen.

Plassat erreicht eine Nachricht aus dem weiter westlich gelegenen Mato Grosso. Neun Landarbeiter seien in einem Camp an der Agrargrenze gefoltert und ermordet worden. „Sie wissen noch nichts Genaues, die Region ist zu abgelegen“, flüstert er.

Richter Andrade konfrontiert die Studenten derweil mit einer These. Er sei gerade auf Kuba gewesen, und dort gebe es keinen einzigen Sklaven. Ob sich ein gebildetes Volk etwa nicht versklaven lasse? Er erntet Widerspruch, „immerhin leben die Kubaner in einer anderen Form der Unfreiheit“. Für einen Augenblick lässt Andrade den Einwand des Studenten im Raum stehen. „Ja, die Wege mögen unterschiedlich sein. Aber letztlich sind wir doch alle nur unterwegs auf der Suche nach einer gerechteren Welt.“

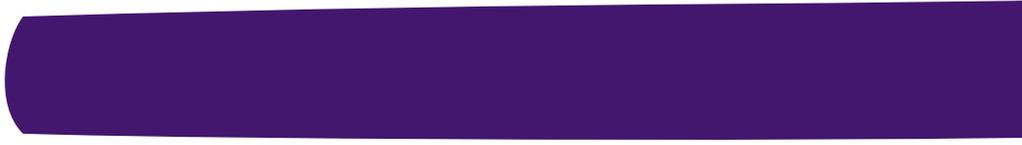
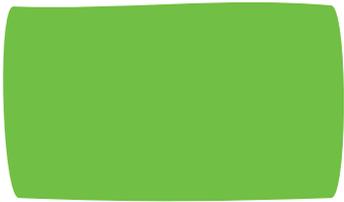
Abbildung Seite 65:

Bruder Xavier Plassat spricht mit João Luis da Costa.

„Bildung, Gesundheit und sozialer Frieden sind die Dringlichkeiten Brasiliens. Die Kirche hat zu diesen Themen ein Wort mitzureden, denn um diesen Herausforderungen in angemessener Weise zu begegnen, reichen rein technische Lösungen nicht aus.“

Papst Franziskus in Rio de Janeiro 2013 an die brasilianischen Bischöfe





Abbildungen Seite 66:

Familienfotos im Haus der 86-jährigen Dona Juscelina Gomes dos Santos (oben).

Bruder Xavier Plassat in seinem Büro der Landpastoral von Araguaína (Mitte).

„Wir kämpfen für die Einheit“: Schild am Rand der Landreformsiedlung Manoel Alves (unten).

Abbildung Seite 66/67:

Kleinbauern demonstrieren vor dem Büro der Landreformbehörde INCRA in Araguaína für die Zuteilung des Landes auf der von ihnen besetzten „Fazenda Levinha“.



Würdige Arbeit als weltweite Herausforderung der Kirche

Arbeit in der katholischen Soziallehre
Von Dr. Michael Schäfers

Die Globalisierung der Arbeit schreitet weiter voran. Unternehmen organisieren die Produktion von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen in weltweit aufgeteilten „Wertschöpfungsketten“, die in erster Linie an den Zielen einer Kostensenkung und Profitmaximierung ausgerichtet sind. Günstige Produktions- und insbesondere Lohnkosten, ein gesicherter und preiswerter Zugang zu Rohstoffen und niedrige Transportkosten zu den Absatzmärkten sind dabei entscheidende Faktoren, die insbesondere von den transnationalen Unternehmen als entscheidend für ihre Produktionsstandorte angesehen werden.

Oftmals wird bedauerlicherweise den konkreten Arbeitsverhältnissen vor Ort eine nur untergeordnete Bedeutung zugewiesen. Kriterien einer fairen und menschenwürdigen Arbeit und deren Durchsetzung, wie sie etwa in den Kernprinzipien (z.B. Vereinigungsfreiheit, Abschaffung der Zwangsarbeit, Beseitigung der Kinderarbeit und Gleichheit) und den acht Arbeitsnormen der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) festgeschrieben sind, spielen – wie die verheerenden Brände in den Textilfabriken in Bangladesch mit mehreren Hundert Brandopfern unter den Arbeitern und Arbeiterinnen in den letzten Jahren belegen – eine gegenüber den unternehmerischen Zielen untergeordnete Rolle. Der Tod von arbeitenden Menschen wird billigend in Kauf genommen. Die ILO macht Unfälle am Arbeitsplatz und Krankheiten im Zusammenhang mit der jeweiligen Arbeit weltweit für den Tod von ca. 2,3 Millionen Menschen jährlich verantwortlich.

Papst Franziskus: „Diese Wirtschaft tötet!“

Es sind diese hier nur angedeuteten unmenschlichen Verhältnisse, die Papst Franziskus in seiner pointierten Aussage zusammengefasst hat: „Diese

Wirtschaft tötet!“ Eine Wirtschaft, die tötet, ist eine Wirtschaft der Ausschließung und der „Disparität der Einkommen“, also einer Wirtschaft, die soziale Spaltung erzeugt, aufrechterhält und verschärft, wie der Papst pointiert in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ (2013) unmissverständlich festhält. Dieser prophetischen Anklage unserer Wirtschaft durch Papst Franziskus stehen fundamental die Grundsätze der Soziallehre der Kirche entgegen, die eine andere Wirtschaftsordnung als die derzeitige will. Papst Franziskus steht hier mit seinen Aussagen ganz auf dem Boden der Tradition der Soziallehre der Kirche.

Arbeit in der Soziallehre der Kirche: der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Fragen

Seit der ersten Sozialzyklika „Rerum novarum“ (1891) von Papst Leo XIII. ist die Arbeit des Menschen ein zentrales Thema der päpstlichen Sozialverkündigung und der Soziallehre der Kirche. Arbeit hat Zwecken zu dienen, die weit über die unmittelbare Einbindung und Verwertung im Produktionsprozess hinausgehen. Arbeit ist soziales Geschehen, Mitwirkung am göttlichen Schöpfungsauftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren. Eine menschengerechte Arbeit ist Handlungs-, Kultur-, Lebens- und Sozialform. Insofern hat die kirchliche Sozialverkündigung Arbeit – hauptsächlich verstanden als Erwerbsarbeit – aus den rein ökonomischen Verwertungsinteressen sowohl der Arbeitenden selbst,



aber auch des Kapitals immer schon „herausgelöst“ und Leben und Arbeiten zum zentralen Thema gemacht. Eine rein funktionale Sicht ist der Soziallehre der Kirche fremd. Über die durch Erwerbsarbeit geleistete Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel für den Einzelnen und seine Familie (Familienlohn) ging und geht es um die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten, um einen Beitrag „zum ständigen Fortschritt von Wissen und Können, vor allem aber zum unaufhörlichen sittlichen und kulturellen Aufstieg der Gemeinschaft“ – wie die Sozialzyklika „Laborem exercens“ (1981) Johannes Pauls II. einleitend festhält. Dementsprechend ist es die Aufgabe der gesamten Kirche, „immer wieder die Würde und die Rechte der arbeitenden Menschen ins Licht zu stellen und die Verhältnisse anzuprangern, in denen diese Würde und diese Rechte verletzt werden“. Mit seiner Anklage einer Wirtschaft, die tötet, nimmt Papst Franziskus diesen Auftrag wahr. Dreh- und Angelpunkt der „gesamten sozialen Frage“ ist die Arbeit des Menschen aber auch, weil in ihr unmittelbar Konflikte angelegt sind, die sich aus einem falschen und verkürzten Verständnis von Arbeit ergeben. Deshalb hat die Soziallehre der Kirche im Laufe ihrer Geschichte „harte Kriterien“ für eine gerechte und solidarische „Arbeitsordnung“ formuliert. Neben dem gerechten Lohn, Begrenzung der Arbeitszeit, freier Interessenvertretung und solidarischem Zusammenschluss, freier Wahl des Arbeitsplatzes, Mitbestimmung, Sonntagsschutz und Zeit für Muße geht es vor allem um die Überwindung des Antagonismus von Kapital und

Arbeit bereits in der Grundordnung der Wirtschaft, denn Kapital und Arbeit sind unlöslich aufeinander angewiesen und durchdringen sich so gegenseitig. Deshalb ist die Wirtschaft strukturell so zu gestalten, dass das umfassende Verständnis menschlicher Arbeit in allen seinen Dimensionen sowohl schon in der Wirtschaftsordnung selbst als auch im konkreten Arbeitsvollzug zum Tragen kommen kann. Im Kern vertritt die Soziallehre der Kirche eine laboristische Grundordnung der Wirtschaft, die sich von der Arbeit her entwirft. Im Mittelpunkt steht der Mensch als „Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft.“ (GS 63)

Da die Arbeit unmittelbar mit der Person, mit dem Menschen als solchem verbunden ist, kommt ihr der Vorrang vor allen „Sachfaktoren“ der Wirtschaft, im Betrieb und im alltäglichen Arbeitsprozess zu. „Bei der Arbeit steht der Mensch an erster Stelle“ – formulierte unmissverständlich nachfolgend Papst Paul VI. 1969 in seiner Ansprache vor der ILO. Papst Johannes Paul II. schreibt dann entsprechend in der

Abbildung Seite 69:
Müllsammler auf der Müllkippe von Chimalhuacán am Stadtrand von Mexiko.

„Magna Charta“ des kirchlichen Arbeitsverständnisses, „Laborem exercens“, fest: „Es gilt vor allem ein Prinzip in Erinnerung zu rufen, das die Kirche immer gelehrt hat: das Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital. Dieses Prinzip betrifft unmittelbar den Produktionsprozess, bei dem die Arbeit immer den ersten Platz einnimmt, während das Kapital, das ja in der Gesamtheit der sachlichen Produktionsmittel besteht, bloß Instrument oder instrumentale Ursache ist.“

So grenzte schon das II. Vatikanische Konzil in „Gaudium et spes“ die Vorstellungen der Soziallehre der Kirche gegen die „kapitalistische Wirtschaftsweise“ kategorisch ab: „Die fundamentale Zweckbestimmung des Produktionsprozesses besteht weder in der vermehrten Produktion als solcher noch in Erzielung von Gewinn und Ausübung von Macht, sondern im Dienst am Menschen, und zwar am ganzen Menschen im Hinblick auf seine materiellen Bedürfnisse, aber ebenso auch auf das, was er für sein geistiges, sittliches, spirituelles und religiöses Leben benötigt. Das gilt ausdrücklich für alle Menschen und für jeden Einzelnen, für jede Gruppe, für Menschen jeder Rasse und jeden Erdteils.“ Damit erhebt die Kirche einen universellen Anspruch: Das Gebot der „guten Arbeit“ gilt allen Menschen.

Arbeit international: in Menschenwürde arbeiten!

Die bisherigen Ausführungen machen bereits deutlich, dass die Soziallehre der Kirche sich nach ihren Anfängen mehr und mehr eine internationale Perspektive in der Anklage der Ungerechtigkeitsverhältnisse zu eigen machte. Insbesondere während der Pontifikate der Päpste Johannes XXIII., Paul VI. und Johannes Paul II. überwand die Kirche ihren Eurozentrismus, und die ungerechten Welthandelsstrukturen zwischen den sogenannten „Entwicklungsländern“ und den „Industrieländern“ rückten in den Fokus. Parallel zu den Diskussionen in der ILO und anderen internationalen Organisationen betont die Soziallehre der Kirche nun zunehmend die Menschenwürde als Grundpfeiler für Solidarität und Gerechtigkeit in der „Einen Welt“. Die Forderung nach der umfassenden Würde des Menschen wird etwa in der Enzyklika Benedikts XII. „Caritas in veritate“ (2009) konkretisiert, indem Armut und Arbeitslosigkeit als „Verletzung der Würde der menschlichen Arbeit“ angeprangert werden. Der Papst führt aus: „Was bedeutet das Wort ‚Würde‘ auf die Arbeit angewandt? Es bedeutet eine Arbeit, die in jeder Gesellschaft Ausdruck der wesenseigenen Würde jedes Mannes und jeder Frau ist: eine frei gewählte Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt; eine Arbeit, die auf diese Weise den Arbei-

tern erlaubt, ohne jede Diskriminierung geachtet zu werden; eine Arbeit, die es gestattet, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und die Kinder zur Schule zu schicken, ohne dass diese selber gezwungen sind zu arbeiten; eine Arbeit, die den Arbeitnehmern erlaubt, sich frei zu organisieren und ihre Stimme zu Gehör zu bringen; eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wiederzufinden; eine Arbeit, die den in die Rente eingetretenen Arbeitnehmern würdige Verhältnisse sichert.“ Menschenwürdige Arbeit bildet den Kernbestand der Soziallehre der Kirche hinsichtlich einer weltweiten strukturellen Veränderung der jetzigen Ausbeutungs- und Unrechtsverhältnisse.

Vier Herausforderungen für menschenwürdige Arbeit heute

Die einleitende Skizze zu den derzeitigen Ausbeutungsverhältnissen der Arbeit und die Ausführungen zur Soziallehre der Kirche verdeutlichen, dass trotz aller Fortschritte zur Überwindung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse und prekärer Arbeit weiterhin ein großes Spannungsverhältnis bis hin zu einer Nichtvereinbarkeit zwischen der Organisation menschlicher Arbeit und den Forderungen der Soziallehre bis heute besteht. Hier liegt die erste von m.E. vier zentralen Herausforderungen für die Zukunft menschenwürdiger Arbeit für alle, denen wir uns stellen sollten.

Menschenwürdige Arbeit braucht Bewegungen! Soll „menschenwürdige Arbeit“ kein abstrakter Begriff bleiben, gilt es, soziale Bewegungen in und außerhalb der Kirche, die für menschenwürdige Arbeit kämpfen, als soziale und politische Akteure zu unterstützen.

Menschenwürdige Arbeit verlangt nach Gegenmacht! Wiederum hat Papst Franziskus in seiner letzten Enzyklika „Laudato Si“ auf die verfestigten Machtstrukturen rekurriert, die sich „von Grund auf“ ändern müssen. Ein erster Schritt zu einer Gegenmachtbildung, die sich am Gemeinwohl auszurichten hat, ist es, die „Verschleierung“ und das „Verbergen“ zu durchbrechen und das, was an Unrecht

da ist, sichtbar zu machen. Der Dreischritt „sehen – urteilen – handeln“ der Christlichen Sozialethik ist hierzu die richtige Methodik. Hierzu leistet die Bischöfliche Aktion Adveniat seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag, indem sie Austausch, Begegnung und vor allem „Lernerfahrungen“ bei uns und in den Ländern Lateinamerikas unterstützt. Gemeinsame „Bewusstmachungsprozesse“ für menschenunwürdiges Arbeiten sind Grundvoraussetzung gemeinsamer Gegenmachtbildung.

Menschenwürdige Arbeit benötigt eine gesetzliche und institutionelle Verankerung! Die Soziallehre der Kirche hat deshalb immer wieder die Vorstellung von einer „gerechten Weltautorität“ formuliert. Menschenwürdiges Arbeiten bedarf notwendigerweise einer institutionellen Verankerung und Festschreibung durch eine entsprechende Gesetzgebung auf nationaler und ebenso bindender Vereinbarung auf internationaler Ebene. Die reichen Länder, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, haben hierbei eine Vorbildfunktion, sind es doch die in diesen Ländern ansässigen Großkonzerne, die die weltweiten Arbeitsstandards maßgeblich bestimmen und durch ihre Lobbyarbeit entsprechend auf die Gesetzgebung einwirken. Prekäre Leiharbeit und Werkverträge

bei uns bedeuten noch prekärere Leiharbeit und Werkverträge in Mexiko, denn die Großunternehmen exportieren ihre Arbeitsverhältnisse und Organisationsformen der Arbeit „konzernintern“ und damit international. Indem wir bei uns für menschenwürdige Arbeit kämpfen, leisten wir einen Beitrag zur Internationalisierung menschenwürdiger Arbeit für alle.

Christlicher Glaube und menschenwürdige Arbeit gehören zusammen!

Eine der Schwächen der Soziallehre der Kirche ist – neben ihrer Unbekanntheit in weiten Teilen der Kirche – bis heute, dass sie dem „sozialen Bereich“ zugeordnet wird, der als Ausdruck und Ausfluss des christlichen Glaubens und nicht als fester Bestandteil desselben gilt. Schon der Arbeiterbischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler beklagte im 19. Jahrhundert angesichts der „Sozialen Frage“, dass innerhalb der Christenheit die Bedeutung und unmittelbare „Berührung“ zum „Depositum fidei“ nicht erkannt werde. Vielleicht liegt hier für Christinnen und Christen bei uns und in aller Welt sowie für die kirchlichen Institutionen die größte Herausforderung für die Zukunft: die menschenwürdige Arbeit als Bestandteil des Glaubensgutes zu begreifen und damit die befreiende Botschaft des Evangeliums nicht um das Eigentliche zu verkürzen, nämlich das Leben und Arbeiten der Menschen.

„Ebenso wie das Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein Nein sagen zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen.“

Papst Franziskus, Evangelii gaudium, Nr. 53



„Eine andere Realität schaffen“

Mangelnde Perspektiven für Jugendliche in Brasilien als Armutsrisiko

Von Thomas Milz (Text) und Florian Kopp (Fotos)

„Red bloß nicht schlecht über mein Land!“, dröhnt es aus den Lautsprechern. Zum Forró-Rhythmus drehen sich Victor und Daiana geschwind, mal links, mal rechts. Auf dem kleinen Hinterhof tanzen an den Wochenenden vierzig Jugendliche unter ihrer Anleitung. Sie hätten alle viel Spaß bei der „Quadrilha“, sagt Victor. Es lenke von der Trostlosigkeit ab. Im Regal stehen Pokale, man hat überall in Brasilien schon Wettbewerbe gewonnen.

Vom Hinterhof kommt man schnell wieder in der bitteren Realität von Vila Margarida an. „Dahinten auf der Wiese wurde mein Cousin umgebracht“, erzählt Victor. Der erbitterte Kampf zwischen rivalisierenden Drogenbanden habe das Leben unsicher gemacht hier im Armenviertel der Küstenstadt. Der 22-Jährige und seine 19-jährige Freundin beeilen sich, nach Hause zu kommen, dichte Regenwolken ziehen vom nahen Meer herüber. Bald werden die Straßen unter Wasser stehen.

São Vicente war die erste von den Portugiesen im 16. Jahrhundert in Brasilien gegründete Siedlung. Vom Glanz der einstigen Handelsmetropole ist nicht viel übrig. Im benachbarten Santos liegt Brasiliens wichtigster Hafen, weiter im Landesinnern die Industriestadt Cubatão, von der Militärregierung während der Diktatur zu einem bedeutenden Petrochemie-Komplex ausgebaut. Doch seit Brasiliens Wirtschaft 2013 einbrach, macht hier ein Unternehmen nach dem anderen dicht. Tausende haben ihren Job verloren. Die einstigen Arbeiterstädte stehen ohne Arbeit da.

Abbildung Seite 72:

Dom José Reginaldo Andrietta, Bischof von Jales, begleitet die Kleinunternehmerin Letícia Marques auf einen Markt.

Abbildung Seite 73:

Victor Fernandes und Daiana Soares de Souza tanzen die Quadrilha zum Johannisfest der „Festa Junina“.

Seine Freunde von der „Christlichen Arbeiterjugend“ (CAJ) hatten Victor eine WhatsApp-Mitteilung geschickt, in Santos suche ein Restaurant Mitarbeiter. „Revolutionäre Jugend“ nennt sich die Gruppe, „weil wir bereit sind, für unsere Rechte zu kämpfen“, so Victor. Doch erst einmal muss die Revolution warten. Über 6.000 Bewerber habe es für die 100 Stellen gegeben, zwei Tage wartete Victor in dem Büro auf sein Job-Interview.

Etwas mehr als einen Mindestlohn, rund 300 Euro, wird er nun



verdienen. Zum Glück habe er seinen Schulabschluss noch nachgeholt, sonst wäre er abgelehnt worden. „Daiana hatte mich dazu überredet.“ Ob er ein Problem damit habe, ein paar Stunden länger als vertraglich festgelegt zu arbeiten, habe man ihn gefragt. Ob er ein Auto habe, um nachts noch nach Hause zu kommen? Ja, alles kein Problem, log er. „Klar werden sie mich ausbeuten.“ Tellerwaschen und den Küchenboden schrubben soll er, bis spät in die Nacht. „Aber ich werde mich hocharbeiten.“

Die prekären Arbeitsbedingungen seien das historische Erbe der brasilianischen Sklavengesellschaft, sagt Bischof José Reginaldo Andrietta, seit einem Jahr Brasiliens Arbeiterbischof. Das Überangebot an schlecht qualifizierten Arbeitern bilde ein Reserveheer an billigen Arbeitskräften: „Viele leben von der Hand in den Mund, von informeller Arbeit, nur um zu überleben.“ Er kennt die erschreckenden Statistiken. Vierzehn Millionen Brasilianer sind offiziell arbeitslos. Doch mindestens 50 Millionen weitere arbeiten informell, ohne jegliche soziale Absicherung.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit setzt der 60-jährige Andrietta bei den Jugendlichen. Seit seiner Jugend engagierte er sich in der Christlichen Arbeiterjugend CAJ, arbeitete für sie auf Weltebene. Stets lag sein Fokus dabei auf der Schulung von Aktivisten, die vor Ort als Multiplikatoren die Führungsarbeit in den Gruppen übernehmen können. Victor sei der geborene Anführer, meint Andrietta. Er wisse es bloß noch nicht.

„Jugendliche haben meist Lust, eine andere Realität zu schaffen, haben Ideen, etwas an ihrer Situation zu ändern“, so Andrietta. Denn die Jugendlichen trifft die Arbeitslosigkeit besonders hart. Jeder Vierte zwischen 15 und 29 Jahren taucht nicht in den Statistiken auf. Weder gehen sie zur Schule noch studieren oder arbeiten sie, und meist leben sie bei den Eltern. Man nennt sie die „nem-nems“, die „Weder-noch“. Auch Victor ist nach einem schier unendlichen Marsch durch die unterschiedlichsten Teilzeitjobs wieder bei seiner Mutter eingezogen, mit seinem kleinen Sohn und Freundin Daiana.

Von Kindheit an musste er daheim den Vater ersetzen. Mit seinem Fahrrad fuhr er Nachbarskinder zur Schule, dann jobbte er in Restaurants und der Werkstatt seines Schwagers. Zuletzt verkaufte er Lotterielose, doch man zog ihn über den Tisch. Monatelang arbeitete er umsonst. Seine Träume sahen einmal anders aus. Stolz zeigt er das Regal voller Pokale, Meisterschaften im Capoeira-Kampftanz hat er gewonnen, auch Musikwettbewerbe. Er solle aufhören zu träumen, sagt die Mutter, damit könne er keine Familie ernähren. Jetzt habe er immerhin eine Krankenversicherung.



Auch die 29-jährige Leticia Marques versucht sich nach oben zu kämpfen. Im historischen Zentrum von São Vicente verkauft sie auf einem vom „Christlichen Arbeiterverein“ MCT organisierten Markt Puppen, die sie daheim herstellt. Nachts, wenn die beiden kleinen Kinder schlafen. Wie ihr Mann stammt sie aus einer Favela. „Ich träume davon, dass meine Kinder einmal eine richtige Arbeit haben, vielleicht als Anwalt.“ Sie selber wollte Lehrerin werden, doch damals habe sie der niedrige Lohn abgeschreckt. Und die Respektlosigkeit, mit der die Schulkinder ihren Lehrern begegnen.

„Was willst du machen, damit deine Kinder einen besseren Weg gehen?“ fragt Bischof Andrietta.

„Reden, immer wieder, und ihnen erklären, was der richtige Weg ist“, sagt Leticia. „Was sonst?“ Bischof Andrietta wird Kontakt mit Leticia halten, auch mit Victor. Die christliche Jugendarbeit brauche Menschen, die etwas bewegen wollen. Von seinem Bischofssitz in der Stadt Jales im Landesinnern des Bundesstaates São Paulo aus koordiniert er die Ortsgruppen der CAJ, verschickt unermüdlich E-Mails. Ein paar Wochen später schreibt ihm Leticia, dass sie in den Kulturrat der Stadt gewählt wurde.

Ihn selbst habe es nie in die Politik gezogen, sagt Andrietta. In der Kirche könne er die pastorale Mystik und Spiritualität rund um die Arbeit besser leben. Dabei wuchs er im Dunstkreis der Katholischen Arbeiterbewegung auf, die Anfang der 1980er Jahre bei der Gründung der Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) mitwirkte. Ihr Gründer, der Gewerkschaftsführer Luiz Inácio Lula da Silva, wurde 2002 als erster Arbeiter überhaupt ins brasilianische Präsidentenamt gewählt. Ihm und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff gelang es in 13 Jahren Regierung, mit Programmen wie „Fome Zero“ Millionen Arme in Arbeit und Brot zu bringen. Doch die Fortschritte drohen von der Rezession aufgefressen zu werden, und auch die Regierungen von Lula und Dilma sind schweren Korruptionsvorwürfen ausgesetzt.

Ausgerechnet São Paulo, Wirtschaftsmotor und Industriezentrum, in dem einst Brasiliens Arbeiterbewegung geboren wurde, trifft die derzeitige Krise besonders hart. Ein Gürtel aus Armenvier-

Abbildung Seite 74:
Jugendliche in São Vicente.

Abbildung Seite 75:
Dom José Reginaldo Andrietta, Bischof von Jales, trifft sich mit einer Gruppe von Kunsthandwerkern, die gemeinsam versuchen, ein Einkommen durch den Verkauf auf Märkten zu erwirtschaften.



teln umringt das Stadtzentrum. Hier leben die Menschen, die in den Dienstleistungsbetrieben des Zentrums und den Fabriken der Satellitenstädte arbeiten. Bischof Andrietta ist zu Besuch in Heliópolis, der „Sonnenstadt“. Die Favela wurde vor zehn Jahren international bekannt, als Brasiliens Stararchitekt Ruy Ohtake ihr ein buntes Upgrade verpasste.

Doch nicht nur optisch hat sich etwas getan. Die Anwohner gründeten mit Unterstützung des „Christlichen Arbeitervereins“ MCT ihre eigene Verwaltung, UNAS, für die heute rund 700 Bewohner arbeiten. Sie organisieren Schulen, Weiterbildungsmaßnahmen, den lokalen Radiosender und betreuen mit einem Heer von Sozialarbeitern die Familien. Auch die Stadt engagierte sich und richtete das Berufsbildungszentrum „FabLab“ ein. Hier können die Jugendlichen an modernsten Maschinen in Handwerksberufe reinschnuppern.

Als Andrietta 2009 Pfarrer einer Gemeinde im Landesinnern wurde, förderte er dort ein ähnliches kirchliches Berufsausbildungszentrum für 800 Jugendliche. In seiner Kindheit habe er dem Vater, einem Schreiner, stets bei der Arbeit geholfen. Da habe er erfahren, welche Spiritualität und Mystik der Arbeit innewohne. Trotzdem entschied er sich als Jugendlicher für ein religiöses Leben. Das führte ihn zuerst in ein Armenviertel, wo Fabrikarbeiter unter ärmsten Bedingungen lebten. „Dort verstand ich, dass die Lebensbedingungen das Ergebnis der Arbeitsverhältnisse sind.“ Sprich:

Die Arbeiter verdienen nicht genug, um in Würde zu leben.

Wer keine ausreichende Schul- und Berufsausbildung hat, den lehrt das Leben. Shelber Antunes wuchs in Heliópolis auf. Mit 16 geriet er auf die schiefe Bahn, „Drogen halt“. Zwei Jahre lang saß er in einem Jugendgefängnis ein. „Das diente mir als Lehrzeit, ich wollte so nicht weitermachen.“ Er lernte Gott kennen – und seinen Traumberuf Frisör. Jetzt sei ihm klar, wo es hingehet. „Einmal einen eigenen Salon haben, das wäre toll. Und dann aus der Favela wegziehen. Wer will schon hier leben?“

Shelber habe Glück gehabt, sagt Marineusa Aguir, die ihn seit seiner Haftentlassung als Psychologin betreut. Sie kümmert sich um 120 Straftäter, „110 davon Männer“. Die Mädchen stünden eher mit beiden Füßen auf dem Boden, während den Jungen eine Vaterfigur fehle. Die meisten Familien in Heliópolis würden von alleinerziehenden Müttern geführt, „deshalb orientieren sich die Jungen leicht an den falschen Vorbildern“. Fehlt ihnen dann ein Schulabschluss, hätten sie kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. „Schon so meiden die meisten Unternehmer die Favelas, wer dann aber noch nicht einmal richtig



„Die Lebensbedingungen sind das Ergebnis der Arbeitsverhältnisse. Die Menschen schaffen es trotz eines Jobs nicht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen.“

Bischof José Reginaldo Andrietta



lesen oder schreiben kann, fällt komplett durch.“ Schuld seien aber auch die Schulen. „Sie haben nicht den Ansatz, die Kids für den Arbeitsmarkt fit zu machen.“ Für viele Jugendliche bliebe da nur der Weg in die Informalität, ohne jegliche Absicherung durch einen Arbeitsvertrag. „Solange sie noch jung sind, finden sie es gut, da das Geld ohne Sozialabzüge cash auf die Hand ausgezahlt wird. Mittelfristig wird das zum Problem, und manche bleiben ein Leben lang im informellen Bereich, ohne jegliche Stabilität“, sagt Marineusa. Irgendwann merkten sie dann, dass sie ihre Träume nie verwirklichen werden.

Abbildung Seite 76:

Im „FabLab“, einem Ausbildungszentrum in der Favela Heliópolis, bauen Jugendliche eine „Seifenkiste“, betreut von Vinicius Santo.

Abbildung Seite 77:

Positiv denken und handeln: Das Motto steht am Eingang der Favela Heliópolis.



Abbildung Seite 78/79:

Der Favela-Komplex Brasilândia in der Nord-Zone von São Paulo.

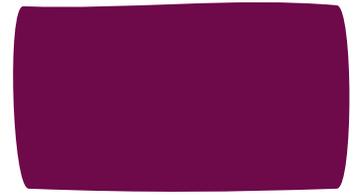
Abbildungen Seite 79:

Dom José Reginaldo Andrietta gemeinsam mit einem jungen Maisverkäufer in Heliópolis (oben).

Die 29-jährige Letícia Marques (2. v. rechts) produziert und verkauft Kunsthandwerk (Mitte).

Victor Fernandes Gomes arbeitet in der Mechaniker-Werkstatt seines Schwagers Anderson „Ratinho“ in Heliópolis am Stadtrand von São Paulo (unten).





Mit Hand, Verstand und Herz

Was Adveniat tut, damit die Menschen zu ihrem Recht auf würdige Arbeit kommen –
Ein Interview mit Thomas Wieland

„In Lateinamerika denkt man bei Kirche nicht nur an den Sonntagsanzug, sondern auch an den Blaumann oder die schmutzige Hose vom Feld“, sagt Thomas Wieland. Und der Religionspädagoge weiß, wovon er spricht, denn bevor er die Leitung der Projektteilung des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat übernahm, hatte er mehrere Jahre in Kolumbien gearbeitet. Warum würdige Arbeit für die Menschen in Lateinamerika und der Karibik lebensnotwendig ist und wie Adveniat mit seinen Partnern für eine gerechtere (Arbeits-)Welt eintritt, berichtet er im Interview mit Carolin Kronenburg.

Herr Wieland, in Deutschland wird über Themen wie Mindestlohn, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder befristete Arbeitsverhältnisse diskutiert.

Was geht Ihnen dabei im Blick auf Lateinamerika durch den Kopf?

Mir fallen dazu ähnliche Prozesse in Lateinamerika ein. Auch dort gibt es die Diskussion um die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern. So sind Mindestlöhne in vielen Ländern Lateinamerikas seit Jahrzehnten definiert, sie orientieren sich am Grundwahrenkorb an Gütern und Dienstleistungen, die man als Einzelperson oder Familie braucht. Anliegen der Menschen in Arbeitsverhältnissen – wie Kranken- und Rentenversicherung oder Arbeitszeiten und Arbeitsschutz – sind mit dem Abschluss von Arbeitsverträgen gesichert. Verschärfter als in Deutschland ist die fehlende Durchsetzung dieser Rechte. So arbeiten viele unter dem Mindestlohn, Verträge werden vorenthalten, Löhne über Monate nicht gezahlt, mit gerichtlichen Arbeitsprozessen und gewerkschaftlichem Engagement bringen sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Gefahr. Die Brasilianische Bischofskonferenz musste eine eigene Kommission einrichten, da vor allem auf dem Land Menschen so

schlecht behandelt werden, dass man von Sklaverei spricht. Durch den Kopf geht mir dann auch, dass Produkte, die wir in Deutschland kaufen können, auch unter sklavenähnlichen Verhältnissen hergestellt werden – beispielsweise Kleidung oder Obst. Neben der Ähnlichkeit fällt mir ein Unterschied ein, den in Lateinamerika jeder auf Straßen und Plätzen sehen kann: Männer, die an Ampeln die Autoscheiben putzen und auf eine Münze hoffen, Jugendliche, die Kaugummis oder Zeitungen zum Verkauf anbieten, Frauen mit Selbstgekochem, das sie Passanten feilbieten. Fast die Hälfte aller arbeitenden Menschen in Lateinamerika überlebt prekär mit informeller, unabsicherter Arbeit, sei es auf sich allein gestellt oder abhängig von anderen.

Wie definieren Sie als Leiter der Projektteilung von Adveniat menschenwürdige Arbeit?

Zu menschenwürdiger Erwerbsarbeit gehören Standards wie ein angemessener Lohn, soziale Absicherung, Zeit für Erholung, Organisationsfreiheit und Repräsentanz der Arbeitenden und ihre Beteiligung bei Entscheidungen. Es gehört die Haltung dazu, dass Leistung, Kreativität und Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt über dem Ansammeln von Kapital stehen. In Lateinamerika ist besonders gut sichtbar, dass Arbeit je nach Kultur unterschiedlich verstanden und gewertet wird. So ist auf dem Land und in indigenen Gemeinden Gemeinschaftsarbeit ein hohes Gut. Auch



Ehrenamt sowie Pflege- und Hausarbeit werden geschätzt. Sind Standards und Wertschätzung gegeben, garantiert Arbeit „die Würde und die Freiheit des Menschen, sie ist wohl der wesentliche Schlüssel in der gesamten sozialen Frage“, wie es ein lateinamerikanischer kirchlicher Grundlagentext formuliert. In der Millionenmetropole Buenos Aires kann man das in der Kirche San Cayetano sehen. Sankt Kajetan ist der Volksheilige für Pan y Trabajo, für Brot und Arbeit. An jedem 7. des Monats bitten Tausende um Erwerbsarbeit oder danken dafür. Hier sieht man, dass Arbeit für Menschen mehr ist als eine Ressource im Produktionsprozess, nämlich Garant für Würde und Freiheit.

Was macht den Einsatz der katholischen Kirche in Lateinamerika und der Karibik für faire und menschenwürdige Arbeit aus?

Nach dem Selbstverständnis der katholischen Kirche haben alle Belange, die Menschen umtreiben, in ihr Platz. Gerade in Lateinamerika denkt man bei Kirche nicht nur an den Sonntagsanzug, sondern auch an den Blaumann oder die schmutzige Hose vom Feld. Der Einsatz der katholischen Kirche für faire und menschenwürdige Arbeit umfasst Hand, Verstand und Herz.

Die Hand: Menschen werden in kirchlichen Einrichtungen beruflich qualifiziert, damit sie durch eigene Hände Arbeit für ihr Auskommen sorgen können. In Kuba zum Beispiel lockerte der kommunistische Staat die Regeln und ließ Kleinunternehmen zu.

Sowohl die Erzdiözese Havanna als auch die Jesuiten boten daraufhin Kurse für Buchführung, Marketing und Personalfragen an, damit Menschen ihre Restaurants eröffnen oder Tanzkurse für Touristen anbieten und abrechnen können. Von einfacher Berufsausbildung bis zu Qualifizierung von Arbeitskräften für die spezialisierte Wissensgesellschaft kann man in katholischen Einrichtungen alles finden. Für Letztere stehen die renommierten katholischen Universitäten.

Der Verstand: Um den Gefährdungen der Armen zu begegnen, müssen viele ihre Köpfe zusammenstecken und überlegen, was zu tun ist. Fast jede Diözese in Lateinamerika hat eine Abteilung für Sozialpastoral. Dort werden Einkommensmöglichkeiten geschaffen und gegen Unrecht gekämpft. Die Erzdiözese Rio de Janeiro hat mit Unterstützung von Adveniat Menschen aus Armenvierteln ermöglicht, anlässlich der Olympiade vor den Stadien ihre selbst hergestellten Produkte zu verkaufen. Dafür musste

Abbildung Seite 81:

Straßenhändlerin aus dem von Adveniat geförderten Netzwerk „Dom Hélder Câmara“ während der Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro.

sie mit den Veranstaltern streiten. Dieser Erfolg hat den Menschen aus den Favelas einen enormen Schub verschafft. Katholische Organisationen wie Kolping, Katholische Arbeitnehmerbewegung und Christliche Arbeiterjugend bringen sich über das Lokale hinaus in die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ein, die gemeinsam mit anderen für die Umsetzung des Decent-Work-Konzepts (der anständigen, guten Arbeit) weltweit für Menschen in Arbeitskontexten kämpft. Adveniat unterstützt diese katholischen Organisationen und arbeitet mit ihnen zusammen.

Das Herz: Auch der innere Kompass bedarf der Pflege. Mit Gottesdiensten, Wallfahrten und seelsorglicher Begleitung wird Selbstwert gestärkt, Zusammenhalt hergestellt und es werden verbindende Werte sowohl bei Unternehmern als auch bei Arbeitern gesichert.

Adveniat denkt sich keine Projekte aus – jedes einzelne ist eine Antwort auf die Anfrage einer Ordensschwester, eines Priesters oder von engagierten Menschen vor Ort. Welche Projekte im Bereich der fairen Arbeit unterstützt Adveniat?

Adveniat unterstützt Initiativen in allen drei Bereichen, in denen die Kirche präsent ist, das heißt: Ausbildung und Studium, Einkommen schaffende Maßnahmen und Sorge um Arbeiterrechte sowie Verständigung zu Werten und Seelsorge. Besonders gut gefällt mir das Projekt in der Diözese Santa Ana in El Salvador. Unser Projektpartner Manuel Morán fördert dort die Berufsausbildung von Jugendlichen. Das ist wichtig, denn wenn junge Leute nicht gebraucht werden und kein Geld verdienen können, können sie sich den kriminellen Jugendbanden kaum entziehen. Von ähnlichen von Adveniat geförderten Projekten in anderen Ländern profitieren besonders auch Indigene, Frauen und junge Menschen.

Bitte vervollständigen Sie folgende drei Sätze, Herr Wieland:

Faire Arbeit ist ein Menschenrecht, weil ...

... Menschen und ihre Arbeit keine Waren oder Ressourcen sind.
Wenn es einmal einen Mindestlohn von 8,84 Euro in Lateinamerika gibt, ...

... und dieser auch gezahlt wird, dann wäre Lateinamerika in der Lage, ohne finanzielle Unterstützung aus dem Ausland seine Probleme zu lösen.

Ungerechte Arbeitsbedingungen in Lateinamerika und der Karibik können überwunden werden, indem ...

... die internationalen Gründe für Ungerechtigkeit angegangen werden. Zum Beispiel, indem die Bundesregierung deutsche Firmen

auf die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und Sozialstandards bei ihren Aktivitäten im Ausland verpflichtet und diese Rechte in Deutschland einklagbar macht. Bisher gilt eine freiwillige Selbstverpflichtung, Verstöße werden hierzulande nicht geahndet.

Abbildung Seite 83:

Gemeinschaftsarbeit gehört für indigene Kommunen, wie hier bei den Kichwa im Dorf Sarayaku im Regenwald des Ecuadorianischen Tieflandes, zum Alltag.



Lesehinweise zum Thema

Hildegard Hagemann (Red.): *Arbeitsinspektion in einer globalisierten Welt*. Ein Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Bonn/Berlin 2017, 48 S.

Elisabeth Tuidier, Hanns Wienold, Torsten Bewernitz (Hg.): *Dollares und Träume*. Migration, Arbeit und Geschlecht in Mexiko im 21. Jahrhundert. Münster 2009, 317 S.

Manfred Liebel, Ina Nnaji, Anne Wihstutz (Hg.): *Kinder. Arbeit. Menschenwürde*. Internationale Beiträge zu den Rechten arbeitender Kinder. Frankfurt/M. 2008, 440 S.

Raúl Fornet-Betancourt (Hg.): *Neue Formen der Solidarität zwischen Nord und Süd: Gerechtigkeit universalisieren*. Dokumentation des XI. Internationalen Seminars des Dialogprogramms Nord-Süd. Frankfurt/M. 2006, 369 S.

Hermann-Josef Große Kracht (Hg.): *Solidarität institutionalisieren*. Arenen, Aufgaben und Akteure christlicher Sozialethik. Beiträge aus dem „Institut für Christliche Sozialwissenschaften“. Karl Gabriel zum 60. Geburtstag. Münster 2003, 222 S.

Jan Hermanns: *Ansätze christlicher Sozialarbeit*. Soziale Arbeit aus dem Glauben. Freiburg 2003, 154 S.

Manfred Liebel, Bernd Overwien, Albert Recknagel: *Working Children's Protagonism*. Social movements and empowerment in Latin America, Africa and India. Frankfurt/M. 2001, 385 S.

Heiner Ludwig, Karl Gabriel (Hg.): *Gesellschaftliche Integration durch Arbeit*. Über die Zukunftsfähigkeit sozialkatholischer Traditionen von Arbeit und Demokratie am Ende der Industriegesellschaft. Münster/Hamburg/London 2000, 331 S.

Ursula Prutsch (Hg.): *Arbeit als Machtinstrument*. Soziale, ökonomische und kulturelle Auswirkungen in Lateinamerika. Frankfurt/M. 2000, 190 S.

Matthias Tschirf, Helmut Wohnout, Karl Klein: *Was bleibt an sozialer Gerechtigkeit?* Gesellschaft und Katholische Soziallehre im neuen Jahrtausend. Wien 2000, 285 S.

Manfred Liebel, Bernd Overwien, Albert Recknagel: *Arbeitende Kinder stärken*. Plädoyers für einen subjektorientierten Umgang mit Kinderarbeit. Frankfurt/M. 1998, 386 S.

Rainer Dombois, Peter Imbusch, Hans-Joachim Lauth, Peter Thiery (Hg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/M. 1997, 358 S.

Bettina Musiolek (Hg.): *Ich bin chic, und Du mußt schufteln*. Frankfurt/M. 1997, 159 S.

Klemens Paffhausen: *Die katholische Soziallehre im Dienste einer christlichen Praxis der Befreiung*. Universität Bonn 1988, 100 S.

José Aldunate, Fernando Castillo, Franz Hinkelammert, Juan Sepulveda: *Primat der Arbeit vor dem Kapital*. Kommentare zur Enzyklika „Laborem exercens“ aus der Sicht Lateinamerikas. Münster 1983, 105 S.

Zeitschriftenartikel

Sarah Bose: „Wir sind keine Dienerinnen.“ Haushaltsarbeiterinnen politisieren ihre Arbeit. In: *iz3w* (353) 2016, S. 17 – 18.

Christian Frings: *Vom Mythos der „freien Arbeit“*. Das Erbe des abolitionistischen Diskurses. In: *ila* (379-Oktober) 2014, S. 4 – 6.

Laura Held: *Wo fängt der Zwang an?* Arbeit, sexuelle Ausbeutung und Abhängigkeit in Cartagena. In: *ila* (379-Oktober) 2014, S. 28 – 29.

Alix Arnold: ... *nicht unabhängig vom Alltag*. Raúl Zibechi zu informeller Arbeit, Organisierung und Bewegungen. In: *ila* (376-Juni) 2014, S. 11 – 13.

Elmer Lenzen: *Lateinamerika – Aufschwung ohne Arbeit*. In: *epd-Entwicklungspolitik* (8) 2000, S. 34 – 35.

Gerard van Wissen: *Gibt es ein Menschenrecht auf Arbeit?* In: *Internationale Katholische Zeitschrift Communio* (Mai/Juni) 1998, S. 205-219

Impressum

Herausgeber: Bischöfliche Aktion Adveniat e.V.

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Leiter: Christian Frevel

Fotos:

Achim Pohl: Titel, S. 13, S. 33, S. 58, S. 83

Jürgen Escher: S. 5, S. 10-12, S. 14-27, S. 34-45, S. 51, S. 56-57, S. 59.

Rolf Bauerdick: S. 69. Florian Kopp: S. 60-67, S. 72-79.

Martin Steffen: S. 3. Cathia Hecker: S. 29.

Marco Bello: S. 46-49. Christian Frevel: S. 81

Redaktion: Christian Frevel

Fotoredaktion: Jürgen Escher

Lektorat: Jörg Dietzel

Layout, DTP: Jürgen Escher, Herford

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anschrift der Redaktion:

Gildehofstraße 2, D-45127 Essen

Telefon: 0201/1756-0

Telefax: 0201/1756-111

E-Mail: info@adveniat.de

www.adveniat.de

Spenden für Adveniat:

IBAN: DE03 3606 0295 0000 0173 45

BIC: GENODE33BBE

ISBN: 978-3-9816913-4-4

Bestellnummer: KH 38

© Adveniat 2017

Die Autoren

Kirsten Clodius, Soziologin M.A., ist seit 2009 bei der Christlichen Initiative Romero (CIR) für die Kampagne für Saubere Kleidung (*Clean Clothes Campaign*) zuständig.

Prof. Dr. Rainer Dombois, Soziologe am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, langjährige Forschung in und über Lateinamerika, von 1987-1993 Gastprofessor an der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá.

Christoph Krauß, Dipl.-Theol., Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Theologie in Mainz und Granada (Spanien). 2006-2012 Assistent am Lehrstuhl für Chr. Anthropologie und Sozialethik an der Universität Mainz. Seit 2013 Wiss. Referent an der Kath. Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.

Thomas Milz lebt als freier Journalist in Rio de Janeiro, Brasilien. Er arbeitet als Korrespondent für verschiedene Sender, Zeitungen und Agenturen.

Dr. Marcela Perticará, arbeitet am Lateinamerikanischen Institut für Kirchliche Soziallehre ILADES an der Universität Alberto Hurtado in Santiago de Chile.

Michael Schäfers, Dr. phil., geb. 1962, Studium der Katholischen Theologie, Soziologie und Politik und Wirtschaftswissenschaften, Leiter des Grundsatzreferates der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Köln. Zahlreiche Publikationen zur Soziallehre der Kirche.

Clodomiro Siller arbeitet seit 1973 bei CENAMI (*Centro Nacional de Ayuda a las Misiones Indígenas*) in Mexiko-Stadt, heute als Koordinator der pastoralen Förderung.

Sandra Weiss lebt als freie Journalistin in Puebla, Mexiko. Sie arbeitet als Korrespondentin für verschiedene Sender, Zeitungen und Agenturen.

Kathrin Zeiske lebt und arbeitet als freie Journalistin in Mexiko.

Laurine Zienc absolvierte von 2015-2017 ihr Redaktionsvolontariat bei „Blickpunkt Lateinamerika“, Adveniat, Essen.

KONTINENT DER HOFFNUNG

Faire und menschenwürdige Arbeit

Der Arbeitsmarkt in Lateinamerika

Lateinamerika hat sich gewandelt. Die immer noch anhaltende Urbanisierung führt zu einem stetigen Wachstum der Einwohnerzahl in den Großstädten. Dort allerdings gibt es, trotz der anhaltenden Investitionen in die Infrastruktur, zu wenig geregelte Arbeit. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen in den Großstädten Lateinamerikas arbeitet im informellen Sektor, das heißt, sie arbeiten als Straßenverkäufer oder Tagelöhner, ohne tarifliche Absicherung und Rentenversorgung. Zudem arbeiten Millionen Menschen in sogenannten Lohnfertigungsbetrieben, Maquiladoras, die in Freihandelszonen errichtet werden und damit den Eigentümern Steuerabgaben mindern. Die Menschen dort arbeiten zumeist zu Niedriglöhnen und ohne ausreichenden gesetzlichen Schutz.

Zeitgleich sind, bedingt durch eine Industrialisierung der Landwirtschaft, die Preise für Produkte aus dem Agrarsektor gesunken, so dass vor allem Kleinbauern immer öfter nicht mehr in der Lage sind, mit dem Ertrag ihrer Arbeit ihre Familie zu ernähren. Hunderttausende ziehen in die Städte – und landen in der informellen Wirtschaft.

Dieses Heft aus der Reihe „Kontinent der Hoffnung“ analysiert die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Lateinamerika. Fachleute aus verschiedenen Ländern zeigen die Zusammenhänge auf. Reportagen schildern konkrete Beispiele von Arbeitenden wie auch die Arbeit der Kirche für die Armen und Not Leidenden. Denn es geht um faire und menschenwürdige Arbeit für alle.